

Gewerkschaftsmitglieder und Nichtwähler "neuen Typs": Wahlverhalten und Nichtwahlmotive von Gewerkschaftsmitgliedern in Zeiten der großen Koalition.
Methodenbericht zur Befragung von Gewerkschaftsmitgliedern 2009

Abschlussbericht

Auf einen Blick...

- Im I. Quartal 2009 würden sich von den Gewerkschaftsmitgliedern knapp 65% für SPD, Linke oder Grüne entscheiden, nur jedes dritte Mitglied würde für Union oder FDP stimmen.
- Die Teilnahmebereitschaft bei der nächsten Bundestagswahl ist unter Gewerkschaftsmitgliedern spürbar stärker ausgeprägt als in der wahlberechtigten Bevölkerung. Wichtigste Einflussfaktoren sind die Internalisierung der Wahlnorm, das gefühlte Stimmengewicht und das politische Interesse.
- Ein (politisch interessierter und informierter) Nichtwähler neuen Typs konnte identifiziert werden, im Vergleich zum klassischen Nichtwähler-Typ ist er jedoch von vergleichsweise geringer Häufigkeit.
- Zentrale Nichtwahlmotive sind die Unglaubwürdigkeit von Parteien, die Sinn-/Ergebnislosigkeit von Wahlen, mangelnde Bürgernähe der Politik sowie Zweifel an deren Kompetenz. Bemerkenswert ist allerdings, dass auch bei Gewerkschaftsmitgliedern mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit ein beträchtliches Potenzial konjunktureller Nichtwähler besteht.
- Die geringste Affinität zu Wahlen ist im Milieu des abgehängten Prekariats und bei autoritäts-orientierten Geringqualifizierten feststellbar.

Gewerkschaftsmitglieder und Nichtwähler „neuen Typs“

Wahlverhalten und Nichtwahlmotive von
Gewerkschaftsmitgliedern in Zeiten der Großen Koalition

Juni 2009

Eine Erhebung der TNS Infratest Politikforschung
im Auftrag der

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Ihre Ansprechpartner:

Richard Hilmer
Oliver Sartorius

 030 / 533 22 110
 030 / 533 22 204

Berlin, Juni 2009
67.09.102089.020

Gewerkschaftsmitglieder und Nichtwähler „neuen Typs“ – Wahlverhalten und Nichtwahlmotive von Gewerkschaftsmitgliedern in Zeiten der Großen Koalition

Juni 2009

**Eine Erhebung der TNS Infratest Politikforschung
im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung**

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: Deutsche Gewerkschaftsmitglieder ab 18 Jahren mit festem Wohnsitz in Deutschland

Stichprobe: Wiederbefragungsbereite Zielpersonen aus Zufallsstichprobe nach ADM-Mastersample für Telefonstichproben

Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Fallzahl: 3.000 Interviews

Erhebungszeitraum: 26. Januar – 15. März 2009

Statistische Fehlertoleranz: 0,8* bis 1,8** %punkte

* bei einem Anteilswert von 5 %

** bei einem Anteilswert von 50 %

Durchführendes Institut: TNS Infratest Politikforschung

Ihre Ansprechpartner: Richard Hilmer ☎ 030/ 53322 110
Oliver Sartorius ☎ 030/ 53322 204

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung.....	1
2	Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern	3
3	Nichtwählertypen.....	10
4	Nichtwahlmotive	15
4.1	Ungestützte Nennungen aktiver Nichtwähler.....	15
4.2	Ungestützte Nennungen potenzieller Nichtwähler	16
4.3	Gestützte Abfrage möglicher Nichtwahlmotive	18
4.4	Nichtwahlmotive verschiedener Nichtwählertypen.....	20
5	Genderspezifische Aspekte.....	22
5.1	Allgemeine Einstellungen zu Wahlen	23
5.2	Politisches Involvement	24
5.3	Abstimmungsverhalten in der Sonntagsfrage	25
5.4	Nichtwahlmotive	26
6	Politische Milieus.....	28
6.1	Die politischen Milieus in der Gesamtbevölkerung	28
6.2	Die politischen Milieus bei Gewerkschaftsmitgliedern	35
6.3	Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern nach Politischen Milieus.....	36
6.4	Politische Milieus und Teilnahmewahrscheinlichkeit	40
7	Einflussfaktoren bezüglich der Wahlteilnahme.....	44
8	Regressionsmodelle zur Erklärung der Wahlwahrscheinlichkeit.....	58
8.1	Lineare Regression	58
8.2	Logistische Regression.....	59
8.3	Hierarchische Bayes-Regression	60
9	Zusammenfassung.....	63
10	Literatur	66

1 Vorbemerkung

Ziel der vorliegenden Studie war es, das Wahl- und Nichtwahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern anhand einer repräsentativ angelegten Befragung empirisch zu ermitteln, Nichtwählertypen zu identifizieren und dabei zugrunde liegende Nichtwahlmotive herauszuarbeiten. Dabei war eine zentrale Fragestellung, ob unter Gewerkschaftsmitgliedern ein so genannter Nichtwähler „neuen Typs“ festgestellt werden kann. Dieser in der Fachliteratur beschriebene Typus ist vor allem durch das Vorhandensein politischen Interesses und politischer Informiertheit gekennzeichnet und unterscheidet sich diesbezüglich deutlich von „klassischen“ oder „konjunkturellen“ Nichtwählern.

Um das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern auch mit dem Wahlverhalten der Bevölkerung insgesamt vergleichen zu können und insbesondere auch mögliche Unterschiede bei den Nicht-Wähler-Anteilen zu identifizieren, wurde die Studie so angelegt und terminiert, dass sie zeitlich parallel zu drei DeutschlandTREND-Wellen von Infratest dimap durchgeführt wurde. Auf diese Weise können die Ergebnisse beider Studien miteinander verglichen werden. Entsprechende Vergleiche erlauben Rückschlüsse, ob und inwiefern sich das Wahl- beziehungsweise Nicht-Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder von dem der Gesamtbevölkerung unterscheidet. Damit über das eigene angegebene Wahlverhalten hinaus weitere zentrale inhaltliche Variablen aus der Gewerkschaftsstudie mit der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung verglichen werden können, wurden mehrere Fragen in eine parallel laufende Omnibus-Erhebung mit 1.000 bevölkerungsrepräsentativ durchgeführten Interviews eingeschaltet. Auf diese Weise konnten verlässliche inhaltliche Vergleichsgrößen für die wahlberechtigte Gesamtbevölkerung ermittelt werden.

Die Vergleichsstudie ermöglichte darüber hinaus eine besondere Berücksichtigung genderspezifischer Fragestellungen: Erst durch den zeitlich parallelen Vergleich mit geschlechtsspezifischen Verhalten und Einstellungen der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung ließ sich methodisch sauber ermitteln, ob vorgefundene Unterschiede zwischen den Geschlechtern ein gewerkschaftsspezifisches Phänomen sind oder nicht.

Mittels Integration eines Sets an validierten Fragen zu Werten und Einstellungen wurden die Befragungsteilnehmer den politischen Milieus zugeordnet, die 2006 im Rahmen einer Studie von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ermittelt wurden. Auf diese Weise sollte geprüft werden, ob gewerkschaftliche Wähler und Nichtwähler unterschiedlichen Milieus zuzuordnen sind. Zudem konnte auf diese Weise das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern unterschiedlicher Milieus beschrieben werden.

In der Vorphase der Studie wurden durch Sichtung der Fachliteratur eine ganze Reihe potenzieller Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten ermittelt, die sowohl in das Design des Erhebungsinstruments einfließen als auch in die Formulierung von forschungsleitenden Hypothesen Eingang fanden. Diese Hypothesen wurden im

Rahmen der Auswertung zunächst bivariat auf Reliabilität und Signifikanz getestet und gingen anschließend in mehrere multivariate Regressionsmodelle ein.

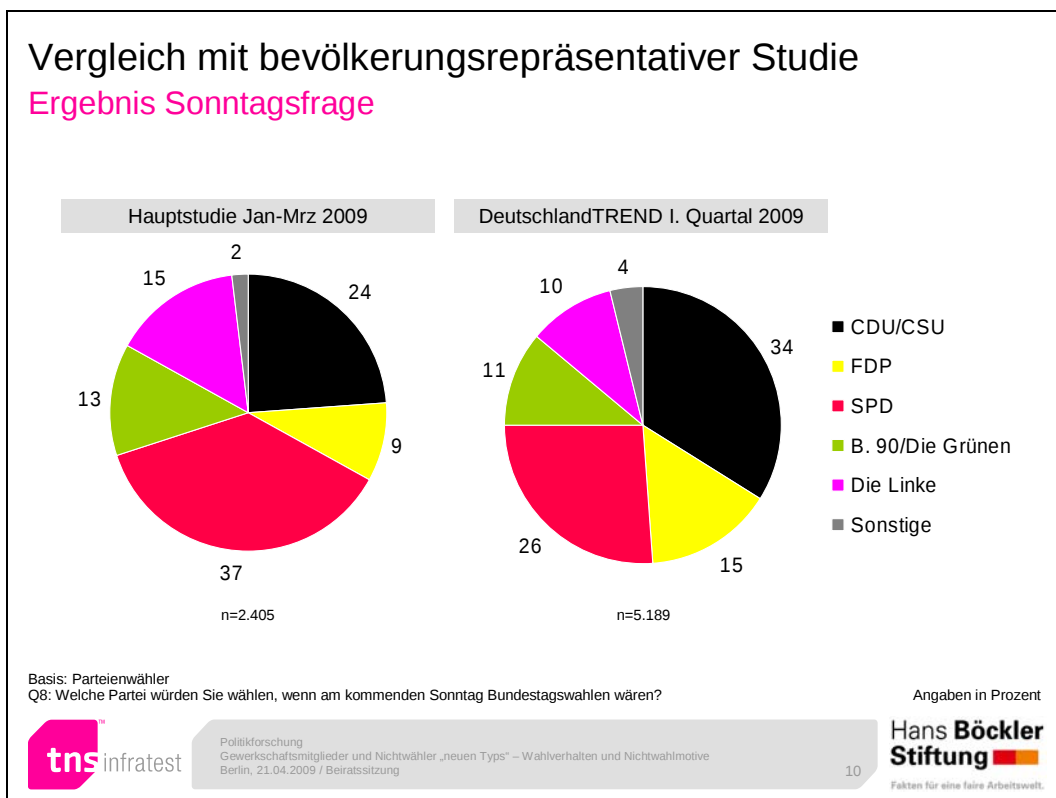
Im Rahmen der Vorarbeiten für dieses Projekt konnten keine empirischen Untersuchungen gefunden werden, die das Nichtwahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern in Deutschland thematisieren. Die vorliegende Untersuchung soll einen Beitrag dazu leisten, diese Forschungslücke zu schließen.

Für die Hauptstudie wurden in der Zeit vom 26. Januar bis zum 15. März 2009 insgesamt 3.000 vollständige und auswertbare Telefoninterviews (CATI) mit wahlberechtigten Gewerkschaftsmitgliedern durchgeführt. Details zur methodischen Anlage der Studie können dem separaten Methodenbericht entnommen werden.

2 Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern

Eines der Ziele der vorliegenden Erhebung war es, das Wahl- bzw. Nichtwahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern zu ermitteln und zu untersuchen, ob und inwieweit diesbezüglich Unterschiede zur wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt feststellbar sind. Forschungsleitende Fragen waren darüber hinaus, ob es unter Gewerkschaftsmitgliedern eine erhöhte Tendenz zum Nichtwahlverhalten gibt und wie viele Gewerkschaftsmitglieder wahlbereit bzw. mobilisierbar sind und wie viele eine Wahlteilnahme mit Sicherheit ablehnen.

Um vergleichende Aussagen zur wahlberechtigten Gesamtbevölkerung treffen zu können, wurden Anfang März 2009 einige der Fragen aus der Hauptstudie in den TNS Politikbus eingeschaltet. Dieses Verfahren bot sich insbesondere deswegen an, weil dadurch Standardfragen wie zum Beispiel die Sonntagsfrage nicht zusätzlich erhoben werden mussten.



Die politische Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder im I. Quartal 2009 – in der Hauptstudie operationalisiert durch die Sonntagsfrage – unterscheidet sich deutlich von der Stimmung in der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung (gemessen an den Quartalswerten des ARD DeutschlandTRENDS). Wie zu erwarten war, schneiden die „linken“ Parteien bei den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich besser ab als in der Gesamtbevölkerung: Die SPD kommt bei Gewerkschaftern auf 37%, die Grünen auf 13%. Ginge es nach den Gewerkschaftsmitgliedern hätte Rot-Grün also zur Zeit eine knappe Mehrheit. Auch die Linke schneidet mit 15% überdurchschnittlich gut ab. Dieses Teilergebnis ist bei der stark männlich geprägten

Wählerschaft der Linken und dem klaren Männerüberhang (ca. zwei Drittel) unter Gewerkschaftsmitgliedern wenig überraschend.

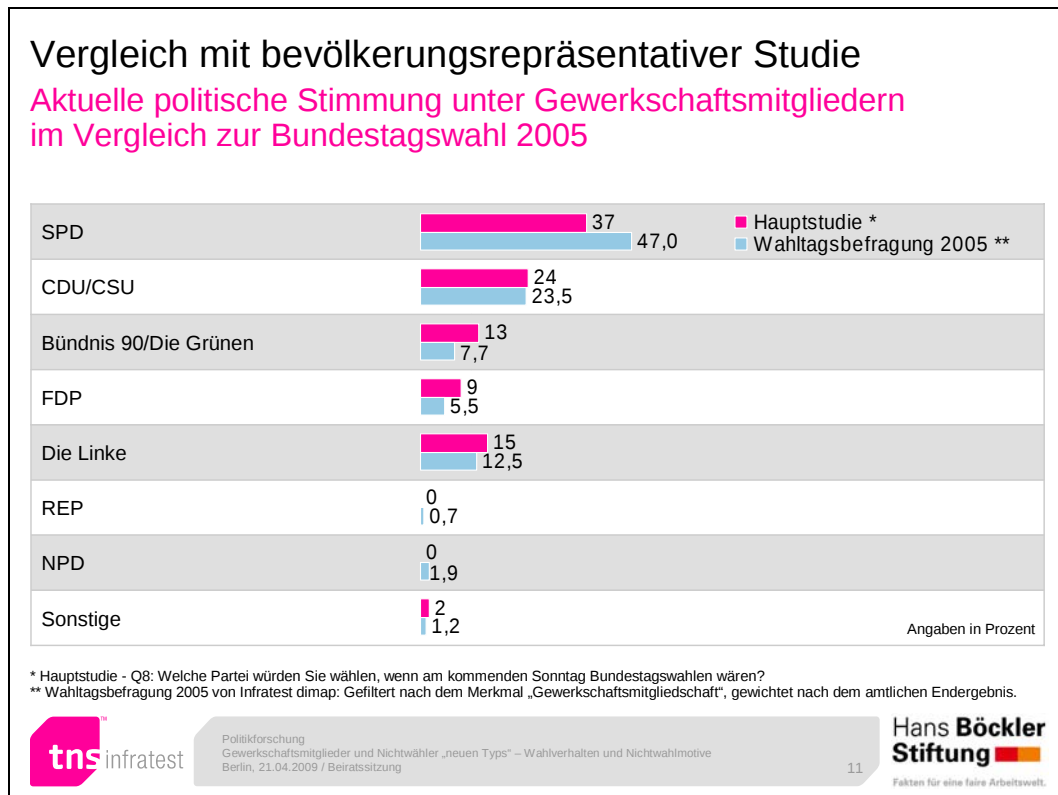
Immerhin jedes vierte Gewerkschaftsmitglied (24%) würde sich derzeit für die Union entscheiden, knapp jedes zehnte (9%) für die FDP.

Innerhalb des Gewerkschaftslagers sind allerdings deutliche Unterschiede zwischen Mitgliedern von Gewerkschaften, die im DGB organisiert sind, und Mitgliedern anderer Gewerkschaften erkennbar: Bei den DGB-Mitgliedern schneiden SPD und Linke (jeweils +2 Prozentpunkte) besser ab als bei den Gewerkschaftsmitgliedern insgesamt, Union (-3 Prozentpunkte) und FDP dagegen schwächer (-1 Prozentpunkt). Mitglieder anderer Gewerkschaften sind zum größten Teil im Deutschen Beamtenbund organisiert (in der Stichprobe sind fast die Hälfte der Befragten dieser Gruppe Beamte), setzen sich aber auch aus Mitgliedern christlicher Gewerkschaften sowie kleiner unabhängiger Gewerkschaften wie z.B. UFO, Cockpit, GdL zusammen. Ihr Anteil an den Gewerkschaftsmitgliedern insgesamt beträgt in der Stichprobe etwa 19%. Diese Gruppe unterscheidet sich in ihrem Wahlverhalten deutlich von dem der DGB-Mitglieder: Hier haben die bürgerlichen Parteien eine knappe absolute Mehrheit (Union 36%, FDP 15%). Das Abstimmungsverhalten der nicht im DGB organisierten Gewerkschaftsmitglieder ähnelt damit stark dem der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung insgesamt.

In der Gesamtbevölkerung hätte im I. Quartal 2009 laut ARD Deutschland TREND mehr als jeder dritte (34%) für die CDU bzw. CSU votiert, sowie 15% für die FDP. Für die SPD hätte sich gut jeder vierte Wähler entschieden (26%), für die Grünen (11%) und die Linke (10%) etwa jeder zehnte Wähler. Damit zeichnete sich im Zeitraum Januar bis März 2009 in der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung eine knappe schwarz-gelbe Mehrheit ab.

Um die aktuelle politische Stimmung unter Gewerkschaftsmitgliedern einzuordnen ist ein Vergleich mit dem Abstimmungsverhalten bei der Bundestagswahl 2005 sinnvoll. Dazu wurden die Befragungsergebnisse der Hauptstudie den (nach dem amtlichen Endergebnis gewichteten) Ergebnissen der Wahltagsbefragung 2005 von Infratest dimap für Gewerkschaftsmitglieder gegenübergestellt. Dieses Vorgehen verspricht hohe Genauigkeit, da die Wahltagsbefragungen in unmittelbarer Nähe zum eigentlichen Wahlakt erfolgen und auch die Basis für Gewerkschaftsmitglieder in der Wahltagsbefragung mit n = 2.633 Fällen mehr als ausreichend erscheint.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 hat die SPD unter den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich an Akzeptanz verloren (-10 Prozentpunkte). Die Union kann allerdings von der Schwäche der Sozialdemokraten nicht profitieren und liegt aktuell auf dem Niveau vom September 2005. Zugelegt haben dagegen die kleineren Parteien und dort insbesondere Bündnis 90/Die Grünen. Die Partei kann ihren Anteil von 7,7% (BTW 2005) auf aktuell 13% deutlich steigern. Auch FDP (+3,5 Prozentpunkte) und Die Linke (+2,5 Prozentpunkte) konnten ihre Akzeptanz bei Gewerkschaftsmitgliedern ebenfalls ausbauen.

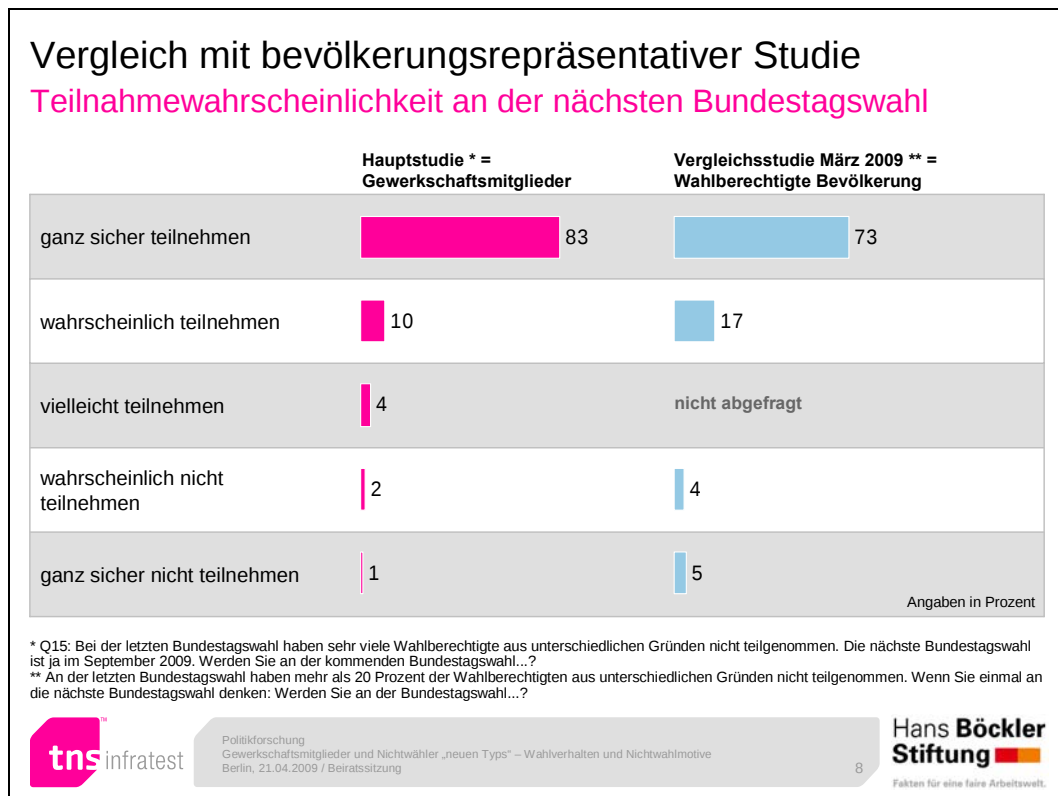


Über die Ursachen für die Akzeptanzeinbußen der SPD bei Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 kann an dieser Stelle nur gemutmaßt werden: Eine Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Erscheinungsbild der Partei spielt dabei vermutlich genauso eine Rolle, wie Unmut über die Rolle der SPD als Regierungspartei in der Großen Koalition. Langfristig hat sicher auch die Agenda-Politik unter Schröder dazu beigetragen, dass sich Teile der Gewerkschaftsmitglieder von der SPD entfremdet haben und die Partei dieses Vertrauen auch in den Jahren nach Schröder nicht wiederherstellen konnte. Allerdings wird dieses Potenzial sich schon zum größten Teil vor der Bundestagswahl 2005 von der SPD abgewendet und der Linken zugewendet haben. Seit diesem Datum hat die Linke nur vergleichsweise moderat an Akzeptanz bei Gewerkschaftsmitgliedern gewonnen. Dass die FDP unter Gewerkschaftsmitgliedern vergleichsweise deutlich hinzugewonnen hat mag – gerade in Zeiten einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – zunächst überraschen. Allerdings beobachten Wahlforscher im Frühjahr 2009 generell eine besondere Stärke der FDP, die auch von ehemaligen SPD-Wählern profitiert, und die im Wesentlichen auf die Forderung der FDP nach Steuersenkungen beziehungsweise deren konsequente Vertretung marktwirtschaftlicher Positionen (die insbesondere für potenzielle Unionswähler attraktiv erscheint) zurückzuführen ist.

Neben den Parteiwählern waren in der Sonntagsfrage insbesondere diejenigen von Interesse, die sich nicht für eine Partei entscheiden konnten oder wollten. Im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung fällt diese Gruppe unter den Gewerkschaftsmitgliedern aber deutlich kleiner aus: Jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied (20%) aber jeder dritte Wahlberechtigte (33%) stimmt in der Sonntagsfrage im ersten Quartal 2009 nicht für eine Partei. Dabei ist der Anteil derjenigen, die

angeben, dass sie nicht an der Wahl teilnehmen würden, bei den Gewerkschaftsmitgliedern (4%) weniger als halb so groß wie in der Bevölkerung (9,9%). Der Anteil derjenigen, die bewusst ungültig wählen würden, ist unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit 2% nur marginal stärker ausgeprägt als unter den Wahlberechtigten insgesamt (1,2%). Etwa jedes siebte befragte Gewerkschaftsmitglied (14%) gibt an, nicht zu wissen, für welche Partei es sich entscheiden würde oder lässt die Frage unbeantwortet. In der wahlberechtigten Bevölkerung liegt der Anteil mit 21,9% wiederum deutlich höher.

Für eine höhere Partizipationsbereitschaft sprechen auch die Angaben der befragten Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Teilnahmewahrscheinlichkeit an der nächsten Bundestagswahl. Hier antworten mehr als acht von zehn Gewerkschaftsmitgliedern (83%), dass sie im September 2009 ganz sicher zur Wahl gehen werden. In der Vergleichsstudie vom März 2009 sind es für die wahlberechtigte Bevölkerung dagegen nur knapp drei von vier Befragten (73%).

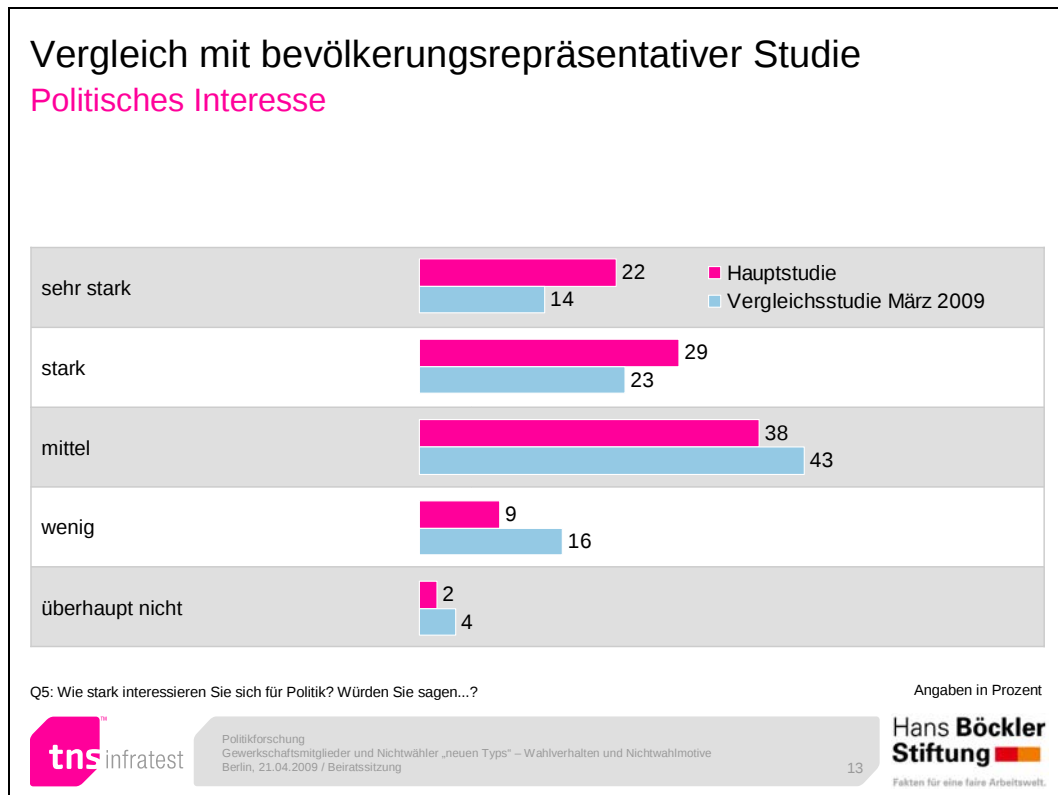


Insbesondere der Anteil derjenigen, die „wahrscheinlich“ zur Wahl gehen werden ist in der Gesamtbevölkerung mit 17% gegenüber 10% deutlich ausgeprägter. Die Kategorien „vielleicht teilnehmen“ (4%), „wahrscheinlich nicht teilnehmen“ (2%) und „ganz sicher nicht teilnehmen“ (1%) definieren unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Folgenden die Gruppe derjenigen mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit. Mit 7% ist diese Gruppe wiederum etwas kleiner als das Pendant bei den Wahlberechtigten insgesamt (9%). Allerdings wurde die Frage in der Referenzgruppe mit einer 4er-Skala gestellt, weshalb die mittlere Kategorie entfiel und so der Vergleich methodisch nicht unproblematisch ist (Die 4er-Skala findet im DeutschlandTREND Anwendung und wurde deshalb auch bei dieser Einschaltung

genutzt, um entsprechende Zeitreihen-Vergleiche zu ermöglichen). Addiert man die beiden Teilgruppen mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit (ganz sicher / wahrscheinlich teilnehmen) so fällt die insgesamt hohe Teilnahmebereitschaft unter den Gewerkschaftsmitgliedern (93%) wie auch in der Gesamtbevölkerung (90%) auf. Hierin zeigt sich das Phänomen des Overreportings: In Umfragen fällt die angegebene Wahlteilnahme normalerweise spürbar höher aus, als bei der tatsächlichen Wahl. Dies zeigt sich auch in unserer Vergleichsstudie für die wahlberechtigte Bevölkerung bei der 90% eine Teilnahme als zumindest wahrscheinlich angeben, die tatsächlich Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 jedoch mit 77,7% deutlich niedriger ausfiel. Ursachen für dieses Overreporting sind zum einen Stichprobeneffekte: Mit formal höher Gebildeten und Personen in den mittleren Alterssegmenten sind in Telefonstichproben normalerweise Gruppen überrepräsentiert, die nach aktuellem Kenntnisstand hinsichtlich sozio-struktureller Merkmale eine höhere Wahlwahrscheinlichkeit aufweisen. Zum anderen spielen Effekte der sozialen Erwünschtheit eine Rolle: Da sich die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung gemeinhin an Wahlen beteiligt, neigen manche Befragte im Interview dazu, eine Wahlteilnahme als anzugeben, um einer gesellschaftlichen Erwartungshaltung zu entsprechen. Eine Konzentration auf die Teilgruppen, die sich – im positiven wie im negativen Sinne – bezüglich Ihrer Wahlteilnahme „ganz sicher“ sind, verspricht deswegen eine höhere Reliabilität im Sinne der Zuverlässigkeit der Aussage. Danach werden nicht nur mehr Gewerkschaftsmitglieder „ganz sicher“ an der nächsten Bundestagswahl teilnehmen (83%) als Wahlberechtigte insgesamt (73%), sondern es werden auch deutlich weniger Gewerkschaftsmitglieder „ganz sicher nicht teilnehmen“ (1%) als in der wahlberechtigten Bevölkerung (5%).

Auch die allgemeine Einstellung zu Wahlen liefert keine Indizien dafür, dass sich die derzeitige Schwäche der SPD in einem überdurchschnittlichen Nichtwahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder bei kommenden Wahlen niederschlagen könnte. Vielmehr stimmen Gewerkschaftsmitglieder (84%) signifikant häufiger dem Statement zu „Ich bemühe mich, an allen Wahlen teilzunehmen“ als das bei den Wahlberechtigten insgesamt der Fall ist (75%). Umgekehrt gibt es in der Gesamtbevölkerung einen größeren Anteil derjenigen, die nur an wichtigen Wahlen teilnehmen (17%:12%) oder von sich sagen, dass sie nur selten oder nie wählen (8%:4%).

Wahlteilnahme und allgemeine Einstellung zu Wahlen werden wesentlich vom politischen Involvement mitgeprägt. Dieses Konstrukt beschreibt die Stärke des (rationalen wie emotionalen) Bezugs, die ein Befragter zur Politik hat, und wurde in der vorliegenden Studie anhand des politischen Interesses und der Mitgliedschaft in politisch motivierten Organisationen operationalisiert. Das politische Involvement ist bei Gewerkschaftsmitgliedern durchweg stärker ausgeprägt als in der wahlberechtigten Bevölkerung:



Etwa die Hälfte der befragten Gewerkschaftsmitglieder gibt an, sehr stark (22%) oder stark (29%) an Politik interessiert zu sein. In der Referenzgruppe ist dies nur gut jeder Dritte (37%). Umgekehrt interessiert sich nur etwa jedes zehnte Gewerkschaftsmitglied wenig (9%) oder gar nicht (2%) für Politik. Bei den Wahlberechtigten insgesamt ist es dagegen jeder fünfte (20%).

Gewerkschaftsmitglieder sind – neben ihrer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft – auch überdurchschnittlich häufig in anderen politisch ausgerichteten Organisationen vertreten. Während bezüglich der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative keine signifikanten Unterschiede feststellbar waren (Gewerkschaftsmitglieder: 5%, Wahlberechtigte: 4%), gaben befragte Gewerkschaftsmitglieder (10%) im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (7%) deutlich häufiger an, sich in einer Nicht-Regierungsorganisation¹ wie zum Beispiel Greenpeace, Amnesty International oder Attac zu engagieren. Am deutlichsten fallen die Unterschiede in Bezug auf die Mitgliedschaft in einer politischen Partei aus: Danach sind 13% der befragten Gewerkschaftsmitglieder Mitglied einer Partei, aber „lediglich“ 6% der Befragten in der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung.

Diese Werte offenbaren das Problem des so genannten Overreportings, das auch in Bezug auf das Nichtwahlverhalten von Relevanz ist. Aus statistischen Unter-

¹ Formal sind Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen nicht trennscharf. Die Unterscheidung findet primär auf der regionalen Bezugsebene statt: Bürgerinitiativen werden in der Regel von Befragten als Organisationen mit stark lokalem Bezugscharakter verstanden, während Nicht-Regierungsorganisationen eher als überregionale bzw. internationale Organisationen interpretiert werden. Diese Wahrnehmung wurde durch die Nennung von Beispielorganisationen bewusst gestützt.

suchungen ist bekannt, dass in der Bundesrepublik Deutschland nur rund 1,4 Millionen Menschen Mitglied einer Partei sind, was einem Anteil von 2,3% entspricht (Statistisches Bundesamt, GESIS, WZB 2009, 388; Niedermayer 2008). In unserer Vergleichsstudie für die wahlberechtigte Bevölkerung kommen wir allerdings – wie bereits erwähnt – auf einen Anteil von etwa 6%. Der Anteil der Parteimitglieder wird in unserer Untersuchung also deutlich überschätzt. Dies ist im Wesentlichen ein Stichprobeneffekt, da in Telefonstichproben bestimmte Zielgruppen systematisch überrepräsentiert werden. Zusätzlich können Effekte der sozialen Erwünschtheit eine Rolle spielen. Da es aber keinerlei Anzeichen dafür gibt, dass die Effekte in beiden (Telefon-)Stichproben unterschiedlich stark ausfallen, der Fehler also als mehr oder weniger konstant angenommen werden kann, ist der relationale Vergleich zwischen beiden Gruppen nach wie vor zulässig.

Der Stichprobeneffekt betrifft insbesondere Personen mit höherer Bildung sowie Personen in den mittleren Alterssegmenten, also Personen die hinsichtlich soziostruktureller Merkmale nach allgemeinem Kenntnisstand tendenziell eher Wählern als Nichtwählern ähneln. Wenn diese Merkmale aber mit einer höheren Wahlbeteiligung korrelieren, dann kann das zu einer Überschätzung entsprechender Zusammenhänge führen (Caballero 2005, 335f). Diese bereits im Forschungsantrag diskutierte Gefahr findet in den Befragungsdaten der Haupt- wie auch der Vergleichsstudie ihren Niederschlag. Der Nichtwähleranteil in der Sonntagsfrage fällt umso höher aus, je niedriger der formale Bildungsgrad ist. Bei einem Nichtwähleranteil von insgesamt 4% unter Gewerkschaftsmitgliedern, fällt der Anteil unter Volks- und Hauptschulabsolventen mit 7% überdurchschnittlich aus, bei Abiturienten mit 3% und Akademikern mit 2% unterdurchschnittlich. Da über die Verteilung dieser Bildungsgruppe in der Grundgesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder keine validen Informationen vorliegen, scheidet eine entsprechende Bildungsgewichtung aus. Der Bildungsbias muss entsprechend bei der Interpretation der weiteren Ergebnisse angemessen berücksichtigt werden. Hinsichtlich der Verteilung nach Altersgruppen sind dagegen in beiden Studien nur geringe Effekte auf die Angaben zur Nichtwahl in der Sonntagsfrage zu beobachten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Studie keinerlei empirischen Belege für eine erhöhte Nichtwahltendenz von Gewerkschaftsmitgliedern gefunden hat. Vielmehr sprechen alle Befunde dafür, dass Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt überdurchschnittlich häufig an Wahlen partizipieren.

3 Nichtwählertypen

Ganz allgemein werden in der wissenschaftlichen Literatur verschiedene Nicht-Wählertypen unterschieden, die eher an technischen Aspekten festgemacht werden:

Als **unechte Nichtwähler** werden Menschen bezeichnet, die aus technischen Gründen (z.B. zur Wahl aufgeforderte, aber kurz vor der Wahl Verstorbene / kurzfristig Verhinderte / Nichtwähler durch zu spät abgeschickte Briefwahlunterlagen) nicht an einer Wahl teilnehmen (können), obwohl sie dies ansonsten vielleicht tun würden. Sie werden auf etwa 4 bis 5 Prozent aller Nichtwähler geschätzt. Dieser Nicht-Wählertyp blieb bei der vorliegenden Untersuchung generell unberücksichtigt. Dies ist aber angesichts des Umstands unproblematisch, dass dieser Typ keine bzw. keine überdurchschnittlich ausgeprägte Motivation hat, aus politischen Erwägungen nicht zu wählen.

Die **grundsätzlichen Nichtwähler** sind in der Ausgangsstichprobe dagegen berücksichtigt. Sie verweigern die Teilnahme am politischen Prozess aus grundlegenden Überzeugungen (z.B. aus religiösen Gründen). Bei diesem Nicht-Wählertypus stellt sich allerdings in erhöhtem Maße die Frage, ob und inwieweit diese bereit sind, an entsprechenden Umfragen teilzunehmen. Wir müssen deshalb davon ausgehen, dass wir diese Gruppe (deren Zahl in der Literatur als sehr gering eingeschätzt wird) in unserer Stichprobe tendenziell unterschätzen.

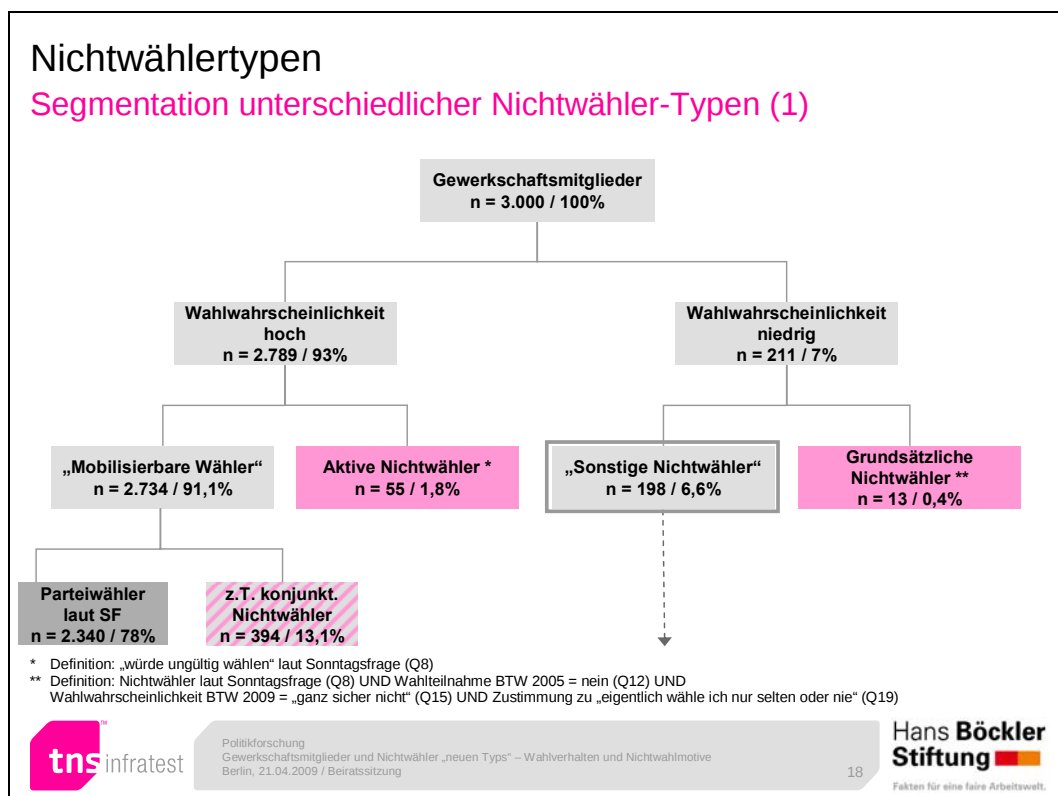
So genannte **aktive Nichtwähler** wählen bewusst ungültig, um ihre Unzufriedenheit in der Wahlstatistik zu dokumentieren. Diesen Typus können wir im Unterschied zu den unechten Nichtwählern direkt aus den entsprechenden Antwortvorgaben identifizieren, da die Antwortkategorie „würde ungültig wählen“ in der Sonntagsfrage entsprechend berücksichtigt ist.

Eine große Gruppe der Nichtwähler stellen nach aktuellem Stand die so genannten **konjunkturellen Nichtwähler**, die je nach subjektiver Bedeutung der Wahl von Fall zu Fall entscheiden, ob sie zur Wahl gehen oder dies nicht tun. Dies hängt in der Regel stark mit dem individuellen Bedeutungsgewicht zusammen, welches der jeweils anstehenden Wahl zugeschrieben wird und das bei Bundestagswahlen in der Regel stärker ausgeprägt ist als bei Landtagswahlen, die ihrerseits zumeist höher gewichtet werden als Kommunal- oder Europawahlen. Entsprechend ist bei diesem Nichtwählertypus eine unterschiedliche Mobilisierung möglich. Bei diesem Nichtwähler-Typ können zudem situative Faktoren bei der Entscheidung (nicht) zur Wahl zu gehen eine große Rolle spielen.

Der **klassische Nichtwähler** wurde bereits in den amerikanischen Wahlstudien der 40er und 50er Jahre beschrieben (vgl. grundlegend Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944): Er kann politisch sowohl zufrieden als auch unzufrieden sein, zeichnet sich aber allgemein durch politisches Desinteresse und Uninformiertheit aus (Gabriel/Völkl 2004, 222). Wahlen, Wahlkämpfe und Parteien sind für diesen Nichtwählertypus von geringer subjektiver Relevanz.

In die Literatur Eingang gefunden hat zudem der **Nichtwähler „neuen Typs“** (vgl. Gabriel, Völkl 2004, 221ff.). Nichtwähler dieses „neuen“ Typs gelten danach als gut gebildet, gut informiert, stark interessiert und politisch selbstbewusst, aber mit den Ergebnissen von Politik in hohem Maße unzufrieden. Sie haben „in der Regel eine klare Parteipräferenz und sind auch politisch interessiert, aber höchst unzufrieden mit ‚ihrer Partei‘ und strafen diese über Nichtwahl“ (Hoffmann-Jaberg/Roth 1994, 138).

Mittels Segmentationen wurden die befragten Gewerkschaftsmitglieder deskriptiv auf der Individualebene in Subgruppen unterteilt, um die verschiedenen Nichtwählertypen zu quantifizieren. Dabei wurde versucht, die Definitionen der entsprechenden Nichtwählertypen gemäß ihrer Beschreibung in der wissenschaftlichen Literatur möglichst exakt zu operationalisieren. Im ersten Schritt wurde zwischen einer hohen (Ausprägungen: ganz sicher / wahrscheinlich) und einer niedrigen Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme in Bezug auf die Bundestagswahl im September 2009 unterschieden (Ausprägungen: vielleicht / wahrscheinlich nicht / ganz sicher nicht sowie weiß nicht / keine Angabe). Diese Aufteilung folgte der Logik des Erhebungsinstruments: Entsprechend dieser Filterung wurden die potenziellen Nichtwähler nach möglichen Nichtwahlmotiven befragt.



Auf dem linken Ast des Segmentationsbaums wurden dann zunächst die „aktiven Nichtwähler“ abgefiltert. Diese haben eine hohe Wahlwahrscheinlichkeit und geben auf die Sonntagsfrage offen an, dass sie bei der Wahl bewusst ungültig stimmen würden. Von 3.000 befragten Gewerkschaftsmitgliedern entfallen 55 oder 1,8% auf diesen Nichtwähler-Typ. Die große Restgruppe (in der Grafik als „mobilisierbare Wähler“ bezeichnet) lässt sich wiederum aufteilen in Parteiwähler laut Sonntags-

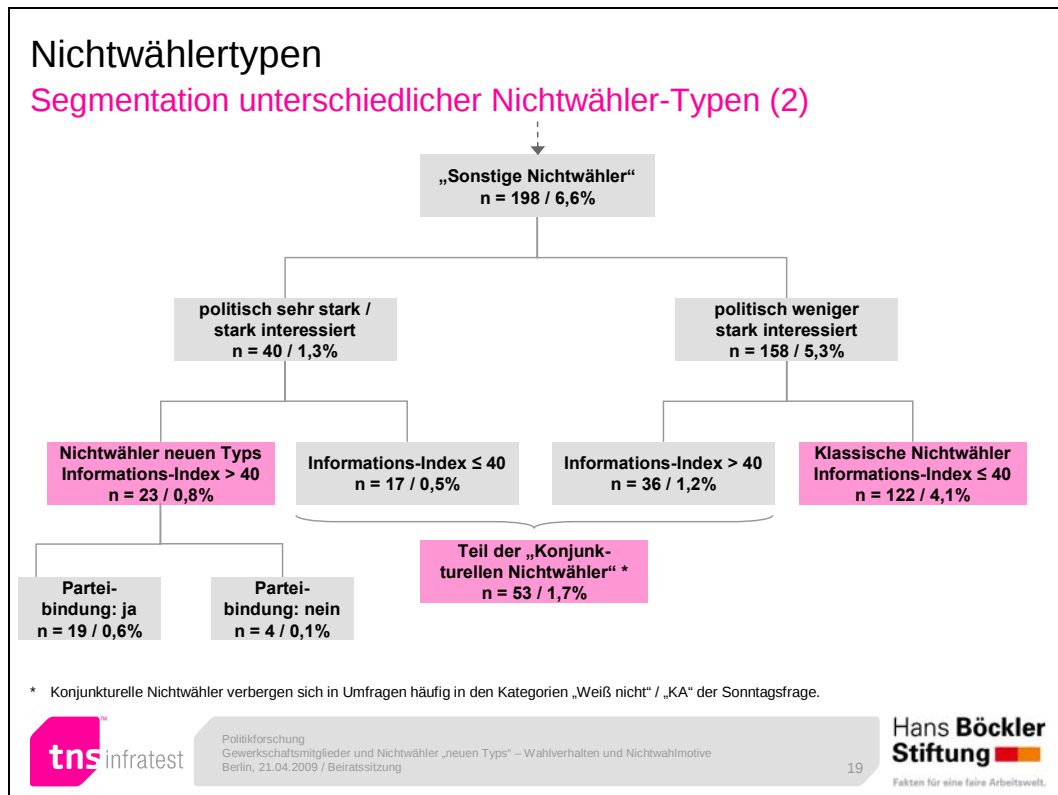
frage (n=2.340 / 78%) und in eine Gruppe, die zwar angibt mit hoher Wahrscheinlichkeit an der nächsten Bundestagswahl teilzunehmen, aber auf die Sonntagsfrage weder eine Partei nennen kann bzw. nennen will, noch ungültig abstimmen würde. Diese Gruppe ist geprägt durch den hohen Anteil von „weiß nicht“-Antworten auf die Sonntagsfrage. Hinter dieser Kategorie der Unentschlossenen verbirgt sich in der Regel ein hoher Anteil späterer Nichtwähler. Dieser kann allerdings nicht weiter quantifiziert werden. Deshalb wurde die komplette Gruppe als potenzielle konjunkturelle Nichtwähler klassifiziert. Sie umfasst insgesamt 394 Befragte oder 13,1%.

Auf dem rechten Ast des Segmentationsbaums wurde zunächst versucht, die grundsätzlichen Nichtwähler abzufiltern. Da dieser Typus nicht mittels eigens in den Fragebogen aufgenommenen Variablen bzw. Items operationalisiert war, wurden vier Bedingungen definiert, die für eine Zuordnung zum Typ grundsätzlicher Nichtwähler sämtlich erfüllt sein mussten:

1. Der / die Befragte muss Nichtwähler laut Sonntagsfrage (Q8) sein.
2. Der / die Befragte muss angegeben haben, nicht an der Bundestagswahl 2005 teilgenommen zu haben (Q12).
3. Der / die Befragte muss angegeben haben, dass er / sie „ganz sicher nicht“ an der Bundestagswahl 2009 teilnehmen wird (Q15).
4. Der / die Befragte muss dem Statement zugestimmt haben „Eigentlich wähle ich nur selten oder nie“ (Q19).

Gemäß dieser Definition kommen wir in der Stichprobe auf 13 grundsätzliche Nichtwähler oder einen Anteil von 0,4%.

Die Restgruppe der „Sonstigen Nichtwähler“, die bis dahin noch 198 Befragte umfasst, wurde weiter unterteilt: Zunächst wurde nach dem Merkmal „Politisches Interesse“ segmentiert (sehr stark / stark vs. mittel / wenig / überhaupt nicht / keine Angabe). Im nächsten Schritt folgt die erneute Aufteilung nach dem Grad der Nachrichtenorientierung. Dies erfolgte über einen Informations-Index, der sich aus fünf Fragen zur Nutzung politischer Medieninhalte zusammensetzte. Die Zuweisung des Index-Wertes erfolgte auf individueller Ebene konnte einen Wert zwischen 0 und 100 Punkten annehmen. Die Festlegung eines Index-Wertes von 40 als Segmentationskriterium basierte auf dem empirisch ermittelten Median: Ziemlich genau die Hälfte aller befragten Gewerkschaftsmitglieder liegt bei einem Index-Wert von 40 oder niedriger, die andere Hälfte bei 41 oder höher. Anhand der Aufsplittung nach den Kriterien „Politisches Interesse“ und „Politische Informiertheit“ ergeben sich vier Untergruppen, darunter der klassische Nichtwähler und der Nichtwähler neuen Typs. Von den 198 „Sonstigen Nichtwählern“ entfallen danach 122 auf den klassischen Nichtwähler, der durch politische Desinteresse und Uninformiertheit gekennzeichnet ist. Sein Anteil an der Grundgesamtheit beträgt 4,1%. Auf der anderen Seite bilden nur 23 Fälle den Nichtwähler neuen Typs, der durch ein starkes politisches Interesse und überdurchschnittliches politisches Informationsverhalten definiert ist. Der Anteil an der Gesamtstichprobe beträgt damit lediglich 0,8%.



Auch wenn man aufgrund der geringen Fallzahlbasis diesen Nichtwähler neuen Typs nur sehr vorsichtig detaillierter beschreiben sollte, so finden sich doch eine ganze Reihe weiterer Merkmale, die der Darstellung des Typs in der wissenschaftlichen Literatur entsprechen: So verfügt die ganz überwiegende Mehrzahl der Fälle (83%), die auf diesen Typus entfällt, über eine längerfristige Parteineigung. Entsprechend geben fast alle Nichtwähler dieses Typs an, dass sie sich früher immer für eine Partei entscheiden konnten, Ihnen im Moment diese aber schwer falle (96%). Im Vergleich zu den potenziellen Nichtwählern insgesamt verfügt dieser Typus häufiger über einen mittleren (52% vs. 40%) oder hohen (31% vs. 22%) formalen Schulabschluss. Das in der Literatur zitierte Merkmal einer überdurchschnittlichen materiellen Absicherung (Gabriel, Völkl 2005, 232) konnte dagegen nicht bestätigt werden, was mit dem deutlich überdurchschnittlichen Anteil an Rentnern bei diesem Nichtwähler-Typ in der vorliegenden Stichprobe zusammenhängen dürfte. Das Merkmal des politischen Selbstbewusstseins trifft dagegen wieder in hohem Maße zu: Während insgesamt nur jeder vierte (25%) potenzielle Nichtwähler sich zutraut, „in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen“, sind dies bei den Nichtwählern neuen Typs sieben von zehn (70%).

Diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die entweder ein starkes politisches Interesse, aber nur unterdurchschnittliche politische Informationsorientierung zeigen (0,5%) oder umgekehrt weniger stark an Politik interessiert sind, aber dafür eine überdurchschnittliche Nachrichtenorientierung angeben (1,2%), passen von ihrem Profil weder zu dem klassischen noch zu dem neuen Nichtwähler-Typ. Diese Fälle wurden daher dem Typus des konjunkturellen Nichtwählers zugeordnet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Gros der Nichtwähler bei Gewerkschaftsmitgliedern durch so genannte konjunkturelle Nichtwähler determiniert wird, auch wenn sich der Anteil nicht genauer quantifizieren lässt. Ein Nichtwähler neuen Typs ist durchaus feststellbar, aber mit einem Anteil von 0,8% ausgesprochen gering ausgeprägt. Dabei ist zu vermuten, dass dieser Anteil in der wahlberechtigten Bevölkerung noch geringer ausfällt, weil Gewerkschaftsmitglieder überdurchschnittlich stark politisch interessiert sind (vgl. oben S.7). Dafür spricht auch, dass der Anteil der aktiven Nichtwähler unter Gewerkschaftsmitgliedern (1,7%) im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (1,2%) etwas höher ausfällt, obgleich dieser Unterschied nicht in hohem Maße signifikant ist. Der vorgefundene Anteil an klassischen Nichtwählern ist mit 4,1% im Vergleich zum Nichtwähler neuen Typs (0,8%) mehr als fünfmal so hoch. Aufgrund des überdurchschnittlichen politischen Interesses von Gewerkschaftsmitgliedern dürfte der Anteil in der wahlberechtigten Bevölkerung noch deutlicher ausfallen.

4 Nichtwahlmotive

Um die Motivlage für die mangelnde Partizipationsbereitschaft gewerkschaftlicher Nichtwähler zu ergründen, wurden identifizierten potenziellen Nichtwählern sowohl ungestützte Fragen zu diesem Themenkomplex gestellt als auch mit der Abfrage von Statements operiert, die teilweise an alle befragten Gewerkschaftsmitglieder, teilweise nur an potenzielle Nichtwähler unter ihnen gerichtet waren.

Die forschungsleitenden Fragen lauteten:

- Welche Motive werden für eine geringe individuelle Wahlwahrscheinlichkeit angeführt?
- Unterscheiden sich Nichtwahlmotive bei Gewerkschaftsmitgliedern von denen der wahlberechtigten Bevölkerung?
- Haben unterschiedliche Nichtwählertypen auch unterschiedliche Nichtwahlmotive?

4.1 Ungestützte Nennungen aktiver Nichtwähler

Zunächst wurden diejenigen offen nach ihren Gründen gefragt, die bei der Sonntagsfrage (Q8) angegeben hatten, dass sie ungültig wählen würden. Dieselbe Frage wurde denjenigen gestellt, die bei der Recall-Frage (Q13) angegeben hatten, dass sie bei der letzten Bundestagswahl 2005 ungültig gewählt haben.

Die Gruppe der Ungültigwähler bei der Bundestagswahl 2005 (Q13) fällt mit nur 20 Fällen sehr gering aus. Außerdem sind 13 von diesen Befragten auch in der Sonntagsfrage als aktive Nichtwähler vertreten, zwei Drittel dieser Gruppe sind dort also mit ihren aktuellen Motiven berücksichtigt. Grundsätzlich andere Motive wurden in der zurückschauenden Perspektive ebenfalls nicht genannt, bei der Vercodung konnten dieselben Codepunkte verwendet werden wie bei den Nichtwahlmotiven der aktuellen Ungültigwähler. Deshalb kann auf eine separate Erörterung der Motive dieser Teilgruppe verzichtet werden.

Auf die Nachfrage, warum sie ungültig wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären, wird von gut jedem vierten aktiven Nichtwählern (28%) die Unglaubwürdigkeit von Parteien und/oder Politikern angeführt. Illustriert werden kann diese Einstellung mit Äußerungen wie „Politiker lügen doch alle und versprechen einem das Blaue vom Himmel“, „weil alle lügen und betrügen, egal welche man wählt“ oder „weil für mich keine der Parteien vertrauenswürdig ist“.

Gut jeder fünfte Ungültigwähler (22%) begründet sein Abstimmungsverhalten mit der mangelhaften Kompetenz von Politikern beziehungsweise Parteien. Dies zeigt sich in Begründungen wie „Ich glaube nicht, dass kompetente Fachleute in den Spitzen der Parteien stehen“, dass „Fehlentscheidungen der Politiker“ angeführt werden oder dass unterstellt wird, dass Politiker „nur Mist bauen“.

Genauso viele (22%) fühlen sich beziehungsweise ihre Interessen allenfalls mangelhaft durch Parteien und Politik vertreten. Dies spiegelt sich in Antworten wie „weil im Moment keine Partei meine Interessen widerspiegelt“, „weil die Politiker nicht mehr an das Volk denken“ oder „weil die Politiker nicht die Wünsche der Bürger vertreten“.

Immerhin jeder Sechste (16%) beklagt das Fehlen einer überzeugenden Partei („bin mit keiner Partei zufrieden“). Weitere 6% können zwischen den etablierten Parteien kaum Unterschiede erkennen („weil alle Parteien gleich sind“).

Nur etwa jeder zehnte aktive Nichtwähler begründet seine Entscheidung mit Motiven, die auf eine eher allgemeine Politikverdrossenheit schließen lassen. Typische Formulierungen lauten „weil ich kein Bock mehr habe auf die Parteien“ oder „weil mir von allen Parteien schlecht wird“.

Leider sind aus den Antworten keine konkreten Hinweise ableitbar, warum dieser Personenkreis an den Wahlen teilnimmt und seinem unzweifelhaft vorhandenen Unmut durch das bewusste ungültig Wählen Ausdruck verleiht. Dazu wäre offenbar ein intensives Nachfragen nötig gewesen, für welches die telefonische Interviewsituation denkbar ungeeignet ist (insbesondere, wenn man nicht den Abbruch des Interviews und damit eine systematische Verzerrung der Stichprobe riskieren möchte).

4.2 Ungestützte Nennungen potenzieller Nichtwähler

Im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl im September 2009 wurden diejenigen Gewerkschaftsmitglieder ungestützt nach ihren Motiven (möglicherweise) nicht zur Wahl zu gehen gefragt, die angegeben hatten, an der kommenden Bundestagswahl nur „vielleicht“, „wahrscheinlich nicht“ oder „ganz sicher nicht“ teilzunehmen.

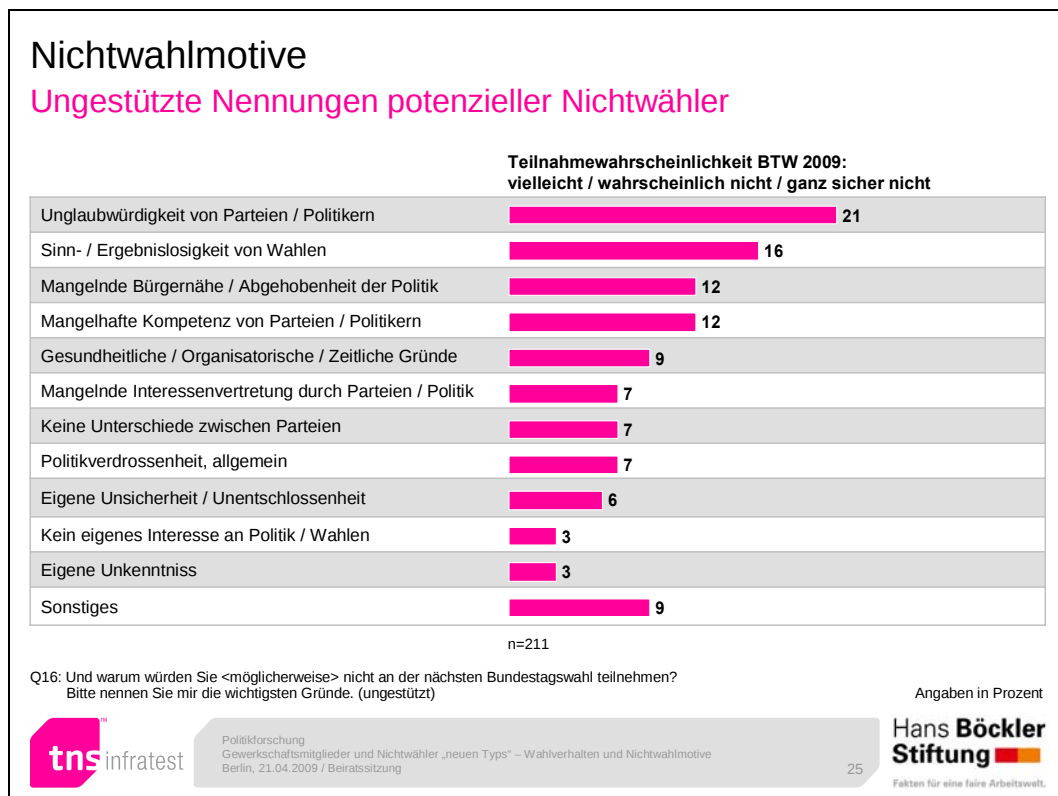
Auch unter den potenziellen Nichtwählern wird ungestützt am häufigsten die Unglaubwürdigkeit von Politikern oder Parteien als Hauptmotiv für die mögliche Nichtwahl genannt (21%). Dabei wird moniert, dass (Wahl-)Versprechungen nicht gehalten werden, dass Ankündigungen keine Taten folgen, dass „alles schön geredet“ werde und dass man keiner Partei vertrauen könne. Dabei gibt es einen spürbaren Zusammenhang zwischen abnehmender Wahlwahrscheinlichkeit und zunehmender politischer Distanz, die sich in der Zuschreibung von Unglaubwürdigkeit zu Politikern und Parteien ausdrückt: Von denjenigen, die „vielleicht“ an der kommenden Bundestagswahl teilnehmen, beurteilen 18% Politiker und/oder Parteien als unglaubwürdig. Bei denjenigen, die „wahrscheinlich nicht“ teilnehmen werden, sind es bereits 21% und bei denjenigen, die „ganz sicher nicht“ zur Wahl gehen werden, ist es sogar jeder Dritte (33%).

Gut jeder sechste potenzielle Nichtwähler (16%) empfindet den Wahlakt als sinnbeziehungsweise ergebnislos: Wählen zu gehen „bringe nichts“ und „egal, wer gewinnt: es wird sich nichts ändern, es wird schlechter“. Teilweise mischt sich diese Einstellung auch mit einem Gefühl der eigenen Ohnmacht, welche sich in

Äußerungen wie „weil meine Stimme keinen Einfluss hat“ oder „weil der Einfluss des Einzelnen zu gering ist“ manifestiert.

Gut jeder Achte (12%) kritisiert eine mangelnde Bürgernähe und führt die Abgehobenheit der Politik als Motiv für den Wahlverzicht an: Die Politiker trafen „keine Entscheidungen fürs Volk“, keine der Regierungsparteien setze sich „für die große Masse der Arbeiterschaft ein“. Kritisiert wird das „Fehlen von Bürgernähe“ und der Umstand das Politiker „zu viel quatschen und zuwenig machen“. Hinzu kommen dann nochmals 7%, die primär ihre eigenen Interessen zuwenig oder gar nicht durch die Politik vertreten sehen.

Ebenfalls 12% ziehen generell die Kompetenz von Parteien und Politikern in Zweifel. Dies drückt sich in Aussagen aus, wie „keine Partei hat ein Konzept für die Lösung der anstehenden Probleme“, „weil ich denen allen nichts zutraue“ oder „weil die ganzen Parteien und Personalangebote genauso schrottartig sind wie bei der letzten Bundestagswahl“. Hinzu kommen eine Reihe konkret kritisierter Politikfelder und Maßnahmen, wie z.B. die Wirtschaftspolitik, die Gesundheitsreform oder das „Kindergartengesetz“.



Jeweils sieben Prozent der potenziellen Nichtwähler äußern als weiteres Nichtwahlmotiv allgemeine Politikverdrossenheit („allgemeine Unzufriedenheit“, „Politikverdrossenheit“, „Schnauze voll“) und die Profillosigkeit der Parteien, die sich aus Sicht der Befragten inhaltlich kaum bzw. gar nicht voneinander unterscheiden.

Bei immerhin fast jedem zehnten potenziellen Nichtwähler (9%) folgt das Verhalten nicht politisch-inhaltlichen Motiven, sondern wird mit organisatorisch-zeitlichen

oder auch gesundheitlichen Ursachen begründet. Die Mehrheit dieser Befragten führt relativ offen Bequemlichkeit („habe meistens Sonntags Nachtschicht“, „bin im Urlaub“, „der Weg ist mir zu weit“) als Motivation an. Man kann aber auch bei diesem Personenkreis von einer distanzierten Haltung zur Politik beziehungsweise mangelndem Interesse ausgehen, da ansonsten die Möglichkeiten der Briefwahl stärker ausgeschöpft würden.

Nur eine kleine Minderheit der potenziellen Nichtwähler sucht die Ursache für eine Wahlabstinenz bei sich selbst: Angeführt wird einerseits die eigene Unsicherheit und Unentschlossenheit, wen man wählen soll (6%) sowie die eigene Unkenntnis in Bezug auf Politik und Parteien (3%). Weitere 3% der potenziellen Nichtwähler äußern ein generelles Desinteresse an Politik.

4.3 Gestützte Abfrage möglicher Nichtwahlmotive

Zusätzlich zu der ungestützten Abfrage wurden Befragten mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit im Interview Statements vorgelesen, die mögliche Nichtwahlmotive repräsentieren. Während die ungestützte Abfrage vor allem darauf schließen lässt, welche Motive eine herausgehobene Rolle spielen, sozusagen „top-of-mind“ sind, zeigt die gestützte Abfrage, dass bei der Mehrheit der potenziellen Nichtwähler durchaus verschiedene Motivlagen eine Rolle spielen.

So stimmen mehr als acht von zehn (84%) potenzielle Nichtwähler unter den Gewerkschaftsmitgliedern der Aussage zu, dass Wahlen keinen Einfluss auf die eigene Lebenssituation haben. Das Statement repräsentiert damit einerseits das Gefühl einer mangelhaften Interessensvertretung durch die Politik. Andererseits spielt dabei aber auch die gefühlte Gleichheit und Profillosigkeit der Parteien eine Rolle.

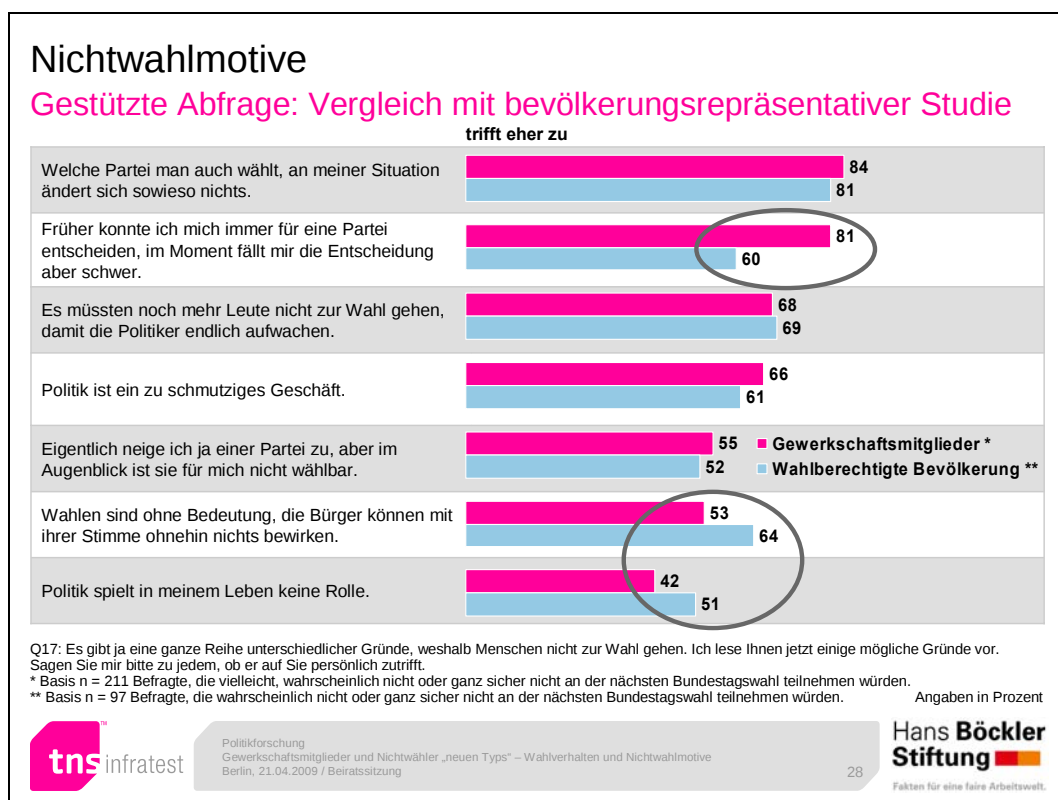
Fast genauso viele Gewerkschaftsmitglieder (81%) geben an, dass sie sich früher immer für eine Partei entscheiden konnten, ihnen die Entscheidung im Moment aber schwer falle. Dieser Personenkreis vermisst also zumindest derzeit eine für ihn überzeugende politische Alternative, der Rückzug ist offensichtlich eine Folge von Enttäuschung und politischer Frustration, sei es über die Ergebnisse der Großen Koalition oder (vor allem für ehemalige SPD-Wähler) über die Agenda-Politik der Regierung Schröder. Grundsätzlich wäre diese Gruppe bei richtiger Ansprache, Programmatik und Glaubwürdigkeit zur Wahlteilnahme mobilisierbar, wenngleich sich etablierte Parteien zumindest kurzfristig damit aber sehr schwer tun dürften.

Zwei Drittel der potenziellen Nichtwähler (68%) unter den Gewerkschaftsmitgliedern geben zudem ihrer Hoffnung Ausdruck, dass eine deutlich abnehmende Wahlbeteiligung als politischer Protest Änderungen in der politischen Kultur und im politischen Stil herbeiführen könne. Denn etwa genauso viele (66%) bewerten Politik als ein „zu schmutziges Geschäft“, welches sie durch ihre Stimme nicht legitimieren wollen.

Etwa die Hälfte der gewerkschaftlichen Nichtwähler (55%) gibt an, eigentlich einer Partei zuzuneigen, die aber momentan für sie nicht wählbar sei. Als Gründe,

warum diese Partei derzeit nicht wählbar ist, wird eine fehlende inhaltliche Übereinstimmung nur unwesentlich häufiger genannt als fehlendes Zutrauen in das politische Personal. Etwa jeder fünfte mit einer derartigen Parteineigung aber fehlender Wahlbereitschaft führt beide Argumente als Begründung an.

Wiederum gut die Hälfte (53%) der Nichtwähler unter den Gewerkschaftsmitgliedern stimmt der Aussage zu, dass Wahlen (derzeit?) keine Bedeutung haben, da die Bürger mit ihrer Stimme ohnehin nichts bewirken können. Für 42% spielt Politik keine Rolle in ihrem Leben. Während erstere die Sinn- und Ergebnislosigkeit von Wahlen betonen – also ein eher defätistisch-distanziertes Verhältnis zu Wahlen offenbart – haben letztere wohl eher ein indifferentes Verhältnis.



Der Vergleich mit potenziellen Nichtwählern in der Referenzstudie zeigt für die wahlberechtigte Bevölkerung nur wenige Unterschiede: Gewerkschaftliche Nichtwähler stimmen in signifikant stärkerem Maße der Aussage zu, dass sie sich früher immer für eine Partei entscheiden konnten, sich momentan aber mit einer Wahlentscheidung schwer tun. Umgekehrt haben sie seltener defätistische oder indifferente Einstellungen zu Wahlen. Hierin spiegelt sich auch bei potenziellen Nichtwählern eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung größere politische Affinität unter den Gewerkschaftsmitgliedern.

Zudem wurde in der Studie die Zustimmung zu einer ganzen Reihe weiterer politischer Aussagen bei allen Gewerkschaftsmitgliedern abgefragt. Dies ermöglicht den Vergleich der Zustimmung zwischen Gewerkschaftsmitgliedern mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit und solchen mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit. Betrachtet man jeweils die Zustimmung insgesamt (Top 2-Wert: „stimme voll und ganz zu /

stimme eher zu), dann finden sich bei folgenden Aussagen die größten Differenzen zugunsten der Gewerkschaftsmitglieder mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit:

- „Leute wie ich haben kaum Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen.“
(Zustimmung: 69% bei niedriger / 39% bei hoher Wahlwahrscheinlichkeit)
- „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“
(Zustimmung: 69% bei niedriger / 40% bei hoher Wahlwahrscheinlichkeit)
- „Die Politiker kennen die Lebenswirklichkeit der meisten Bürger nicht mehr.“
(Zustimmung: 82% bei niedriger / 65% bei hoher Wahlwahrscheinlichkeit)
- „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.“
(Zustimmung: 35% bei niedriger / 18% bei hoher Wahlwahrscheinlichkeit)
- „Die politischen Parteien in Deutschland unterscheiden sich inhaltlich kaum noch von einander.“
(Zustimmung: 51% bei niedriger / 36% bei hoher Wahlwahrscheinlichkeit)

Hier wiederholen sich im Wesentlichen Nichtwahlmotive, die auch ungestützt Erwähnung fanden, wie zum Beispiel das Gefühl der Ohnmächtigkeit, der Abgehobenheit und mangelnden Bürgernähe von Politikern sowie die Profillosigkeit und Austauschbarkeit der Parteien.

Bemerkenswert ist aber vor allem, in welchem Umfang viele dieser Nichtwahlmotive auch unter den Wahlbereiten Zustimmung finden: So stimmen zwei Drittel (65%) derjenigen mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit der Aussage zu, dass die Politiker die Lebenswelt der meisten Bürger nicht mehr kennen. Immerhin die Hälfte (51%) hat zumindest das Gefühl, dass die Politik machtlos ist und in Wirklichkeit die Wirtschaft bestimmt und immerhin noch 40%(!) stimmen zumindest eher der Aussage zu, dass die Parteien nur auf die Stimmen der Wähler aus sind, ihre Ansichten sie aber nicht interessieren. Dies belegt einerseits, dass es in weiten Teilen der Gewerkschaftsmitglieder erhebliche politische Frustration gibt und es lässt sich andererseits daraus schließen, dass sich in dieser Gruppe erhebliche Anteile konjunktureller Nichtwähler verbergen.

4.4 Nichtwahlmotive verschiedener Nichtwählertypen

Wegen der teilweise sehr niedrigen Fallzahlen, die auf Basis der vorgenommenen Segmentation auf die einzelnen Nichtwählertypen entfallen, sollten Unterschiede zwischen diesen Gruppen nur sehr vorsichtig interpretiert werden. Dies gilt insbesondere für die Grundsätzlichen Nichtwähler (n=13) und die Nichtwähler neuen Typs (n=23).

Grundsätzlich sind hinsichtlich der unterschiedlichen Nichtwählertypen nur wenige Unterschiede erkennbar. Dennoch gibt es einige Punkte, die inhaltlich sehr plausibel erscheinen und die Ergebnisse der Segmentation auf diese Weise bestätigen:

Nichtwahlmotive					
Vergleich zwischen Nichtwähler-Typen					
trifft eher zu	Gesamt	Grund-sätzliche	Neuen Typs	Konjunk-turelle	Klass-ische
Früher konnte ich mich immer für eine Partei entscheiden, im Moment fällt mir die Entscheidung aber schwer.	81	31	96	83	83
Eigentlich neige ich ja einer Partei zu, aber im Augenblick ist sie für mich nicht wählbar.	55	23	83	62	49
Politik spielt in meinem Leben keine Rolle.	42	46	9	26	55
Politik ist ein zu schmutziges Geschäft	66	85	57	77	61
Stimme voll und ganz / eher zu	Gesamt	Grund-sätzliche	Neuen Typs	Konjunk-turelle	Klass-ische
Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.	25	38	70	36	11
Die politischen Parteien in Deutschland unterscheiden sich inhaltlich kaum noch von einander.	51	54	43	60	48
Die Linke ist eine echte Alternative zu den anderen etablierten Parteien.	20	8	26	28	16
Angaben in Prozent	n=211	n=13 (!)	n=23 (!)	n=53	n=122
 Politikforschung Gewerkschaftsmitglieder und Nichtwähler „neuen Typs“ – Wahlverhalten und Nichtwahlmotive Berlin, 21.04.2009 / Beiratsitzung					
				Hans Böckler Stiftung	
				Fakten für eine faire Arbeitswelt.	

So zeichnet den **Nichtwähler neuen Typs** eine vergleichsweise deutlich stärkere parteipolitische Orientierung aus. Dies äußert sich zum einen darin, dass sich dieser Typ wie kein anderer zumindest früher immer für eine Partei entscheiden konnte (96%) und auch heute noch eigentlich einer bestimmten Partei zuneigt (83%). Dieser wird aber aus politischem Protest („derzeit nicht wählbar“) überdurchschnittlich oft die Stimme versagt. Dieser Typ Nichtwähler ist in hohem Maße politisch denkend und scheut vor einer aktiven Führungsrolle bei Diskussionen um politische Fragen nicht zurück (70%). Umgekehrt gibt es bei diesem Typ kaum Personen (9%), die von sich behaupten, dass Politik in ihrem Leben keine Rolle spielt. Das sind deutlich weniger als bei den anderen Nichtwählertypen.

Grundsätzliche Nichtwähler haben dagegen eine deutlich geringere parteipolitische Orientierung. Entsprechend ist auch die Partei Die Linke für sie keine wirkliche Alternative (8%). Mehr als andere potenzielle Nichtwähler verurteilen sie Politik als „schmutziges Geschäft“.

Absolut plausibel erscheint zudem, dass **klassische Nichtwähler** mehrheitlich (55%) von sich behaupten, dass Politik in ihrem Leben keine Rolle spielt, und sich umgekehrt nur sehr wenige (11%) unter ihnen zutrauen, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen beschäftigt, eine aktive Rolle zu übernehmen.

Konjunkturelle Nichtwähler beklagen dagegen häufiger als andere Nichtwähler die Profillosigkeit der Parteien (60%). Konsequenterweise sehen sie deshalb noch am ehesten in der Linken eine Alternative zu den anderen etablierten Parteien.

5 Genderspezifische Aspekte

Bislang konnte genderspezifischen Aspekten nur ein vergleichsweise geringer empirischer Einfluss auf das Wahlverhalten nachgewiesen werden. Schwald/Rösner (o.J.) greifen in ihrer Analyse geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens auf Daten der repräsentativen Wahlstatistik zurück und zeichnen anhand der vorliegenden Befunde den Wertewandel in der Bundesrepublik nach. Zusammenfassend kommen die Autorinnen zu dem Ergebnis, dass Frauen „nach den Veränderungen der 70er Jahre [...] im Allgemeinen ‚linker‘ als die Männer“ (ebd.) wählen und sich daran bis heute so gut wie nichts verändert habe. Die Unterschiede seien allerdings nur gering. Bezüglich der Wahlbeteiligung stellen sie seit Einführung des Frauenwahlrechts keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede fest. International vergleichend konstatieren auch Nieuwbeerta und Manza (2002, 269), dass geschlechtsspezifisches Wahlverhalten in Deutschland „fast nicht vorkommt“. Sie sehen vielmehr die sozialen Spaltungen von Bedeutung für das Wahlverhalten.

Intensiver mit dem Wahlverhalten von Frauen hat sich Bieber (2005a, 2005b) auseinandergesetzt. Sie stellt zwar ebenfalls fest, dass von 1972 bis 1998 nur „marginale Unterschiede im Abstimmungsverhalten der Geschlechter“ (Bieber 2005b, 4) vorhanden sind, konstatiert aber das deutlich sozial-demokratischere Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 2002, welches insbesondere aufgrund des größeren Frauenanteils unter den Wahlberechtigten für den Erfolg der rot-grünen Bundesregierung Ausschlag gebend war. Eine deutliche Zäsur im geschlechtsspezifischen Wahlverhalten markiert die Bundestagswahl 2002 auch für Müller-Hilmer und Hartenstein (2002, 22): „51 Prozent der Frauen verhalfen der rot-grünen Bundesregierung zu einer zweiten Amtsperiode, 44 Prozent hatten für Schwarz-Gelb gestimmt. [...] 1998 hatten beide Geschlechter in gleichem Maße den Regierungswechsel betrieben.“ Die Ursachen für dieses erstmals seit 1972 deutlich abweichend auftretende Wahlverhalten von Frauen und Männern führen die Autoren auf das Zusammenspiel von mehreren Faktoren zurück: Einerseits haben die langfristigen Veränderungen in der Lebenswirklichkeit von Frauen (steigendes Bildungsniveau, stärkere berufliche Orientierung, verändertes Rollen- und Selbstverständnis) dazu geführt, dass sich insbesondere jüngere Frauen stärker den Linksparteien und dort insbesondere den Grünen zuwandten, während das Wahlverhalten älterer Frauen diesen Trend zunächst noch nivellierte. Andererseits wird betont, dass im Bundestagswahlkampf 2002 der Fokus auf „weiblicheren“ Themen lag (sozialer Ausgleich, Bildungspolitik, Friedenssicherung (Irak-Krise) und Umweltpolitik (Elbe-Flut)), von denen sich Frauen stärker angesprochen fühlten (vgl. ebd., 23). Als zusätzliches Motiv wird von den Autoren angeführt, dass der Kanzlerkandidat der Union Stoiber besonders bei Frauen ein Akzeptanz- und Glaubwürdigkeitsproblem hatte (ebd., 24), weil er zwar „für Kompetenz, aber auch für wenig geliebte Eigenschaften wie Akririe, Disziplin und Strenge sowie für einen Lebensentwurf mit traditionellen Rollenverteilungen zwischen Mann und Frau“ stehe.

Bieber (2005b, 5) leitet aus dem Wahlergebnis 2002 zunächst die These ab, dass „Frauen für Wahlkämpfer und Parteistrategen zu einer interessanten Zielgruppe

werden“. In ihrer empirischen Analyse auf Basis von Vor- und Nachwahlbefragungen segmentiert die Autorin zunächst die weiblichen Wahlberechtigten nach soziografischen, psychografischen und verhaltensbezogenen Kriterien. Der systematische Vergleich mit einer entsprechenden Analyse der männlichen Wahlberechtigten zeigte dann jedoch, „dass die Unterschiede zwischen dem weiblichen und dem männlichen Wählermarkt [...] nicht in vermutetem Ausmaß nachgewiesen werden konnten“ (Bieber 2005b, 23). Entsprechend ist ein deutlich abweichendes Wahl- bzw. Nichtwahlverhalten von weiblichen gegenüber männlichen Gewerkschaftsmitgliedern nicht unbedingt zu erwarten.

Bei der Bundestagswahl 2005 hat sich das SPD-Wahlverhalten von Männern und Frauen allerdings wieder deutlich angenähert (Statistisches Bundesamt 2006, 12). Es zeigt sich aber auch, dass in dieser Wahl die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den anderen Parteien des linken Spektrums stärker hervortreten: Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik betrug das Verhältnis von weiblichen zu männlichen Wählern bei den Grünen 8,8% zu 7,4% (2002: 8,9% zu 8,2%) und bei der Linken 7,6% zu 9,9% (2002: 3,7% zu 4,3%). Vor diesem Hintergrund ist es eine spannende Fragestellung, ob und inwieweit sich dieser Befund auf im Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder spiegelt.

Entsprechend lauteten die forschungsleitenden Fragen:

- Unterscheiden sich männliche und weibliche Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihres Wahl- beziehungsweise Nichtwahlverhaltens?
- Wählen weibliche Gewerkschaftsmitglieder „linker“ als männliche?
- Gibt es unter Gewerkschaftsmitgliedern geschlechtsspezifisch unterschiedliche Motive, nicht zur Wahl zu gehen?
- Unterscheiden sich nachweisbare genderspezifische Unterschiede bei Gewerkschaftsmitgliedern von solchen in der Gesamtbevölkerung?

5.1 Allgemeine Einstellungen zu Wahlen

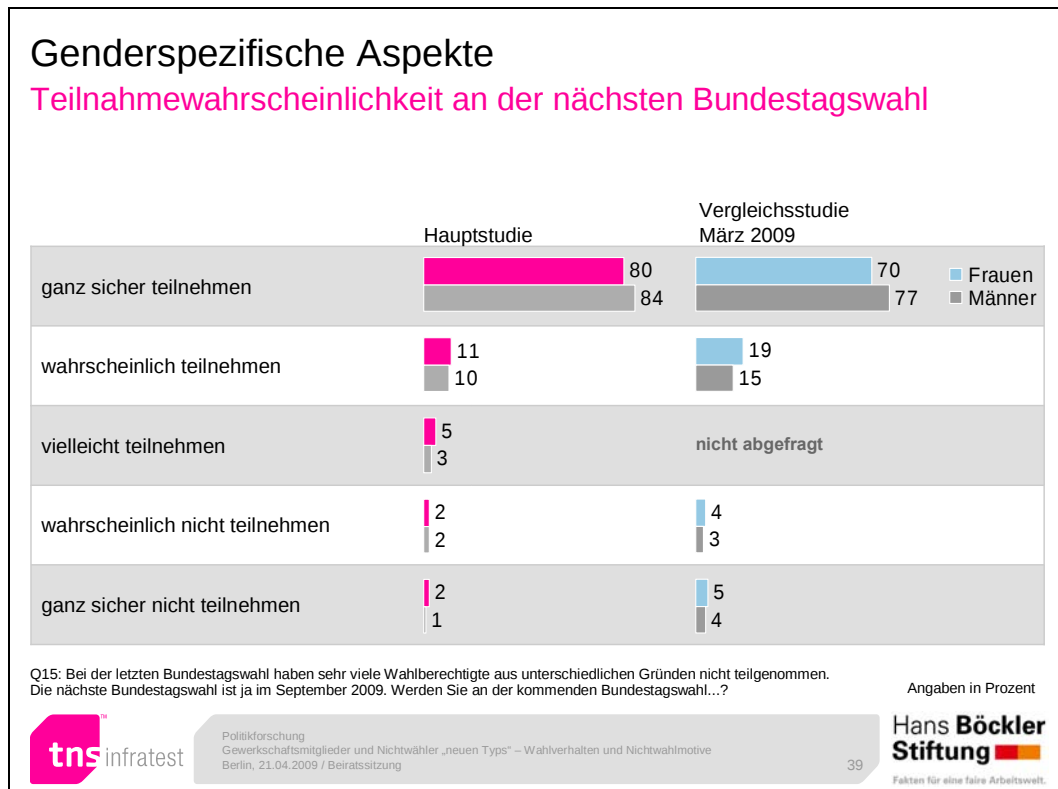
Hinsichtlich der allgemeinen Einstellungen zu Wahlen sind keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Gewerkschaftsmitgliedern wie auch bei den Wahlberechtigten insgesamt feststellbar. Weibliche (85%) wie männliche (84%) Gewerkschaftsmitglieder bemühen sich in vergleichbarem Umfang, an möglichst allen Wahlen teilzunehmen und liegen damit gleichermaßen spürbar über den entsprechenden Anteilen bei wahlberechtigten Frauen (74%) beziehungsweise Männern (77%). Auch die Anteile derjenigen Befragten, die angeben, nur an wichtigen Wahlen teilzunehmen beziehungsweise eigentlich nur selten oder nie zu wählen sind bei weiblichen und männlichen Gewerkschaftsmitgliedern auf vergleichbarem Niveau. Dies gilt auch für die wahlberechtigte Bevölkerung – allerdings bei insgesamt höheren Anteilen.

Die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an der kommenden Bundestagswahl im September 2009 ist bei Gewerkschafterinnen nur geringfügig geringer ausgeprägt als bei ihren männlichen Kollegen. Vier von fünf weiblichen Gewerkschaftsangehörigen (80%) geben an, im kommenden Herbst „ganz sicher“ zur Wahl zu gehen. Bei den männlichen Gewerkschaftsangehörigen sind es mit 84% nur wenig mehr. Entsprechend ist der Anteil der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in den ande-

ren Antwortkategorien marginal stärker ausgeprägt als bei den männlichen. In der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung ist einerseits die Anzahl derer, die ganz sicher an der Wahl teilnehmen etwas geringer als bei Gewerkschaftsmitglieder (vgl. oben S.6), andererseits fällt die geschlechtsspezifische Differenz etwas stärker aus: Hier liegt die ganz sichere Wahlteilnahme unter Frauen bei 70%, gegenüber 77% bei Männern. Die Differenz bei den Frauen (-10 Prozentpunkte) ist also nochmals etwas stärker ausgeprägt als bei den Männern (-7 Prozentpunkte). Dieser Unterschied dürfte mit dem leicht stärkeren politischen Involvement von weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu Frauen insgesamt zusammenhängen.

5.2 Politisches Involvement

Das politische Interesse ist bei männlichen Gewerkschaftsmitgliedern deutlich stärker ausgeprägt als bei weiblichen: Während 57% der Männer angeben, sich sehr stark oder stark für Politik zu interessieren, sind es bei den Gewerkschafterinnen nur 40%. Dies ist allerdings kein gewerkschaftsspezifisches Phänomen. Auch unter den Wahlberechtigten insgesamt klafft zwischen dem politischen Interesse von Männern (48%) und Frauen (27%) eine deutliche Lücke. Vielmehr fällt bei den Gewerkschaftsmitgliedern die geschlechtsspezifische Differenz im Vergleich zur Gesamtbevölkerung etwas geringer aus. Mit anderen Worten: Weibliche Gewerkschaftsmitglieder interessieren sich zwar weniger für Politik als ihre männlichen Kollegen, weisen aber im Vergleich zu den Frauen insgesamt einen etwas stärkeren Zuwachs an politischem Interesse aus als männliche Gewerkschaftsmitglieder gegenüber Männern insgesamt.



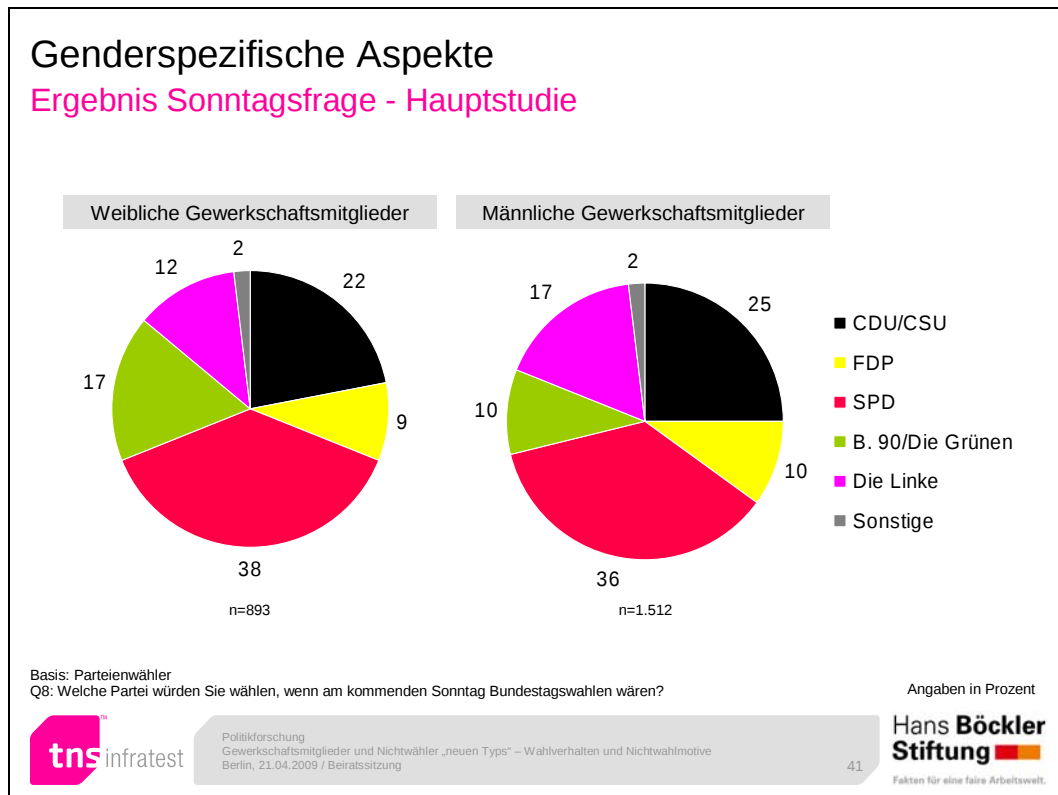
Dieser Befund bestätigt sich bezüglich des politischen Engagements in politischen Organisationen: Zwar sind weibliche Gewerkschaftsmitglieder (10%) deutlich seltener Mitglied in einer Partei als männliche (15%), das Missverhältnis zwischen den Geschlechtern fällt in der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung allerdings noch etwas stärker zulasten der Frauen aus (4% zu 9%).

Bei den Mitgliedschaften in Nichtregierungsorganisationen wie zum Beispiel Greenpeace, Amnesty International oder Attac, sind Gewerkschafterinnen (11%) sogar etwas stärker vertreten als männliche Gewerkschaftsmitglieder (9%). In der Gesamtbevölkerung sind dagegen auch hier die Männer in der Überzahl (8% zu 5%). In diesem Feld zeigt sich also nicht nur das bereits aufgezeigte Bild eines stärkeren politischen Involvements von Gewerkschaftsmitgliedern (vgl. oben S.7), sondern auch ein größeres politisches Engagement weiblicher Gewerkschaftsmitglieder jenseits parteipolitischer Strukturen.

Hinsichtlich der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen sind unter den Gewerkschaftsmitgliedern keinerlei geschlechtsspezifische Unterschiede erkennbar. Mit einem Anteil von jeweils 5% haben sie eine vergleichsweise geringere Bedeutung. Die Angaben von Männern und Frauen in der Referenzstudie für die wahlberechtigte Bevölkerung kommt zu vergleichbaren Resultaten.

5.3 Abstimmungsverhalten in der Sonntagsfrage

Der Anteil der Parteiwähler in der Sonntagsfrage ist bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern mit etwa 77% etwas geringer als bei den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern (82%). In der wahlberechtigten Bevölkerung fällt diese geschlechtsspezifische Differenz mit 9,3 Prozentpunkten spürbar stärker aus. Bis auf den höheren Anteil der weiblichen Unentschlossenen sind aber sowohl unter den Gewerkschaftsmitgliedern als auch in der wahlberechtigten Bevölkerung kaum genderspezifische Unterschiede erkennbar. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern liegt der Anteil der weiblichen Unentschlossenen (14%) vergleichsweise wenig über dem der männlichen Unentschlossenen (10%). In der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung fällt diese Differenz spürbar stärker aus (8,5 Prozentpunkte).



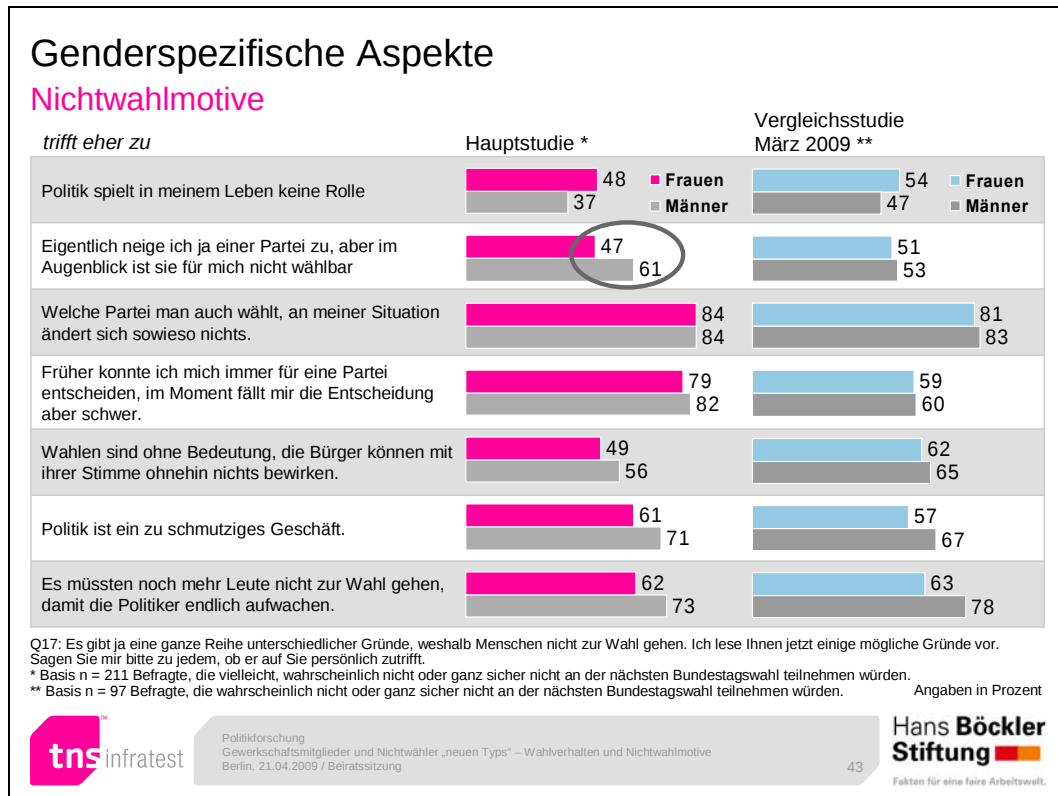
Hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens in der Sonntagsfrage entscheiden sich weibliche Gewerkschaftsmitglieder in geringem Umfang häufiger für „linke“ Parteien als männliche Gewerkschaftsmitglieder: Das linke Lager aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke kommt bei den Gewerkschafterinnen auf 67% und erreicht damit 4 Prozentpunkte mehr als bei den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern (63%). Das bürgerliche Lager kann mit 31% einen entsprechend geringeren Anteil auf sich vereinigen (-4 Prozentpunkte). Deutliche Verschiebungen zwischen männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern gibt es vor allem innerhalb des linken Lagers: Während bei den Männern die Linke mit 17% klar drittstärkste politische Kraft ist und die Grünen nur auf 10% kommen, dreht sich dieses Verhältnis bei den die Gewerkschafterinnen. Bei ihnen liegen die Grünen mit 17% deutlich vor der Linken (12%). Auch dieses Phänomen ist kein gewerkschaftsspezifisches, sondern trifft prinzipiell auch für die Wahlberechtigten insgesamt zu: Die Grünen haben auch gesamtgesellschaftlich eine etwas stärker weiblich geprägte Wählerschaft – im Quartal I/2009 weist der ARD DeutschlandTREND von Infratest dimap 13% weibliche gegenüber 9% männlichen Grünen-Wählern aus. Bei der Linken ist das Geschlechterverhältnis auch hier gedreht: 8% weibliche stehen 12% männliche Wähler der Linken gegenüber.

Bezogen auf das Gesamtergebnis der Gewerkschaftsmitglieder ist allerdings zu berücksichtigen, dass es unter ihnen fast doppelt so viele Männer wie Frauen gibt.

5.4 Nichtwahlmotive

Hinsichtlich der gestützt abgefragten Nichtwahlmotive zwischen weiblichen und männlichen Gewerkschaftsmitgliedern mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit gibt es

kaum grundlegende Verschiebungen in der Rangordnung: Die vier wichtigsten angeführten Nichtwahlmotive rangieren sowohl bei Männern als auch bei Frauen in derselben Reihenfolge.



Im Detail sind aber dennoch einige Unterschiede erkennbar: Für potenzielle Nichtwählerinnen spielt Politik häufiger im Leben keine Rolle (48%) als für männliche potenzielle Nichtwähler (37%). Umgekehrt stimmen männliche häufiger als weibliche Gewerkschaftsmitglieder den Aussagen zu, dass sie ja eigentlich einer Partei zuneigen, diese aber momentan nicht wählbar sei (61% zu 47%), dass noch mehr Leute die Wahlteilnahme verweigern sollten, um die Politiker aufzurütteln (73% zu 62%), dass Politik ein zu schmutziges Geschäft sei (71% zu 61%) und dass die Wähler mit ihrer Stimme ohnehin nichts bewirken könnten (56% zu 49%).

Die meisten dieser geschlechtsspezifischen Unterschiede sind allerdings wiederum kein gewerkschaftsspezifisches Phänomen, sondern lassen sich alles in allem auch in der Referenzstudie der wahlberechtigten Bevölkerung beobachten. Ein klarer genderspezifischer Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Wahlberechtigten wird allerdings deutlich: Während es bei den gewerkschaftlichen Nichtwählern hinsichtlich der parteipolitischen Orientierung eine große Differenz zwischen Männern (61%) und Frauen (47%) gibt, ebnet sich diese Differenz auf gesamtgesellschaftlicher Ebene fast vollständig ein (53% zu 51%). Dies ist ein weiteres Indiz für die Hypothese, dass weibliche Gewerkschaftsmitglieder zwar ein größeres politisches Involvement als nicht gewerkschaftlich organisierte Frauen aufweisen, das größere Engagement jedoch weniger auf die Parteipolitik ausgerichtet ist als bei den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern.

6 Politische Milieus

6.1 Die politischen Milieus in der Gesamtbevölkerung

Im Juni 2006 ermittelte TNS Infratest im Rahmen der Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ verschiedene politische Milieus in Deutschland (Müller-Hilmer 2006). Insgesamt konnten mittels Faktoren- und Clusteranalysen neun politische Typen identifiziert werden. Die Einteilung erfolgte entlang der bipolaren Wertedimensionen „Liberalismus versus Autoritarismus“, „Soziale Gerechtigkeit versus Marktfreiheit“ sowie „Religiosität versus Säkularität“.

Die der Typologie zugrunde liegende Studie wurde ursprünglich als mündlich-persönliche Erhebung durchgeführt. Da Clusteranalysen ungeeignet für Zeitreihen-Untersuchungen sind, hat TNS Infratest Politikforschung ein validiertes Frageset entwickelt, welches die damals identifizierten Typen mit hoher Übereinstimmung repliziert. Mittels dieses Instruments können die politischen Milieus einerseits über mehrere Zeitpunkte beobachtet und so Verschiebungen zwischen den Milieus nachgewiesen werden. Andererseits konnte das validierte Frageset auch auf andere Erhebungstechniken übertragen und so bei der vorliegenden CATI-Studie eingesetzt werden. Bei den nachfolgenden Vergleichen zwischen den aktuellen Ergebnissen für Gewerkschaftsmitglieder (CATI) und den 2006 erhobenen Werten für die Gesamtbevölkerung (CAPI) kommen methodische Effekte zum Tragen, die bei der Interpretation angemessen zu berücksichtigen sind.

Die ursprünglich ermittelten politischen Milieus lassen sich bezüglich ihres sozioökonomischen Hintergrunds, ihrer Lebensbewältigung, ihrer Einstellung zu Staat und Gesellschaft sowie ihres Wahlverhaltens charakterisieren. Dabei beziehen sich die Prozentangaben in Klammern auf die 2006 ermittelten Anteile an der wahlberechtigten Bevölkerung:

Leistungsindividualisten (11 Prozent)

kommen häufig aus „gutem Hause“ und haben einen hohen gesellschaftlichen Status. Sie sind schulisch überdurchschnittlich gut gebildet. Leistungsindividualisten zeichnen sich durch den höchsten Männeranteil und durch den höchsten Anteil an Erwerbstätigen aus, darunter besonders viele Selbständige und viele Beamte im gehobenen Dienst. Arbeit und Beruf spielen für sie eine große Rolle: Sie zeigen viel berufliche Eigeninitiative, haben hohes berufliches Selbstvertrauen und sind in hohem Maße beruflich qualifiziert und besetzen häufig Führungspositionen. Entsprechend verfügen sie über ein überdurchschnittlich hohes Haushaltsnettoeinkommen und wenig finanzielle Sorgen. Materielles hat für Sie einen hohen Stellenwert.

Für Leistungsindividualisten erscheint das Leben angenehm und zu bewältigen. Sie haben große gesellschaftliche Zuversicht und ein ausgeprägtes Sicherheitsgefühl. Das Streben nach Unabhängigkeit und Freiheit ist bei ihnen sehr dominant. Es widerstrebt Ihnen, viele Verpflichtungen einzugehen und sich durch moralische Grundsätze einengen zu lassen. Religion und Glauben spielen so gut wie keine Rolle.

Sie zeichnen sich durch eine stark marktorientierte Haltung aus, sind überdurchschnittlich an Leistung orientiert und empfinden dies auch als gesellschaftliches Ideal. Sie sind überzeugt von der Durchlässigkeit unserer Gesellschaft: Der Einzelne soll für sein Fortkommen und für seine soziale Absicherung selbst Sorge tragen. Staatliche Eingriffe und Regulierung werden abgelehnt.

Leistungsindividualisten präferieren mehrheitlich die bürgerlichen Parteien, wobei es eine überdurchschnittliche Affinität zur FDP gibt. Zu den Liberalen existiert auch besonders häufig eine langfristige Parteineigung. Immerhin ein Drittel ist offen gegenüber der SPD. Alle anderen Parteien sind bei diesem Typus unterrepräsentiert.

Etablierte Leistungsträger (15 Prozent)

haben einen gehobenen gesellschaftlichen Status und kommen aus allen Bildungsschichten. Ihre schulische Ausbildung entspricht zwar „nur“ dem Bevölkerungsdurchschnitt, beruflich haben sie aber viel erreicht: Sie sind beruflich stark engagiert, überdurchschnittlich häufig in Leitungsfunktionen und nehmen – auch als Arbeiter – Führungsaufgaben wahr. Sie haben häufig den in ihrem Bereich höchsten Berufsabschluss erreicht. Unter Ihnen finden sich viele Facharbeiter, Poliere, Meister, aber auch etwas überdurchschnittlich Selbständige. Räumlich sind sie am stärksten in Westdeutschland und dort vor allem im ländlich-kleinstädtischen Raum verortet. Sie sind mit ihrer beruflichen und finanziellen Situation sehr zufrieden und machen sich wenig finanzielle Sorgen.

Etablierte Leistungsträger sind mit Ihrem Leben sehr zufrieden. Sie haben aus unterschiedlichen Voraussetzungen das Beste gemacht. Sie haben große gesellschaftliche Zuversicht und ein relativ stark ausgebildetes Sicherheitsgefühl. Sie richten ihr Leben in hohem Maße an Konventionen aus. Glaube hat eine vergleichsweise geringe Orientierungsfunktion, Religion ist eher aus traditionellen Gründen Bestandteil des eigenen Lebens.

Sie zeichnen sich durch eine stark marktorientierte Haltung aus, sind leistungsbezogen und setzen sich für die Förderung von Leistungsträgern ein. Sie fordern stärkere Eigenverantwortung der Bürger und wollen eine möglichst freie Entfaltung der Wirtschaft. Der Zusammenhalt der Gesellschaft erscheint ihnen wenig gefährdet. Sie richten ihr Leben stark an Konventionen aus.

Die etablierten Leistungsträger sind stark im bürgerlichen Lager verankert, wobei eine deutlich überdurchschnittliche Neigung zugunsten der Union besteht (BTW 2005: 61% Union, 6% FDP). Nur etwa ein Viertel votiert für die SPD, andere Parteien spielen keine Rolle. Sie leben häufiger als alle anderen in einem parteipolitisch weitgehend homogenen Milieu (Freunde und Bekannte wählen die gleiche Partei).

Kritische Bildungseliten (9 Prozent)

kommen mehrheitlich aus „gutem Hause“ und haben den höchsten gesellschaftlichen Status. Sie sind besonders jung, mehrheitlich großstädtisch verortet, haben viel in die Ausbildung investiert und sind in hohem Maße erwerbstätig. In diesem

Milieu kumulieren sich wie in keinem anderen Beamte, besonders häufig in höherer Laufbahn, aber auch hoch qualifizierte Angestellte und freie Akademiker, sowie der höchste Schüler- und Studentenanteil. Sie zeigen berufliches Selbstvertrauen und arbeiten in weitgehend selbständiger und eigenverantwortlicher Tätigkeit. Sie verfügen über große berufliche Mobilität, wenngleich der Beruf nicht als wichtigster Lebensinhalt wahrgenommen wird. Sie verfügen über überdurchschnittlich hohe Haushaltsnettoeinkommen, haben wenig finanzielle Sorgen – auch weil sie sich in Notlagen auf die Unterstützung durch die Familie verlassen können. Ein hohes Einkommen ist ihnen zwar nicht so wichtig, mit der eigenen finanziellen Situation sind sie dennoch unzufrieden – auch weil sie wegen ihres geringen Alters bislang wenig Vermögen bzw. Besitz haben.

Kritische Bildungseliten sind mehrheitlich noch auf der Suche nach ihrem Platz im Leben. Als besonders wichtig gelten persönliche Weiterentwicklung, umfassende Bildung und gesellschaftliches Engagement. Sie sind zwar häufig unzufrieden mit ihrer beruflichen und ihrer Wohnsituation, sind aber aufgeschlossen gegenüber Veränderungen und Neuem. Große persönliche Zuversicht mischt sich mit großer gesellschaftlicher Skepsis. Ein an Konventionen ausgerichtetes bürgerliches Lebensideal stößt auf Ablehnung: Sicherheitsaspekte, moralische Grundsätze und Bereitschaft zu sozialer Verantwortung haben für sie einen geringen Stellenwert.

Sie zeichnen sich aus durch eine stark libertäre Haltung, sind gemeinwohlorientiert und plädieren für eine solidarische Gesellschaft. Sie sind mit der gesellschaftlichen Entwicklung eher unzufrieden, sehen zu wenig gesellschaftliche Durchlässigkeit und eine zu geringe soziale Balance. Sie wollen einen starken Staat, der der Wirtschaft ihre Grenzen zeigt.

Kritische Bildungseliten sind am stärksten im linken Lager verwurzelt, Union und FDP kamen bei der Bundestagswahl 2005 in diesem Milieu auf gerade einmal 15%. Vor allem für Bündnis 90/Die Grünen und für Die Linke gibt es eine stark überdurchschnittliche Präferenz. Zu allen drei Parteien des linken Spektrums existiert zudem eine überdurchschnittlich starke längerfristige Parteineigung.

Engagiertes Bürgertum (10 Prozent)

Im engagierten Bürgertum Verortete haben auch noch einen hohen gesellschaftlichen Status. Der Anteil an formal besser Gebildeten ist in diesem Milieu sehr hoch. Das engagierte Bürgertum zeichnet sich durch einen sehr hohen Frauenanteil aus und ist am stärksten in den berufsaktiven Jahrgängen verortet, vor allem bei den 45 bis 59jährigen. Sie sind überdurchschnittlich häufig erwerbstätig, vor allem als qualifizierte Angestellte oder Beamte. Große Arbeitsplatzsicherheit aufgrund des hohen Anteils an Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Im engagierten Bürgertum finden sich zudem häufig Erwerbstätige in soziokulturellen Berufen, sowie der höchste Hausfrauenanteil. Sie sind zumeist beruflich zufrieden, empfinden die Bezahlung aber oft als nicht leistungsgerecht. Sie verfügen über ein leicht überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen und sorgen privat am häufigsten fürs Alter vor, haben aber nicht mehr Wohneigentum oder Vermögen als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Mitglieder des engagierten Bürgertums sind in der Mehrzahl sehr zufrieden mit ihrem Leben. Gesellschaftliches Engagement hat einen hohen Stellenwert und persönliche Weiterentwicklung ist ihnen besonders wichtig. Sie haben ein ausgeprägtes Sicherheitsgefühl und blicken optimistisch in die Zukunft. Glaube hat für einen Teil dieses Typs eine wichtige Orientierungsfunktion, während eine starke Minderheit mit Glaube und Religion so gut wie keine Berührungspunkte hat.

Ihr Gesellschaftsideal ist von einer liberalen, offenen und toleranten Haltung geprägt. Sie sind am Gemeinwohl und einer solidarischen Gesellschaft orientiert. Sie plädieren stärker als andere dafür, dass Politik sich darum kümmert, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen und wollen generell mehr staatliche Regulierung.

Beim engagierten Bürgertum gibt es einen klaren rot-grünen Schwerpunkt, während die Linke nur durchschnittlich häufig gewählt wird. Das Milieu zeigt aber auch eine gewisse Offenheit für das bürgerliche Lager und dort besonders zugunsten der Union. Längerfristig besteht eine überdurchschnittliche Parteineigung zur SPD und weit überdurchschnittlich zu den Grünen.

Zufriedene Aufsteiger (13 Prozent)

kommen aus eher einfachen Verhältnissen, haben deutlich mehr erreicht als ihre Eltern und verfügen alles in allem über einen mittleren gesellschaftlichen Status. Zwei Drittel sind älter als 45 Jahre. Sie verfügen überwiegend über eine einfache formale Schulausbildung, haben aber überdurchschnittlich oft neben dem Beruf einen weiteren Berufsabschluss gemacht und bilden sich weiter. Entsprechend haben sie hohes berufliches Selbstvertrauen und die höchste berufliche Zufriedenheit. Ihre Einstellung zum Beruf ist geprägt von Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Orientierung an Aufstiegsmöglichkeiten. Überrepräsentiert sind hochqualifizierte Angestellte und Personen mit Führungsaufgaben, Landwirte und kleine Selbständige, sowie angelernte Arbeiter. Sie haben ein nur leicht überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen, sind finanziell aber ausgesprochen zufrieden: Sie wohnen häufiger in den eigenen vier Wänden, verfügen überdurchschnittlich häufig über Ersparnisse und haben eher geringe materielle Ansprüche.

Zufriedene Aufsteiger sehen sich häufiger auf der Gewinnerseite der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind stolz, trotz vieler Widerstände im Leben viel erreicht zu haben. Die eigene Weiterentwicklung hat für sie einen unverändert hohen Stellenwert. Nicht-materielle Werte haben eine hohe Relevanz, auch der Glaube hat für viele eine starke Orientierungsfunktion. Die Bereitschaft zur Übernahme sozialer Verantwortung ist stark ausgeprägt.

Sie zeichnen sich aus durch eine eher libertäre Haltung, wollen eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft und eine solidarische Gesellschaft. Ihr Blick auf die Gesellschaft ist relativ positiv. Sie glauben an Fortkommen durch Leistung, gehen davon aus, dass es eine breite Mittelschicht gibt und einen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie plädieren stärker für eine Wirtschaft ohne staatliche Eingriffe.

Zufriedene Aufsteiger sind mehrheitlich Unionswähler, zeigen aber auch eine Offenheit gegenüber der SPD. Die Unterstützung der FDP ist durchschnittlich, in

Bezug auf die Grünen leicht unterdurchschnittlich. Gegenüber der Linken besteht eine große Distanz. Langfristig besteht vor allem eine Parteinigung zugunsten der Union.

Bedrohte Arbeitnehmermitte (16 Prozent)

Mitglieder dieses politischen Milieus verfügen in den meisten Fällen über einen mittleren gesellschaftlichen Status. Sie haben in der Regel eine einfache oder mittlere formale Schulbildung und sind in allen Altersgruppen vertreten. Sie arbeiten häufig als Angestellte oder Arbeiter in Großbetrieben, wo sie in erster Linie einfache und mittlere Tätigkeiten ausführen. Sie haben eher ein traditionelles Arbeitsverständnis und tendenziell geringe berufliche Ansprüche: Das Leben findet eher in der Freizeit statt. Ihr Haushaltsnettoeinkommen ist leicht unterdurchschnittlich, gleichwohl sind sie mit ihrer aktuellen finanziellen Situation durchschnittlich zufrieden. Sie haben aber häufiger Angst, ihren Lebensstandard nicht halten zu können und das Gefühl, sich immer stärker einschränken zu müssen.

Sie sind mit ihrer Lebenssituation nicht generell unzufriedener als andere, empfinden aber eine größere Verunsicherung hinsichtlich der eigenen Chancen und der Chancen ihre Kinder. Sie fühlen sich überdurchschnittlich oft vom Staat allein gelassen, sind sozial nur unterdurchschnittlich eingebunden und haben auch weniger das Gefühl, der empfundenen Bedrohung etwas durch eigene Flexibilität oder Anpassung entgegensetzen zu können. Sie versuchen, ihre Unsicherheit häufiger durch materielle Dinge zu kompensieren. Sie sind zwar mehrheitlich christlich getauft, haben aber wenig Bezug zu Religion und Glauben.

Sie zeichnen sich durch eine eher autoritäre und ethnozentristische Haltung aus und wollen eine starke politische Führung. Eine leistungsorientierte Gesellschaft hat für sie einen hohen Stellenwert. Sie stehen der gesellschaftlichen Entwicklung kritisch gegenüber und kritisieren vor allem den Wegfall der Mittelschichten. Sie wollen einen starken Staat, der die Wirtschaft in ihre Grenzen weist.

Die bedrohte Arbeitnehmermitte ist durch eine ausgeprägte SPD-Orientierung gekennzeichnet, aber auch gegenüber der Union besteht grundsätzliche Offenheit. In Zeiten der Großen Koalition verliert die SPD allerdings an Zustimmung: Davon profitiert insbesondere die Linke, während die Union stabil bleibt. Längerfristige Parteinigungen sind eher schwach, wenn dann fühlen sie sich noch am ehesten der SPD verbunden.

Selbstgenügsame Traditionalisten (11 Prozent)

verfügen über einen eher niedrigen gesellschaftlichen Status und stammen zumeist auch aus den unteren Gesellschaftsschichten. In diesem Milieu sammelt sich der höchste Anteil von Personen mit einfacher Schulbildung. Fast die Hälfte ist über 60 Jahre alt, zwei Drittel sind Frauen. Entsprechend hoch ist der Anteil von (oftmals verwitweten) Rentnern. Sie wohnen überdurchschnittlich häufig im ländlichen Raum. Wenn erwerbstätig, dann handelt sich dabei zumeist um sehr einfache Tätigkeiten als un- bzw. angelernte Arbeitskraft in eher traditionellen Arbeitsverhältnissen mit festen Arbeitszeiten und hoher Kontrolle. Geringe Weiterbildungs- und Mobilitätsbereitschaft trifft auf eine deutlich erhöhte Befürchtung, arbeitslos zu werden. Sie sind mit ihrer beruflichen Situation weniger zufrieden,

fühlen sich zu stark kontrolliert, nicht leistungsgerecht bezahlt und sind bezüglich ihrer Perspektiven verunsichert. Sie verfügen über ein weit unterdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen, sind aber nur selten verschuldet. Sie leben eher bescheiden und sind mit Wenigem zufrieden. Dennoch müssen sie sich bei Vielem einschränken, weil das Geld immer knapper wird.

Selbstgenügsame Traditionalisten sehen sich eher auf der Verliererseite der gesellschaftlichen Entwicklung und empfinden das Leben überdurchschnittlich häufig als Kampf. Sie haben ein eher gering ausgeprägtes Sicherheitsgefühl, das auf geringes Selbstvertrauen, wenig finanzielle Sicherheit und geringe soziale Bindungen zurückzuführen ist. Nirgends ist der Anteil Alleinlebender größer. Die zunehmende gesellschaftliche Komplexität empfinden sie als belastend, Kraft und Orientierung gibt ihnen der Glaube.

Sie zeichnen sich durch eine eher autoritäre und ethnozentristische Haltung aus und befürworten einen eher regulierenden Staat, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Sie empfinden die Gesellschaft als wenig durchlässig, sind stark geprägt von traditionellen und konventionellen Wertvorstellungen, dabei ausgesprochen politikfern und skeptisch gegenüber technischem Fortschritt.

Selbstgenügsame Traditionalisten haben eine klare Fixierung auf die beiden Volksparteien: Bei der Bundestagswahl 2005 votierten 49% für die CDU/CSU und 40% für die SPD. Der Anteil von Nichtwählern ist klar überdurchschnittlich. In Zeiten der Großen Koalition herrscht Verunsicherung, welche Partei bzw. ob man überhaupt wählen soll. Längerfristig existieren starke Parteineigungen, vor allem zugunsten der Union aber auch zur SPD.

Autoritätsorientierte Geringqualifizierte (7 Prozent)

kommen aus sehr einfachen Verhältnissen. und verfügen überwiegend über eine einfache formale Schulbildung. Ihr gesellschaftlicher Status ist eher niedrig. Das Milieu wird von einem überdurchschnittlich hohen Anteil über 60jähriger und einem sehr hohen Anteil an Rentnern geprägt. Erwerbstätige arbeiten häufig als einfache Angestellte, ungelernte Arbeiter oder führen Tätigkeiten ohne berufliche Ausbildung aus. Sie sind leicht überdurchschnittlich im Westen beheimatet. Ihre Aufstiegsorientierung und ihre Identifikation mit der Arbeit sind eher gering, mit ihrer beruflichen Situation sind sie relativ zufrieden. Dennoch überwiegt bei den Erwerbstätigen dieses Milieus das Gefühl, dass die Arbeit sie unter einen ständigen Druck setzt und ihr Leben zu sehr bestimmt. Sie sind überdurchschnittlich häufig persönlich oder familiär von Arbeitslosigkeit betroffen. Das Haushaltsnettoeinkommen ist weit unterdurchschnittlich, auch aufgrund des hohen Rentneranteils und vieler Hartz-IV-Empfänger. Ihre finanzielle Situation ist häufig angespannt. Nicht wenige konnten sich aber auch einen bescheidenen Wohlstand erarbeiten, den sie allerdings bedroht sehen.

Autoritätsorientierte Geringqualifizierte haben ein relativ gefestigtes individuelles Sicherheitsgefühl, welches auf ihrem überdurchschnittlich stark ausgeprägten Glauben an Gott und an sich selbst sowie auf ihren sozialen Kontakten basiert. Generell ist ihnen die Meinung und Anerkennung anderer sehr wichtig. Die gesell-

schaftlichen Veränderungen verunsichern sie allerdings, die wahrgenommene Ellenbogenmentalität macht ihnen stark zu schaffen.

Sie zeichnen sich am stärksten durch eine autoritäre und ethnozentristische Haltung aus und haben das Gefühl, dass die Gesellschaft immer weiter auseinander treibt. Sie streben einerseits eine leistungsorientierte Gesellschaft an, wollen aber gleichzeitig einen vorsorgenden Staat, der regulierend in den Markt eingreift, Chancengleichheit herstellt und die soziale Absicherung der Bürger garantiert. Ihr Maßstab ist das eigene persönliche Wohlergehen.

Autoritätsorientierte Geringqualifizierte hatten bei der Bundestagswahl 2005 mehrheitlich eine Präferenz für die bürgerlichen Parteien. Sie zeichnet gleichzeitig aber auch eine deutliche Offenheit gegenüber der SPD aus. Die Zustimmung zur Linken ist unterdurchschnittlich. Gegenüber den Grünen herrscht dagegen die größte Distanz. In Zeiten der Großen Koalition gab es bis dato leichte Verschiebungen von der Union zur SPD, sowie Verunsicherung, ob beziehungsweise wen man wählen soll. Die langfristige Parteineigung gilt besonders häufig der SPD.

Abgehängtes Prekariat (8 Prozent)

Mitglieder des abgehängten Prekariats verfügen nur über einen niedrigen gesellschaftlichen Status. Es handelt sich überwiegend um Personen mit einfacher und mittlerer Bildung, die überdurchschnittlich oft männlich und häufig im berufsaktiven Alter sind. In diesem Milieu finden sich relativ gesehen die meisten Arbeiter, aber auch viele einfache Angestellte und der höchste Arbeitslosenanteil. Dieser Typus ist am stärksten ostdeutsch verortet und leicht überdurchschnittlich im ländlichen Raum beheimatet. Die klare Mehrheit hat bereits Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht, viele von ihnen einen gesellschaftlichen Abstieg erlebt. Obwohl sie mit ihrer beruflichen Situation stark unzufrieden sind, sich mit ihrer Arbeit nur wenig identifizieren können und die geringste berufliche Sicherheit haben, zeigen sie nur geringe berufliche Mobilität und Aufstiegsorientierung. Sie müssen in der mit Abstand größten finanziellen Unsicherheit leben, verfügen nur über ein sehr niedriges Haushaltsnettoeinkommen und kaum über finanzielle Rücklagen oder Wohneigentum. Auf familiäre Unterstützung können die wenigsten hoffen. Hinzu kommen häufig Schulden und entsprechende Zukunftssorgen.

Die gesamte Lebenssituation wird als ausgesprochen prekär empfunden. Sie fühlen sich gesellschaftlich im Abseits und auf der Verliererseite der Entwicklung. Sie sind aufgrund ihrer angespannten finanziellen und beruflichen Situation sehr verunsichert und zeigen starke gesellschaftliche Desorientierung: Sie fühlen sich vom Staat allein gelassen und beklagen überdurchschnittlich oft die herrschende Ellenbogenmentalität. Selbst Religion und Glaube bieten keine Orientierung, da in dieser Gruppe der höchste Anteil an Konfessionslosen vertreten ist. Trotz vermehrten Rückzugs ins Private bleibt das Gefühl eines fremdbestimmten Lebens.

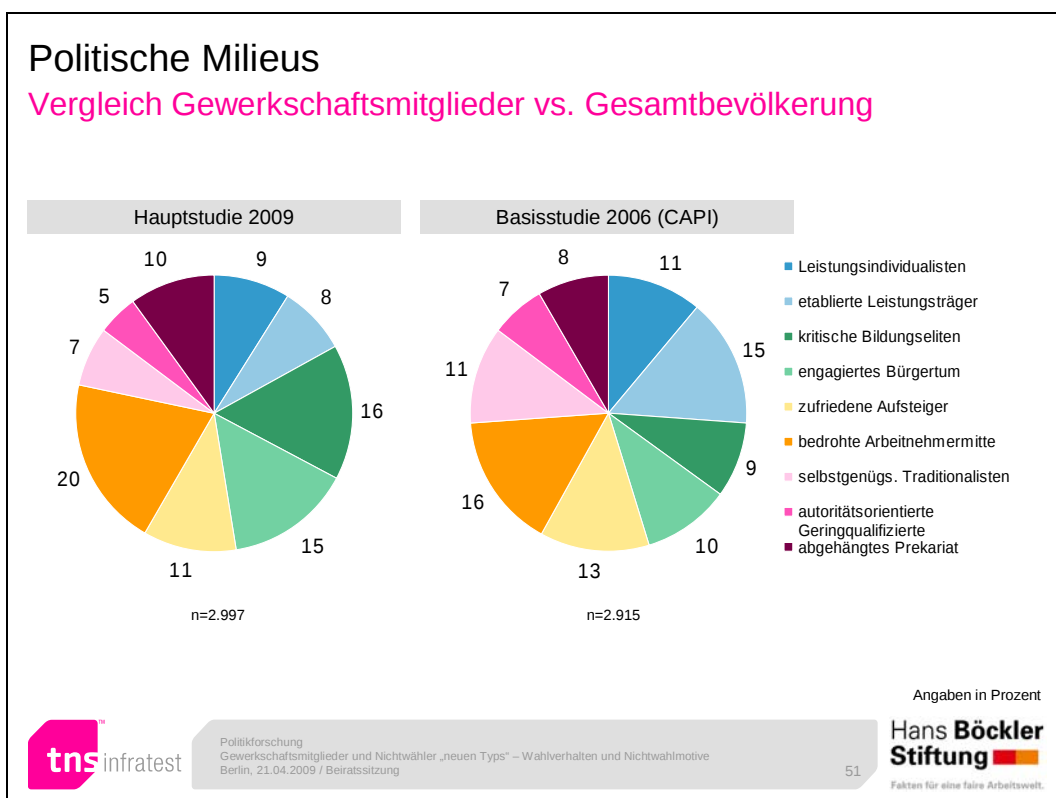
Das abgehängte Prekariat zeichnet sich mehrheitlich durch eine stark autoritäre und ethnozentristische Haltung aus und will eine starke politische Führung. Die Mitglieder dieses Milieus stehen der gesellschaftlichen Entwicklung äußerst kritisch gegenüber und kritisieren vor allem die mangelnde Durchlässigkeit der Gesellschaft und den fehlenden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie fordern am

stärksten von allen Gruppen eine Absicherung durch den Staat und sprechen sich auch für eine stärkere Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat aus.

Das abgehängte Prekariat ist durch den höchsten Nichtwähleranteil und ein ausgeprägtes Protestwahlverhalten gekennzeichnet: Rechtsradikale Parteien und auch die Linke erzielen weit überdurchschnittliche Stimmenanteile. Die SPD kann sich nur knapp vor der Linken behaupten. Gegenüber der CDU/CSU bestehen deutliche Vorbehalte, sie liegt bei der BTW 2005 gleichauf mit der Linken. In Zeiten der Großen Koalition verlieren die Regierungsparteien weiter an Zustimmung, davon profitiert in erster Linie die Linke, aber auch rechtsradikale Parteien können in diesem Milieu weiter zulegen. Langfristig existieren nur unterdurchschnittliche Parteineigungen, vor allem zugunsten der SPD und der Linken.

6.2 Die politischen Milieus bei Gewerkschaftsmitgliedern

Betrachtet man die Verteilung der verschiedenen Politischen Typen innerhalb der Gewerkschaftsmitglieder, zeigt sich, dass auch unter Gewerkschaftsmitgliedern nahezu das gesamte Spektrum der Politischen Typen vertreten ist.



Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung im Jahr 2006 sind von allen politischen Milieus die kritischen Bildungseliten unter den Gewerkschaftsmitgliedern am stärksten überrepräsentiert: Während diese in der Gesamtbevölkerung 9% umfassen, sind 16% der Gewerkschaftsmitglieder diesem politischen Typ zuzuordnen. Das entspricht einem Plus von 77% oder 7 Prozentpunkten. Ebenfalls stark überdurchschnittlich ist unter den Gewerkschaftsmitgliedern das engagierte Bürgertum vertreten. Der Zuwachs gegenüber der Basisstudie für die

Gesamtbevölkerung beträgt 49% oder knapp 5 Prozentpunkte. Zu den politischen Milieus in denen Gewerkschaftsmitglieder auch noch überrepräsentiert sind, zählt das abgehangene Prekariat (+24%) und die bedrohte Arbeitnehmermitte (+23%).

Die anderen fünf politischen Typen sind bei Gewerkschaftsmitgliedern mehr oder weniger stark unterrepräsentiert. Noch am ehesten finden sie sich unter den zufriedenen Aufsteigern: 11% (gegenüber 13% insgesamt) der Gewerkschaftsmitglieder sind diesem Milieu zuzuordnen. Mit 9% noch etwas weniger finden sich bei den Leistungsindividualisten (gegenüber 11% insgesamt).

Der geringste Anteil der Gewerkschaftsmitglieder entfällt mit 5% auf die autoritätsorientierten Geringqualifizierten (Gesamtbevölkerung 2006: 7%), gefolgt von einem 7%-Anteil bei den selbstgenügsamen Traditionalisten (Gesamtbevölkerung 2006: 11%). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass diesen beiden Segmenten ursprünglich besonders viele ältere Menschen zugewiesen waren. Die Unterrepräsentanz bei den Gewerkschaftsmitgliedern dürfte also teilweise auf die sozio-demografische Struktur der Gewerkschaftsmitglieder, teilweise aber auch auf einen methodischen Effekt zurückzuführen sein: Bekanntermaßen bilden CATI-Stichproben insbesondere die Bevölkerungsteile ab 65 Jahren spürbar schlechter ab, als face-to-face-Stichproben, was bei der vorliegenden Studie zu einem geringeren Anteil dieser beiden Typen führen kann.

Am schwächsten vertreten sind Gewerkschaftsmitglieder im politische Milieu der etablierten Leistungsträger: Diesem Typ lassen sich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 2006 nur knapp halb so viele Gewerkschaftsmitglieder (56%) zuordnen. Da es sich um ein konservatives, stark von Konventionen geprägtes Milieu handelt, ist es auch nicht verwunderlich, dass dieser Typ deutlich häufiger bei Nicht-DGB-Gewerkschaften anzutreffen ist, als bei Mitgliedern, die im DGB organisiert sind.

6.3 Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern nach Politischen Milieus

Nachfolgend soll das aktuelle Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern nach politischen Milieus beschrieben werden. Dies geschieht anhand der aktuellen politischen Stimmung (Sonntagsfrage), der Kandidatenorientierung, der Teilnahme-wahrscheinlichkeit an der Bundestagswahl 2009 sowie einigen weiteren zentralen Faktoren wie dem politischen Interesse, der Zustimmung zur Wahlnorm, der Demokratiezufriedenheit und der längerfristigen Parteineigung. Die Reihenfolge der Darstellung orientiert sich an der relativen Wichtigkeit der Milieus für die Gewerkschaften im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.

Kritische Bildungselite

Bei den Gewerkschaftsmitgliedern im Milieu der kritischen Bildungseliten kommt rot-grün im I. Quartal 2009 auf eine rot-grüne Zwei-Drittel-Mehrheit (SPD 41%, Grüne 25%). Auch die Linke erfreut sich großer Zustimmung (23%), während das bürgerliche Lager „chancenlos“ bleibt (CDU/CSU und FDP je 5%). Hinsichtlich der Kandidatenorientierung liegt Steinmeier (57%) mit großem Abstand vor Merkel (17%). Bemerkenswert ist, dass jeder Vierte (24%) nicht bereit ist, einen der beiden Kandidaten zu unterstützen. Das ist der zweithöchste Wert, lediglich im

abgehängten Prekariat ist der Anteil noch höher. Die Teilnahmewahrscheinlichkeit bei der Bundestagswahl liegt mit 96% drei Prozentpunkte über den Durchschnitt für alle Gewerkschaftsmitglieder. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das politische Interesse in diesem Milieu am stärksten ausgeprägt ist und auch die Demokratiezufriedenheit mit 43% „sehr / ziemlich zufrieden“ um sieben Punkte über dem Durchschnitt liegt. Fast acht von zehn Gewerkschaftsmitgliedern dieses Typs (79%) haben eine längerfristige Parteineigung (Gewerkschaftsmitglieder insgesamt: 74%), meistens zugunsten der SPD (45%, +8 Prozentpunkte), aber auch zu den Grünen (18%, +10 Prozentpunkte).

Politische Milieus									
Übersicht Wahlverhalten und Kandidatenorientierung									
	Kritische Bildungseliten	Engagiertes Bürgertum	Abgehängtes Prekariat	Bedrohte Arbeitnehmermitte	Zufriedene Aufsteiger	Leistungsindividualisten	Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	Selbstgenügsame Traditionalisten	Etablierte Leistungsträger
Sonntagsfrage									
CDU/CSU	5	15	17	27	42	29	37	30	35
FDP	5	5	5	12	13	18	14	10	12
SPD	41	40	29	36	34	33	35	40	41
Die Grünen	25	26	6	8	6	6	0	9	5
Die Linke	23	13	37	14	5	9	12	9	6
Kandidatenorientierung									
Merkel	17	35	32	39	54	45	43	36	49
Steinmeier	57	48	38	41	33	33	38	42	35
Wahlwahrscheinlichkeit									
hoch	96	97	87	93	93	93	91	92	91
niedrig	4	3	13	7	7	7	9	8	9

Angaben in Prozent



Politikforschung
 Gewerkschaftsmitglieder und Nichtwähler „neuen Typs“ – Wahlverhalten und Nichtwahlmotive
 Berlin, 21.04.2009 / Beiratsitzung

Hans Böckler
Stiftung
Fakten für eine faire Arbeitswelt.

62

Engagiertes Bürgertum

Auch der gewerkschaftlich organisierte Teil des engagierten Bürgertums präferiert im I. Quartal 2009 rot-grün mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit (SPD 40%, Grüne 26%). Hier fällt allerdings die Sympathie für die Linke deutlich moderater (13%), die Präferenz für die Union (15%) dafür nicht ganz so extrem negativ aus. Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers rückte Amtsinhaberin Angela Merkel (35%) deutlich näher an Frank-Walter Steinmeier (48%) heran. Gewerkschaftsmitglieder, die im engagierten Bürgertum verortet sind, haben eine ebenfalls eine überdurchschnittliche Wahlwahrscheinlichkeit (+4 Prozentpunkte). Sie sind überdurchschnittlich stark politisch interessiert, haben in hohem Maße die Wahlnorm internalisiert (+6 Prozentpunkte) und sind mit der Demokratie in Deutschland in sehr hohem Maße zufrieden (+12 Prozentpunkte). Stärker als in allen anderen politischen Milieus verfügen Gewerkschaftsmitglieder dieses Typus über eine längerfristige Parteineigung (82%). Diese gilt in überdurchschnittlichem Maße der SPD (43%) und den Grünen (17%).

Abgehängtes Prekariat

Das abgehängte Prekariat zeichnet sich auch unter Gewerkschaftsmitgliedern durch die geringste Wahlwahrscheinlichkeit aus (-6 Prozentpunkte). Entsprechend ist die Zustimmung zur Wahlnorm hier so schwach ausgeprägt, wie in keinem anderen politischen Milieu, das politische Interesse ist hier besonders schlecht entwickelt. Ebenfalls scheint sich die herausgebildete Neigung zu Protestwahlverhalten zu bestätigen, die sich in dem höchsten Stimmenanteil für die Linke (37%) einerseits und einem immerhin 3%igen Anteil für die NPD andererseits niederschlägt. Bei dem hohen Anteil für die Linke ist allerdings zu berücksichtigen, dass in weit überdurchschnittlichem Maße ostdeutsche Gewerkschaftsmitglieder das abgehängte Prekariat ausmachen (Ost: 20%, West 8%) und die Partei in den neuen Bundesländern natürlich einen ganz anderen Stellenwert hat. Die SPD liegt mit 29% in der Sonntagsfrage nur auf Platz zwei, allerdings mit deutlichem Abstand vor der Union (17%). Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland ist in diesem Milieu auch unter Gewerkschaftsmitgliedern am geringsten ausgeprägt (17%, -19 Prozentpunkte). Ins Gesamtbild passt, dass bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers Steinmeier (38%) nur knapp vor Merkel (32%) und den Nicht-Direktwählern (28% = größter Anteil) liegt.

Bedrohte Arbeitnehmermitte

Gewerkschaftsmitglieder der bedrohten Arbeitnehmermitte sind politisch weniger interessiert als das durchschnittliche Gewerkschaftsmitglied. Sie empfinden die Wahlteilnahme in geringerem Maße als Bürgerpflicht (-4 Prozentpunkte) und sind mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland weniger zufrieden (-6 Prozentpunkte). In der aktuellen politischen Stimmung liegt bei ihnen die SPD (36%) zwar vorne, aber CDU/CSU (27%) und FDP (12%) schneiden in diesem Segment mit je +3 Prozentpunkten überdurchschnittlich gut ab. Die Linke liegt mit 14% leicht unter dem Durchschnitt (-1 Prozentpunkt), die Grünen mit 8% (-5 Prozentpunkte) deutlich. Bei einer theoretischen Direktwahl des Bundeskanzlers würden Steinmeier (41%) und Merkel (39%) quasi gleichauf liegen.

Zufriedene Aufsteiger

Bei den gewerkschaftlich organisierten zufriedenen Aufsteigern gibt es im I. Quartal 2009 eine klare schwarz-gelbe Mehrheit (Union 42%, FDP 13%). Die SPD (34%) schneidet bei ihnen leicht, Grüne (6%) und Linke (5%) dagegen deutlich unterdurchschnittlich ab. Entsprechend liegt Angela Merkel (54%) bei der Direktwahl-Frage deutlich vor Frank-Walter Steinmeier (33%). Gewerkschaftsmitglieder, die diesem politischem Milieu angehören, zeichnen sich im Vergleich zu den restlichen Gewerkschaftsmitgliedern durch die höchste Zustimmung zur Wahlnorm (+9 Prozentpunkte) und durch die größte Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland aus (+15 Prozentpunkte). Ein leicht überdurchschnittlicher Anteil (79%, +5 Prozentpunkte) hat eine längerfristige Parteineigung, die in diesem Segment so stark in keinem anderen der CDU/CSU gilt (35%, +18 Prozentpunkte).

Leistungsindividualisten

Bei den Leistungsindividualisten unter den Gewerkschaftsmitgliedern liegen bürgerliches (Union 29%, FDP 18%) und linkes Lager (SPD 33%, Linke 9%, Grüne 6%) quasi gleichauf. Bei der Kandidatenorientierung hat Bundeskanzlerin Merkel mit 45% Zustimmung aber doch einen klaren Vorsprung aus SPD-Kandidat

Steinmeier (33%). Politisches Interesse und Zustimmung zur Wahlnorm sind eher durchschnittlich, die Demokratiezufriedenheit (+4 Prozentpunkte) ist dagegen leicht überdurchschnittlich ausgeprägt. Die der längerfristigen Parteineigung (72%, -2 Prozentpunkte) liegen CDU/CSU (20%, +3 Prozentpunkte) und vor allem die FDP (6%, +4 Prozentpunkte) deutlich über dem Wert über alle Gewerkschaftsmitglieder.

Autoritätsorientierte Geringqualifizierte

Die gewerkschaftlich vertretenen autoritätsorientierten Geringqualifizierten votieren im I. Quartal 2009 für eine knappe bürgerliche Mehrheit mit der Union (37%) als stärkster Partei, knapp vor der SPD, die auf 35% käme. Die FDP liegt mit 14% ihrerseits vor der Linken, die auf 12% käme. Bündnis 90/Die Grünen sind in diesem politischen Milieu ohne jeglichen Rückhalt. Die knappen Mehrheitsverhältnisse spiegeln sich auch bei der Frage nach der Direktwahl des Bundeskanzlers: Hier kann sich Merkel (43%) relativ knapp vor Steinmeier (38%) behaupten. Wahlwahrscheinlichkeit und politisches Interesse liegen leicht unter dem Durchschnitt, die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland fällt dagegen deutlich negativer aus (-15 Prozentpunkte). Eine längerfristige Parteineigung ist ebenfalls vergleichsweise schwach ausgeprägt (69%). Von denjenigen mit Parteineigung profitiert zwar noch am ehesten die SPD (35%), die Union schneidet diesbezüglich in diesem Milieu aber deutlich überdurchschnittlich ab (26%, +9 Prozentpunkte).

Selbstgenügsame Traditionalisten

Selbstgenügsame Traditionalisten bleiben auch als Gewerkschaftsmitglieder bei ihrer klaren Fixierung auf die Volksparteien (SPD 40%, Union 30%). Die derzeitigen Oppositionsparteien liegen in ihrer Gunst alle fast gleichauf (FDP 10%, Grüne 9%, Linke 9%). Steinmeier kommt in diesem Milieu mit 42% Zustimmung etwas besser an als Merkel mit 36%. Politisches Interesse und Wahlwahrscheinlichkeit sind leicht unterdurchschnittlich, während die Demokratiezufriedenheit nur auf die zweitschlechtesten Werte kommt (-17 Prozentpunkte). Eine längerfristige Parteineigung (63%) ist bei den Gewerkschaftsmitgliedern dieses Milieus so wenig vorhanden wie bei keinem anderen politischen Typ. Die SPD kann davon mit 30% nur unterdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder auf sich ziehen (-7 Prozentpunkte), während die Union vergleichsweise gut abschneidet (21%, +4 Prozentpunkte).

Etablierte Leistungsträger

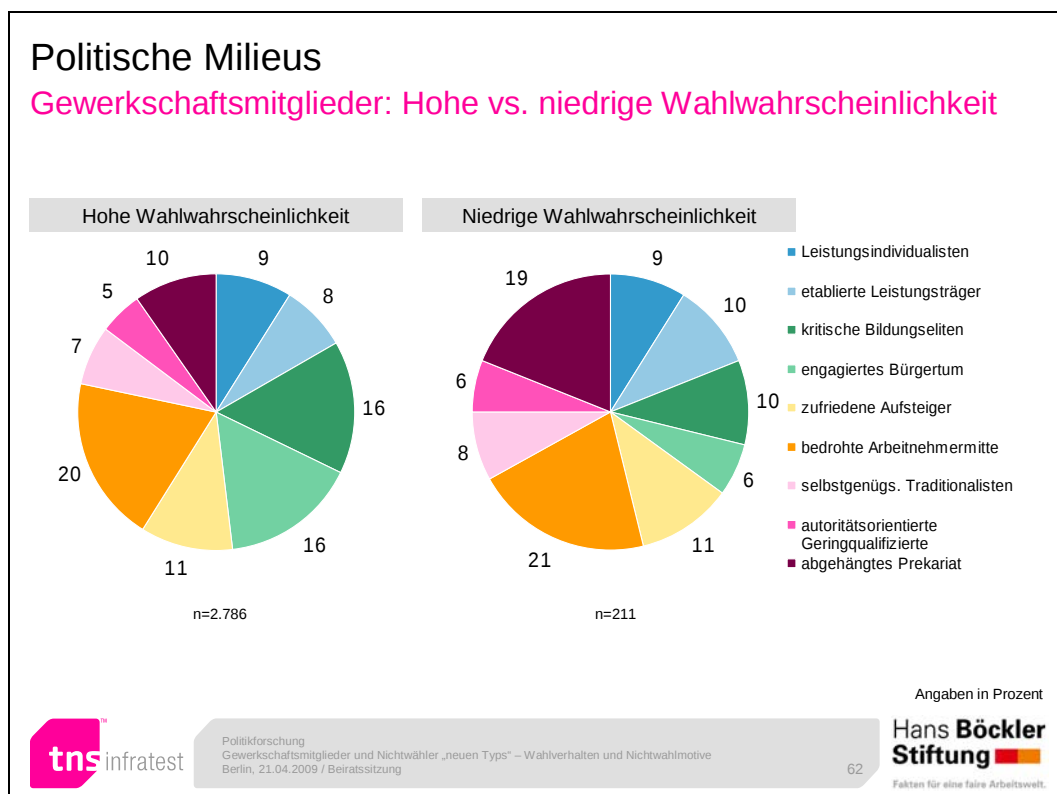
Auch bei den etablierten Leistungsträgern schneiden die Volksparteien überdurchschnittlich stark ab (SPD 41%, CDU/CSU 35%). Die FDP ist mit 12% ebenfalls überdurchschnittlich stark und verweist Linke (6%) und Grüne (5%) mit deutlichem Abstand auf die Plätze. SPD-Kandidat Steinmeier kommt bei der SPD-Wählerschaft dieses Milieus weniger gut an, er kommt bei der Direktwahlfrage nur auf 35% und liegt deutlich hinter Merkel, die es auf 49% Zustimmung bringt. Lediglich im Milieu der zufriedenen Aufsteiger verfügt Angela Merkel über einen noch größeren Rückhalt. Wahlwahrscheinlichkeit, politisches Interesse und Zustimmung zur Wahlnorm fallen bei diesem Typ Gewerkschaftsmitglied nur leicht unterdurchschnittlich aus, dafür verfügt er über ein hohes Maß an Demokratiezufriedenheit (+8 Prozentpunkte). Drei von vier etablierte Leistungsträger (76%) haben eine

längerfristige Parteineigung, ganz überwiegend zugunsten der SPD (42%, +5 Prozentpunkte) und der Union (26%, +9 Prozentpunkte).

6.4 Politische Milieus und Teilnahmewahrscheinlichkeit

Der Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern mit hoher und niedriger Teilnahmewahrscheinlichkeit an der kommenden Bundestagswahl dient in erster Linie der Überprüfung, ob sich potenzielle Nichtwähler unter den Gewerkschaftsmitgliedern in einem kumulieren oder sich auf mehrere Segmente verteilen. Bei der Anlage der Studie gab es die Überlegung, dass eine Verteilung der potenziellen Nichtwähler auf zwei oder drei deutliche Schwerpunktmilieus ein klarer Indikator für das Vorhandensein grundsätzlich unterschiedlicher Nichtwählertypen wäre, wie zum Beispiel dem klassischen und dem Nichtwähler neuen Typs.

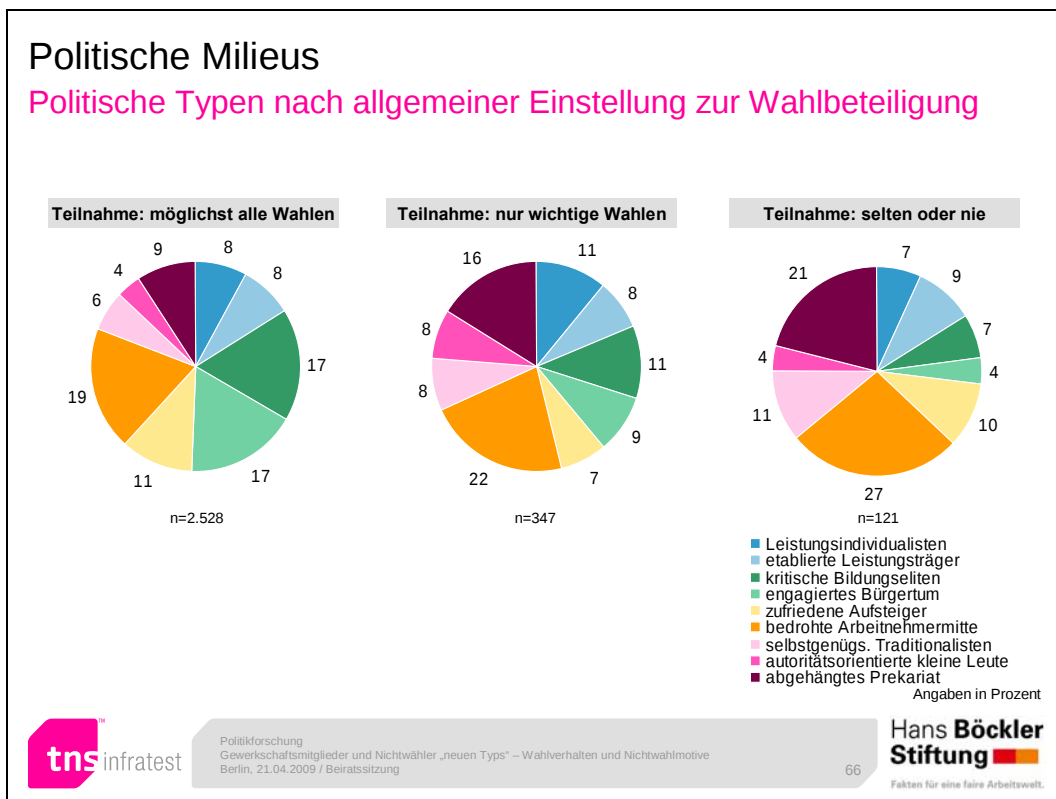
Bei dem Vergleich sticht allerdings das abgehangte Prekariat als einziges politisches Milieu heraus, das bei Konzentration auf die potenziellen Nichtwähler ganz eindeutig an Gewicht gewinnt: Es verdoppelt sich annähernd von einem Anteil von 10% bei Gewerkschaftsmitgliedern mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit auf 19% bei solchen mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit.



Dieser Zuwachs geht zu Lasten des engagierten Bürgertums (-10 Prozentpunkte) und der kritischen Bildungseliten (-6 Prozentpunkte). Dies sind die einzigen Segmente, deren Anteile bei potenziellen Nichtwählern signifikant rückläufig ist. In allen anderen Milieus gibt es lediglich Veränderungen von maximal bis zu zwei Prozentpunkten. Dabei fällt allerdings auf, dass auch neben dem abgehangten Prekariat die Nichtwähleranteile tendenziell in Segmenten der unteren „Bevöl-

kerungshälfte“ zunehmen, wie den autoritätsqualifizierten Geringqualifizierten (+1 Prozentpunkt), den selbstgenügsamen Traditionalisten (+1 Prozentpunkt) und auch der bedrohten Arbeitnehmermitte (+1 Prozentpunkt). Die These, dass sich neben dem abgehängten Prekariat ein zweites Segment bei der Konzentration auf potenzielle Nichtwähler deutlich herauskristallisiert, muss aufgegeben werden. Die Zahl der identifizierten Nichtwähler neuen Typs ist zum einen zu gering, um entsprechende Auswirkungen zu haben, zum anderen konzentriert sich auch dieser Nichtwählertyp nicht auf ein einziges politisches Milieu.

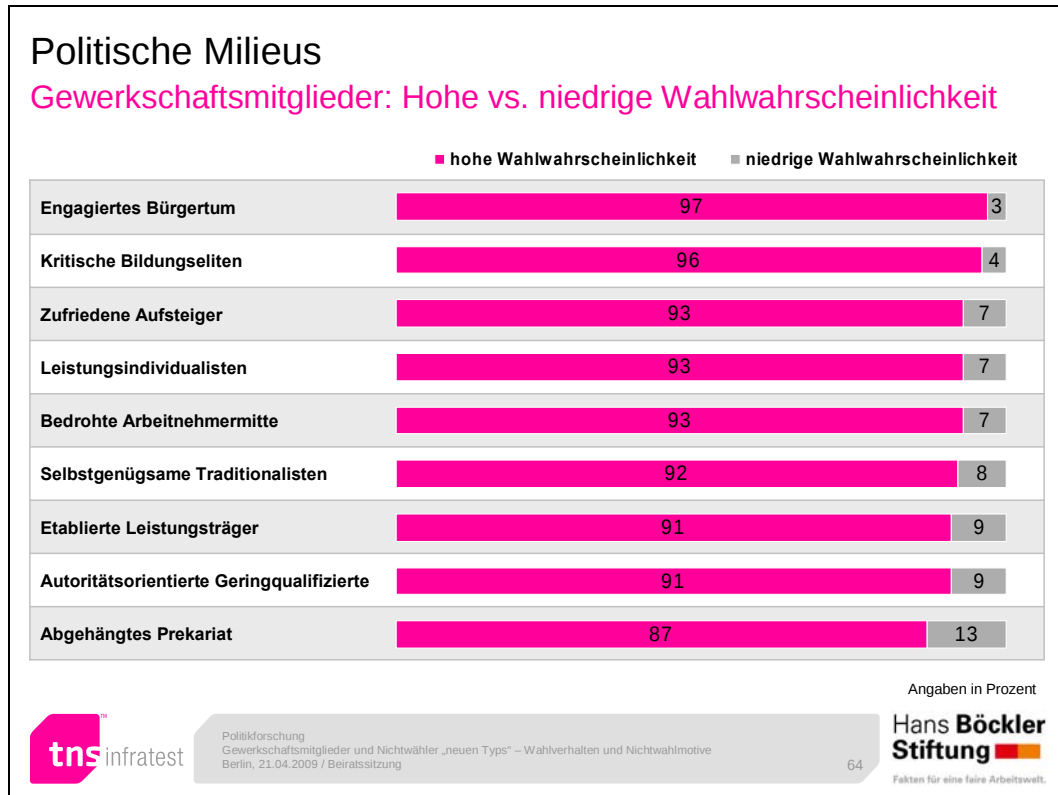
Analysiert man die Veränderungen in der Zusammensetzung der politischen Milieus, die sich ergeben, wenn man die grundlegenden Einstellungen zu Wahlen als Filterkriterium nimmt, dann zeigen sich neben dem abgehängten Prekariat allerdings zwei weitere Segmente, die mit zunehmend distanzierter Einstellung zu Wahlen an Gewicht gewinnen.



Dies ist zum einen die bedrohte Arbeitnehmermitte: Hier steigt der Anteil von 19% bei denjenigen, die sie sich bemühen „an allen Wahlen teilzunehmen“, über 22% bei denen, die eigentlich „nur an den wichtigen Wahlen teil[nehmen]“ bis zu 27% bei den Gewerkschaftsmitgliedern, die eigentlich „nur selten oder nie“ wählen. Eine solche konsistente Zunahme zeigt sich darüber hinaus nur noch im politischen Milieu der selbstgenügsamen Traditionalisten („möglichst alle“: 6% - „nur wichtige“: 8% - „selten/ nie“: 11%).

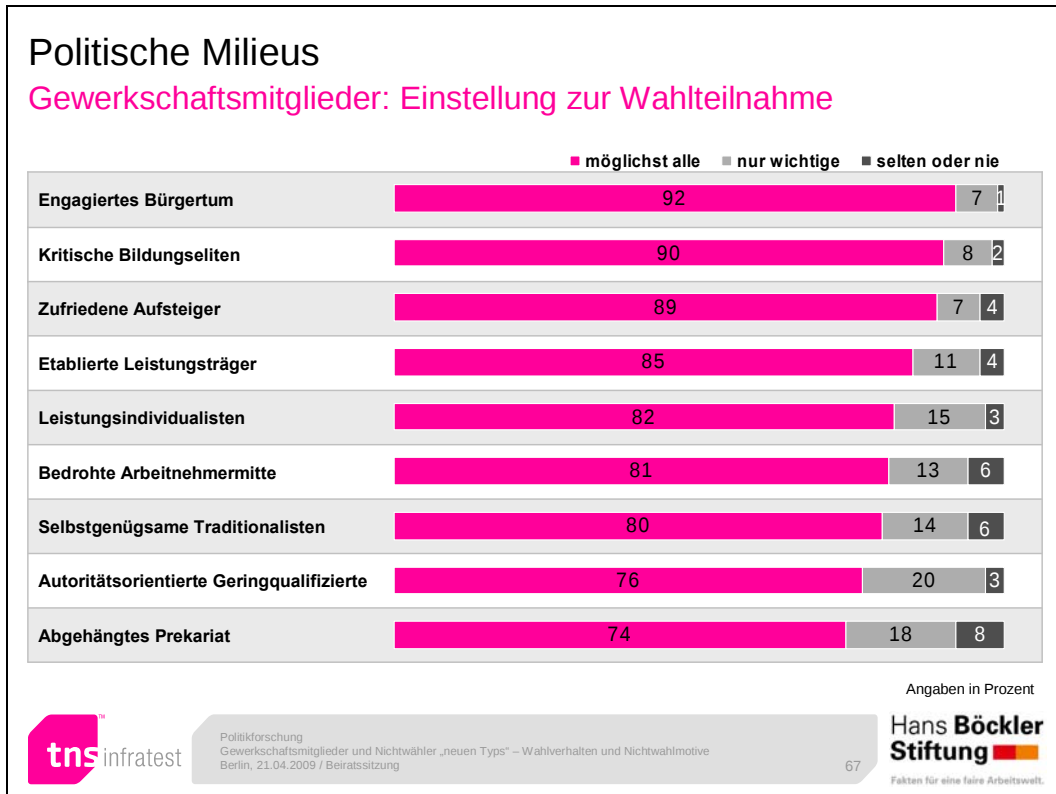
Wechselt man die Perspektive und stellt die Frage, wie die Wahlwahrscheinlichkeit bei den Gewerkschaftsmitgliedern innerhalb der einzelnen politischen Typen vari-

iert, wird noch deutlicher erkennbar, bei welchen politischen Typen die Teilnahmewahrscheinlichkeit über- bzw. unterdurchschnittlich ausfällt:



Im Vergleich zu allen Gewerkschaftsmitgliedern (93% angegebene „hohe Wahlwahrscheinlichkeit“ bei der nächsten Bundestagswahl) zeichnen sich Gewerkschaftsmitglieder im Milieu des engagierten Bürgertums (+4 Prozentpunkte) und der kritischen Bildungseliten (+3 Prozentpunkte) durch eine überdurchschnittliche Wahlwahrscheinlichkeit aus. Zufriedene Aufsteiger, Leistungsindividualisten und die Bedrohte Arbeitnehmermitte weichen diesbezüglich nicht vom Durchschnitt ab. Eine leicht unterdurchschnittliche Wahlwahrscheinlichkeit ist für die selbstgenügsamen Traditionalisten (-1 Prozentpunkt), die etablierten Leistungsträger (-2 Prozentpunkte) und die autoritätsorientierten Geringqualifizierten (-2 Prozentpunkte) feststellbar. Eine deutlich geringere Teilnahmewahrscheinlichkeit ist lediglich für die Gewerkschaftsmitglieder innerhalb des abgehängten Prekariats zu konstatieren (-6 Prozentpunkte).

Betrachtet man die Politischen Typen innerhalb des Gewerkschaftslagers nun wiederum in Bezug auf die allgemeine Einstellung zu Wahlen, zeigt sich zwar ein insgesamt etwas differenzierteres Bild, an der Reihenfolge der Milieus hinsichtlich ihrer Affinität zu Wahlen ändert sich allerdings kaum etwas:



Unverändert zeichnen sich Gewerkschaftsmitglieder im Milieu des engagierten Bürgertums bzw. der kritischen Bildungseliten durch die stärkste Wahlaaffinität aus. Die autoritätsorientierten Geringqualifizierten und das abgehängte Prekariat bilden hinsichtlich der generellen Wahlbereitschaft erneut die „Schlusslichter“. Im Ranking gibt es auch sonst keine Veränderungen – mit Ausnahme der etablierten Leistungsträger: Während diese hinsichtlich ihrer konkreten Wahlabsicht in Bezug auf die Bundestagswahl 2009 unterdurchschnittlich abschneiden und nur an siebter Stelle im Ranking liegen, positioniert sich dieser Typus Gewerkschaftsmitglied hinsichtlich der allgemeinen Einstellung zu Wahlen an vierter Stelle. Dabei scheint die Positionierung hinsichtlich der allgemeinen Einstellung zu Wahlen die plausiblere, da diese insgesamt stärker zwischen den Milieus differenziert. Die schlechtere Positionierung hinsichtlich der konkreten Wahlteilnahme in Bezug auf die kommende Bundestagswahl mag dagegen zufallsbedingt sein, da die Unterschiede zwischen den Typen hier nur ausgesprochen gering ausfallen.

7 Einflussfaktoren bezüglich der Wahlteilnahme

In der wissenschaftlichen Literatur finden sich eine ganze Reihe (potenzieller) Einflussfaktoren auf das Wahl- beziehungsweise Nichtwahlverhalten. In der vorliegenden Studie ging es zum einen darum, zu überprüfen ob diese Faktoren auch bei Gewerkschaftsmitgliedern Einfluss nehmen. Außerdem sollte natürlich identifiziert werden, welche Faktoren dabei eine besonders große Rolle spielen.

Einbindung in sozio-strukturelle Netzwerke

Zur Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien spielen neben rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen auch sozio-politische und politisch-kulturelle Faktoren als Bestimmungsgründe für Niveauunterschiede eine Rolle, wie zum Beispiel der Organisationsgrad der Gewerkschaften (Freitag 1996, 24): „Der Grundüberlegung zufolge steige die Bereitschaft zur Teilnahme an der Wahl mit Stärke der Integration des einzelnen in sozio-politische Netzwerke. Operationalisiert wird diese Integration in der Wahlforschung vor allem mit den klassischen Größen Gewerkschaftsmitgliedschaft und Kirchenbindung.“ (Freitag 1996, 13). Dass Gewerkschaftsmitglieder eine im Vergleich zur wahlberechtigten Gesamtbevölkerung erhöhte Teilnahmewahrscheinlichkeit an Wahlen haben, wurde durch die vorliegende Studie unzweifelhaft bestätigt (vgl. oben S.6ff).

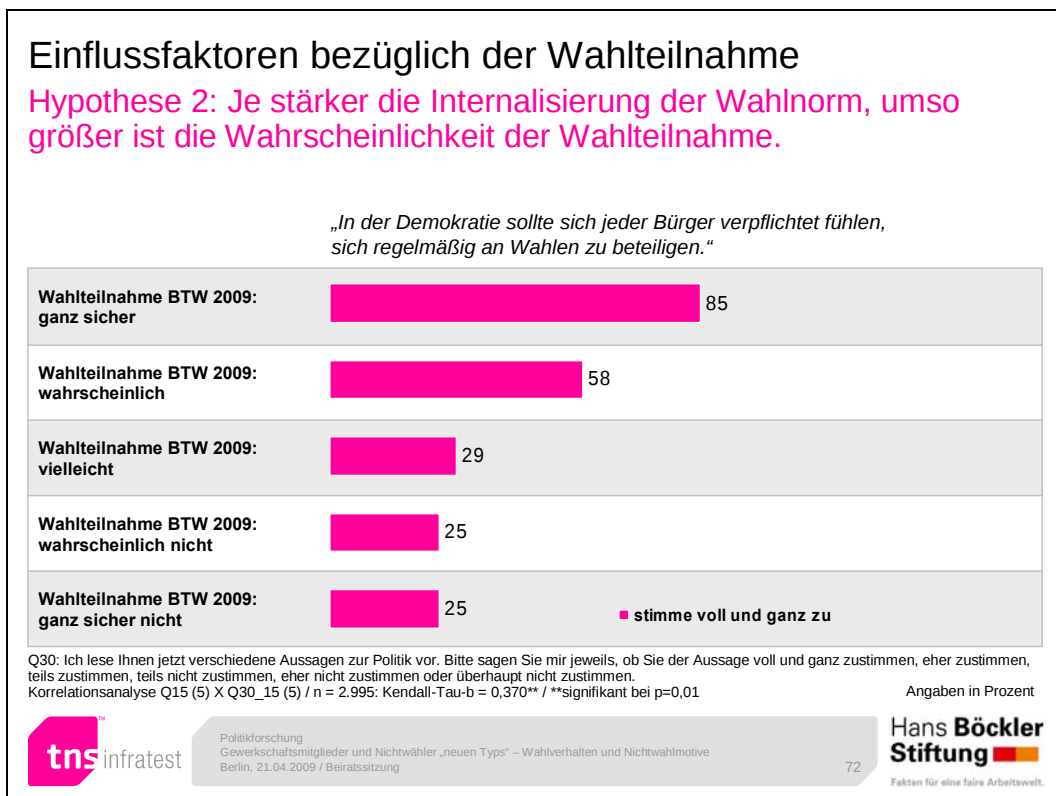
Von daher ist noch die allgemeiner formulierte These zu überprüfen, dass die Partizipationswahrscheinlichkeit bei Wahlen mit der stärkeren Einbindung in soziale Netze aufgrund eines damit einhergehenden steigenden sozialen Drucks zunimmt (Kleinhenz 1995, 186; Eilfort 2001, 24; Gabriel/Völkl 2004, 231). Ein zunehmendes Engagement innerhalb der Gewerkschaft korreliert dabei nur schwach positiv mit einer höheren Wahlwahrscheinlichkeit (Kendall's Tau-B 0,059^{***}). Die Kirchengangshäufigkeit hat zwar bei Angehörigen christlicher Religionen ebenfalls einen signifikanten Effekt, der aber nur unwesentlich stärker ausfällt (Kendall's Tau-B: 0,084^{***}). Noch am stärksten korreliert die Teilnahmewahrscheinlichkeit bei der nächsten Bundestagswahl mit der Mitgliedschaft in einer politischen Partei (Cramer's V: 0,129^{***}). Für die Mitgliedschaft in anderen politischen Organisationen wie Nichtregierungsorganisationen (Cramer's V: 0,076^{***}) oder Bürgerinitiativen (Cramer's V: 0,052^{***}) sind die Effekte spürbar geringer.

Eine Einbindung in soziale Netzwerke hat also für Gewerkschaftsmitglieder einen durchaus nachweisbaren Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme, dieser ist aber vergleichsweise schwach ausgeprägt.

^{***} signifikant bei $p=0,01$.

Internalisierung der Wahlnorm

Auch soziale beziehungsweise politische Normen können eine partizipationsfördernde Wirkung entfalten: Wird Wahlbeteiligung als „Bürgerpflicht“ empfunden, dann wird eine entsprechende Partizipation in hohem Maße wahrscheinlich. Verschiedene empirische Studien haben einen derartigen Effekt nachweisen können (Vgl. Gabriel/Völkl 2004, 235). Die daraus abgeleitete Hypothese lautete entsprechend: Je stärker die Internalisierung der Wahlnorm, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an der Wahl.



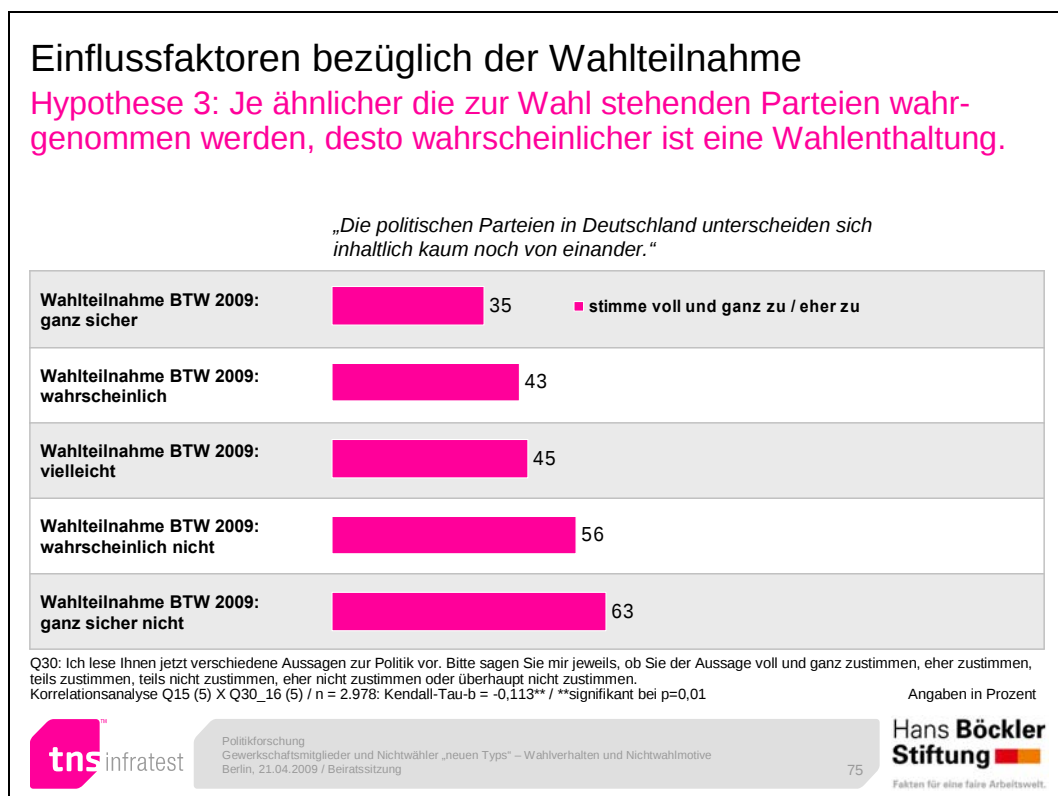
Operationalisiert wurde die These in der vorliegenden Untersuchung durch die Zustimmung zu dem Statement „In der Demokratie sollte sich jeder Bürger verpflichtet fühlen, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.“ Das Ergebnis der Korrelationsanalyse weist mit einem Wert von 0,370^{***} (Kendall’s Tau-B) den stärksten gemessenen bivariaten Zusammenhang mit der Teilnahmewahrscheinlichkeit an der nächsten Bundestagswahl auf. Die Internalisierung der Wahlnorm eignet sich daher auch für Gewerkschaftsmitglieder in hohem Maße, um auf deren Wahlbeteiligung zu schließen.

Grad der parteipolitischen Polarisierung

Eine weitere Determinante für die Höhe der Wahlbeteiligung ist nach aktuellem Forschungsstand offenbar der Grad der parteipolitischen Polarisierung (Eilfort 2001, 26), womit gemeint ist, dass auftretende politische und soziale Konflikte in möglichst starkem Maße parteipolitischen organisiert werden (Freitag 1996, 26). Erfolgreich ist demzufolge „diejenige Partei, die als Formation die Kraft besitzt,

*** signifikant bei p=0,01.

einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt (cleavage) politisch Ausdruck zu verleihen“ (Korte 2001, 23). Auch Gabriel/Völkl (2004, 227) betonen, dass „klare Entscheidungsalternativen und eine offene Wettbewerbssituation die Wahlbeteiligung fördern“ und illustrieren dies am Beispiel einiger Bundestagswahlen. Entsprechend kann demgemäß die mangelnde Wahrnehmung von parteipolitischen Unterschieden zu einem Verzicht der Stimmabgabe am Wahltag führen. Die daraus abgeleitete Arbeitshypothese lautete: Je stärker die zur Wahl stehenden Parteien als ähnlich wahrgenommen werden, desto geringer ausgeprägt ist das subjektive Gefühl einer Wahlmöglichkeit, umso wahrscheinlicher ist eine Wahlenthaltung.



In der vorliegenden Studie wurde die These mittels der Zustimmung zum Statement „Die politischen Parteien in Deutschland unterscheiden sich inhaltlich kaum noch voneinander“ operationalisiert. Ein Zusammenhang zwischen wahrgenommener Ähnlichkeit des politischen Profils der Parteien und der Wahlwahrscheinlichkeit ist durchaus nachweisbar und auch wie erwartet negativ in Bezug auf die Formulierung des Statements. Die bivariate Stärke des Zusammenhangs ist mit einem Kendall’s Tau-B-Wert von -0,113^{***} allerdings nur vergleichsweise gering. Offenbar sind auch vergleichsweise viele Gewerkschaftsmitglieder mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit der Auffassung, dass die politischen Parteien inhaltlich zu wenig unterschiedliche Positionen vertreten beziehungsweise diese nicht klar genug kommunizieren.

^{***} signifikant bei p=0,01.

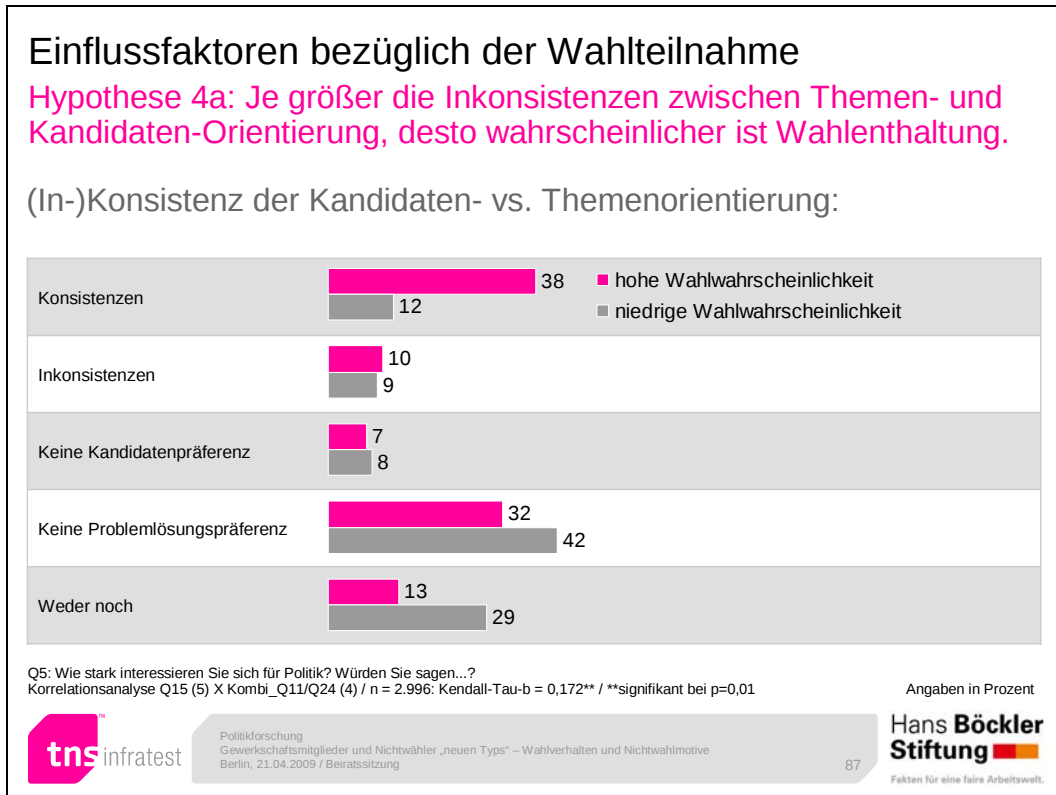
Inkonsistente Orientierungen

Die politische Partizipationsforschung hat bereits Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts beschrieben, dass Nichtwahl durch die Einbindung in eine inhomogene soziale Umwelt befördert werden kann. Interpretiert wurden diese Befunde als Ausweichverhalten bezüglich widersprüchlicher Erwartungshaltungen im engeren sozialen Umfeld. Als Prototyp für einen solchen Nichtwähler aufgrund inkonsistenter Orientierung wird ein katholischer Arbeiter beschrieben, der einer DGB-Gewerkschaft angehört (Gabriel/Völkl 2004, 228). Angesichts einer sich zwischenzeitlich stark ausdifferenzierten Gesellschaft muss allerdings die Frage gestellt werden, ob diese Befunde heute so noch ihre Gültigkeit haben. Katholische Gewerkschaftsmitglieder haben nach den vorliegenden Ergebnissen jedenfalls spürbar seltener eine niedrige als eine hohe Wahlwahrscheinlichkeit. Inkonsistente Orientierungen können aber auch beim Zusammenspiel von Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierung (Ann-Arbor-Modell) auftreten. Stimmenthaltung soll dann dazu dienen, kognitive Dissonanzen zu vermeiden (Gabriel/Völkl 2004, 229). Die entsprechend formulierte Arbeitshypothese lautete: Je größer die Inkonsistenzen zwischen Kandidaten- und Themenorientierung, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung.

Zur Prüfung dieser Arbeitshypothese wurde zum einen die Kandidatenorientierung mittels der Direktwahlfrage in Bezug auf den Bundeskanzler erhoben. Zum anderen wurde die Themenorientierung ermittelt, in dem nach dem derzeit wichtigsten politischen Problem in Deutschland gefragt wurde, sowie nachgelagert, welcher Partei am ehesten zugetraut wird, dieses Problem zu lösen. Dabei war für die Hypothesenprüfung das wichtigste politische Thema selbst von geringem Interesse, im Vordergrund stand die zugeschriebene parteipolitische Problemlösungskompetenz. Anhand der beiden Fragestellungen wurden Präferenz-Konsistenzen (Kandidat: Merkel + Problemlösung: Union/FDP; Kandidat: Steinmeier + Problemlösung: SPD/Grüne/ Linke = 36%), Präferenz-Inkonsistenzen (Kandidat: Merkel + Problemlösung: SPD/ Grüne/Linke; Kandidat: Steinmeier + Problemlösung: Union/FDP = 10%) definiert. Hinzu kamen Gruppen von Befragten, die keine Kandidatenpräferenz angaben (7%), keine Problemlösungspräferenz äußerten (33%) beziehungsweise weder Kandidaten- noch Problemlösungspräferenz hatten (14%).

Schon die grafische Auswertung zeigt, dass das Vorhandensein einer konsistenten Kandidaten- und Problemlösungspräferenz überdurchschnittlich häufig mit einer hohen Wahlwahrscheinlichkeit einhergeht. Der Anteil derjenigen mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit (12%) weicht deutlich negativ vom Anteil der Vergleichsgruppe mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit ab (-26 Prozentpunkte). Gewerkschaftsmitglieder mit inkonsistenten Präferenzen unterscheiden sich anteilmäßig kaum hinsichtlich hoher (10%) oder niedriger Wahlwahrscheinlichkeit (9%). Auffällig ist jedoch, dass bei nicht vorhandener Problemlösungspräferenz (keine Partei wird als geeignet angesehen, das derzeit wichtigste politische Problem zu lösen) der Anteil derjenigen mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit deutlich überdurchschnittlich ist (42%, +10 Prozentpunkte gegenüber der Vergleichsgruppe mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit). Ist weder eine Kandidaten- noch eine Problemlösungspräferenz feststellbar (insgesamt: 14%), dann steigt die

Nichtwahl-Wahrscheinlichkeit nochmals deutlich an (29%, +16 Prozentpunkte gegenüber der Vergleichsgruppe mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit).



Vorhandene Inkonsistenzen zwischen Kandidaten- und Problemlösungsorientierung tragen also nur unwesentlich zur Erklärung von potenziellem Nichtwahlverhalten bei. Einen spürbar stärkeren negativen Einfluss hat dagegen das Fehlen entsprechender Präferenzen. Statistisch lässt sich der Gesamtzusammenhang in einem Korrelationskoeffizient (Kendall's Tau-B) in Höhe von 0,172*** beschreiben. Es handelt sich also um einen Effekt mittlerer Stärke.

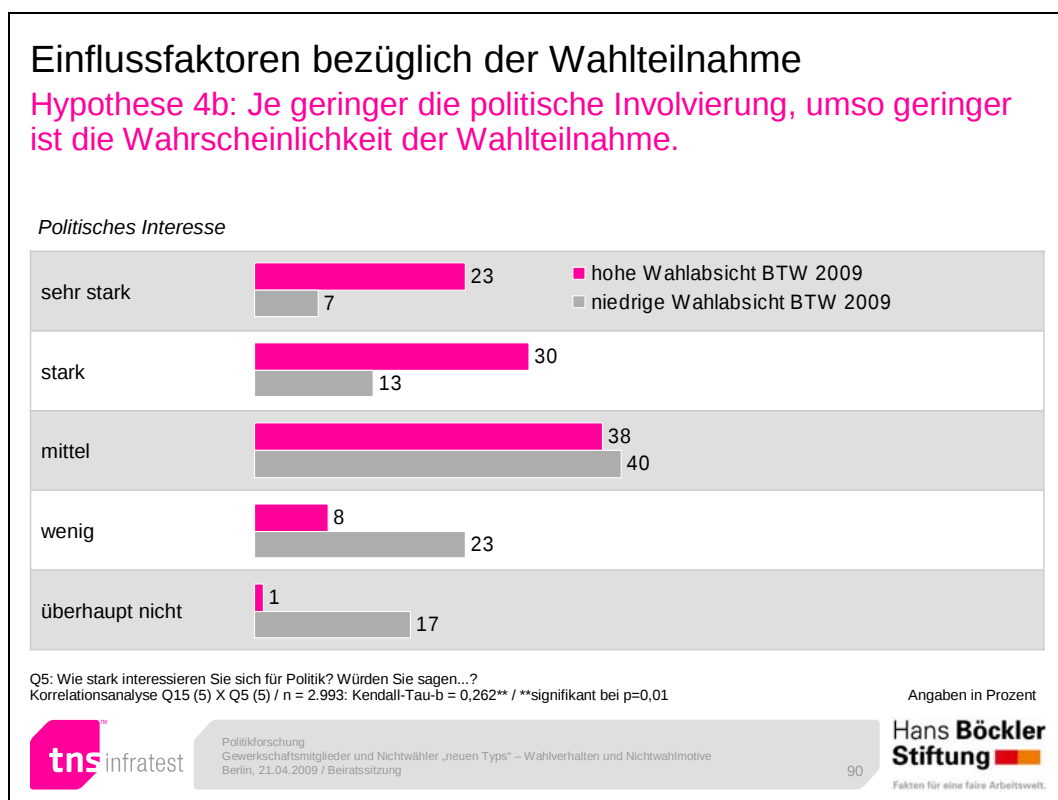
Geringe politische Involvierung

Geringes politisches Interesse ist seit jeher eine zentrale Determinante für den „klassischen“ Nichtwählertyp, dem unverändert eine große Bedeutung zugeschrieben wird: Dieser Typus Nichtwähler zeichnet sich durch Distanz zum politischen Geschehen und geringe politische Involvierung aus, die sich unter anderem in Wahlabstinenz äußert (Gabriel/Völkl 2004, 230). Mit Hilfe der Segmentation konnte ja auch unter Gewerkschaftsmitgliedern ein entsprechender Nichtwähler-Typ identifiziert werden (vgl. oben S.12). Geprüft werden muss allerdings, wie stark das politische Interesse mit der Teilnahmewahrscheinlichkeit an der kommenden Bundestagswahl korreliert. Politisches Interesse ist aber nur eine – wichtige – Dimension der politischen Involvierung. Bei der vorliegenden Untersuchung wurde auch mit einbezogen, wie häufig im Freundes- beziehungsweise im Kollegenkreis über Politik diskutiert wird, und inwieweit der Befragte dazu neigt, unter anderem bei solchen Diskussionen eine führende Rolle zu übernehmen („Ich

*** signifikant bei p=0,01.

traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen“) oder ob es ihm bei politischen Themen eher schwer fällt, eine eigene Meinung zu entwickeln („Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht“). Die allgemein formulierte Hypothese lautete: Je geringer die politische Involvierung, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme.

Wie auf Basis bisheriger empirischer Ergebnisse zu vermuten war, hat das politische Interesse auch bei Gewerkschaftsmitgliedern einen vergleichsweise starken positiven Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit bei der nächsten Bundestagswahl.



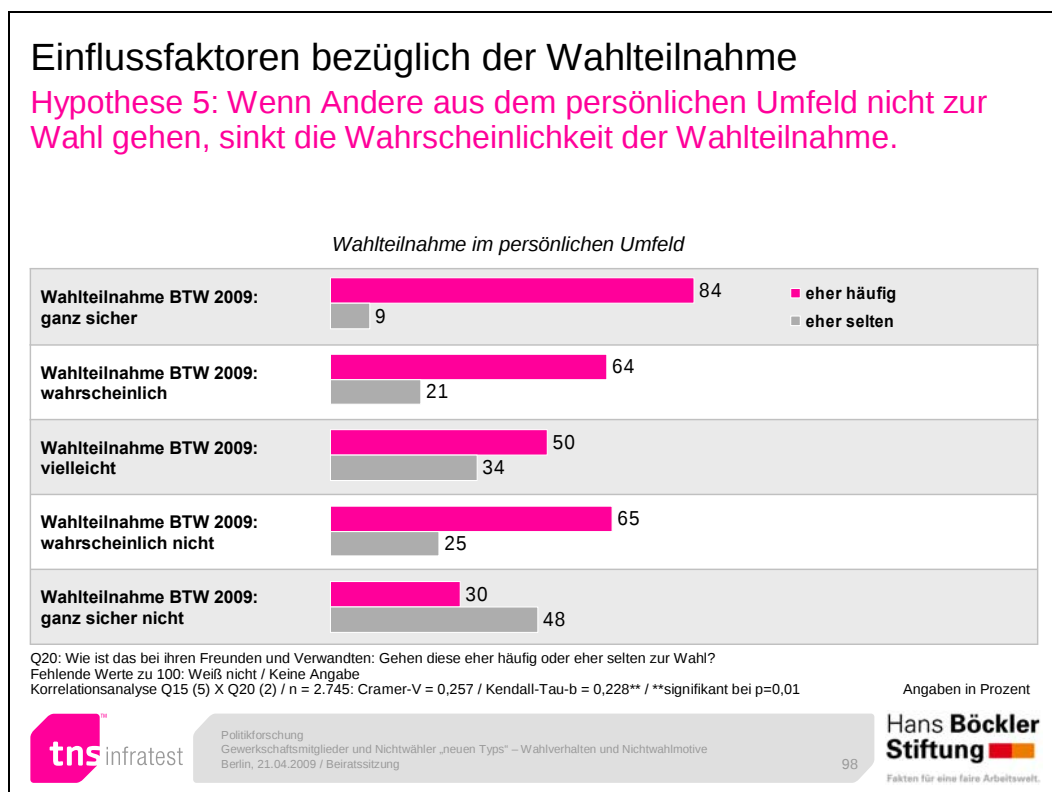
Bei Gewerkschaftsmitgliedern nimmt die Teilnahmewahrscheinlichkeit an der nächsten Bundestagswahl bei starkem oder sehr starkem politischem Interesse deutlich zu. Bei niedrigem politischem Interesse fällt die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen deutlich niedriger aus. Das Ergebnis der Korrelationsanalyse für beide Variablen beträgt Kendall's Tau-B = 0,262^{***}. Dies ist der insgesamt drittstärkste bivariat nachweisbare Zusammenhang bei dieser Untersuchung.

Die Häufigkeit politischer Diskussionen hat ebenfalls einen nachweisbaren positiven Effekt auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit bei Wahlen: Dieser Effekt ist dabei im Freundeskreis mit einer Korrelation von 0,147^{***} spürbar stärker als im Kollegenkreis (Kendall's Tau-B = 0,098^{***}).

*** signifikant bei p=0,01.

Die Bereitschaft, sich in einer Gruppe aktiv mit politischen Problemen auseinanderzusetzen, hat mit einem Kendall's Tau-B-Wert von 0,173^{***} einen signifikanten Effekt mittlerer Stärke. Dies dürfte aber wiederum mit dem politischen Interesse zusammenhängen. Dagegen führt die subjektive Wahrnehmung, dass Politik zu kompliziert sei, erwartungsgemäß zu einer negativen Korrelation mit der hohen Wahlwahrscheinlichkeit (Kendall's Tau-B = -0,145).

Einen stärkeren Einfluss auf das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern als die Diskussion über politische Themen ist für das Wahlverhalten im eigenen Umfeld nachweisbar: Nehmen Freunde und Verwandte eher häufig an Wahlen teil, dann ist auch die Wahrscheinlichkeit der eigenen Wahlteilnahme höher. Ähnlich wie bei der Einbindung in soziale Netzwerke steigt der soziale Druck, sich an ein als „normal“ empfundenes und von anderen erwartetes Verhalten anzupassen.



Mit einem Wert von Kendall's Tau-B = 0,228^{***} zeigt der Zusammenhang zwischen beiden Variablen immerhin die fünftstärkste bivariate Korrelation.

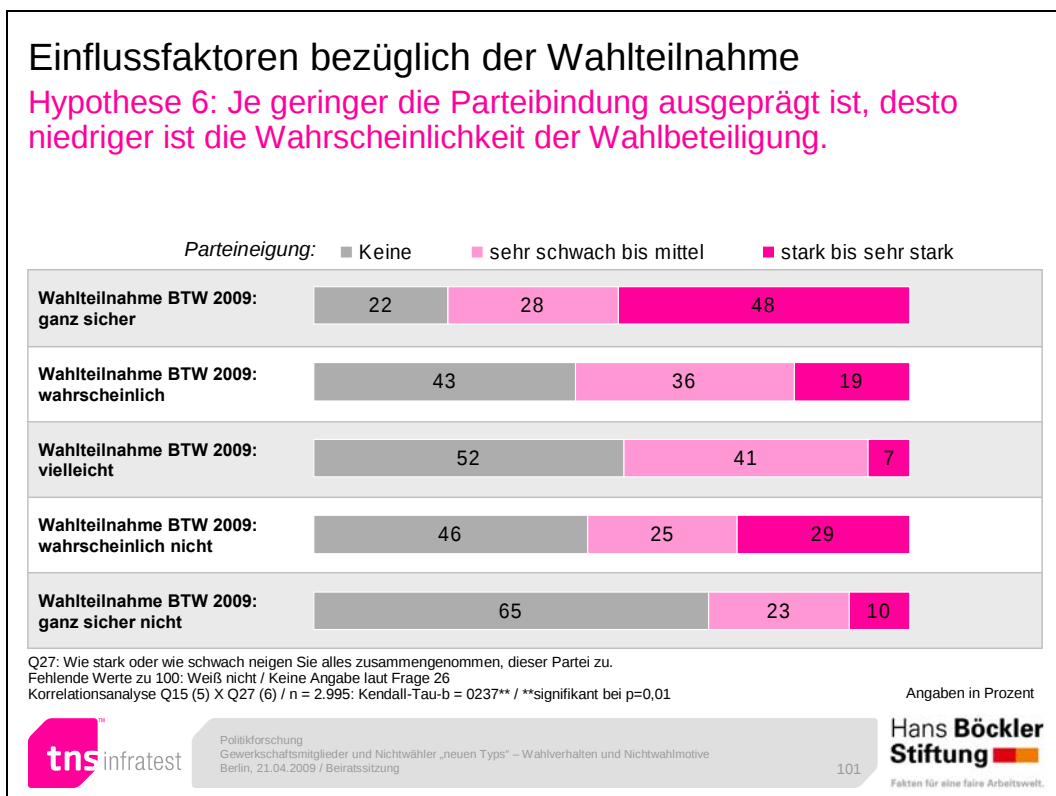
Rückgang der längerfristigen Parteineigung

In Folge von gestiegenem Bildungsniveau und zunehmend besserem Zugang zu politischer Information sinkt die Bedeutung der Vermittlungsfunktion der politischen Parteien bei der Verbreitung politischer Information. Damit verlieren die Parteien auch ein Stück weit die Deutungshoheit, was sich in der Lockerung von Parteibindungen widerspiegelt (Gabriel/Völkl 2004, 230). An die Stelle der Parteiloyalität trete vielmehr eine nüchterne Kosten-Nutzen-Abwägung im Sinne des ökonomisch

*** signifikant bei p=0,01.

orientierten Rational Choice-Ansatzes. Die entsprechend abgeleitete Forschungshypothese lautete: Je geringer die Parteibindung ausgeprägt ist, desto niedriger ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung.

Im Interview wurde dieser Komplex über die klassischen Fragen zur langfristigen Parteineigung operationalisiert: Gefragt wurde zunächst, ob der Befragte eine längerfristige Parteineigung hat (Q25), um welche Partei es sich dabei (gegebenenfalls) handelt (Q26) und – für die Hypothesenprüfung besonders wichtig – wie stark oder schwach der Befragte alles zusammengekommen dieser Partei zuneigt (Q27). Für die Korrelationsanalyse wurde eine Hilfsvariable gebildet, die sowohl die Befragten ohne Parteineigung aus Frage 25 und als auch diejenigen mit Parteineigung aus Frage 27 berücksichtigt.



Als Ergebnis ist ein positiver Effekt einer längerfristigen Parteineigung auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern im Sinne der These nachweisbar. Der Zusammenhang ist mit Kendall's Tau-B = 0,237*** signifikant und vergleichsweise stark ausgeprägt (viertstärkste bivariate Korrelation). Entsprechend ist die Annahme plausibel, dass ein Rückgang der längerfristigen Parteibindungen einen signifikant negativen Effekt auf die Wahlbeteiligung haben kann.

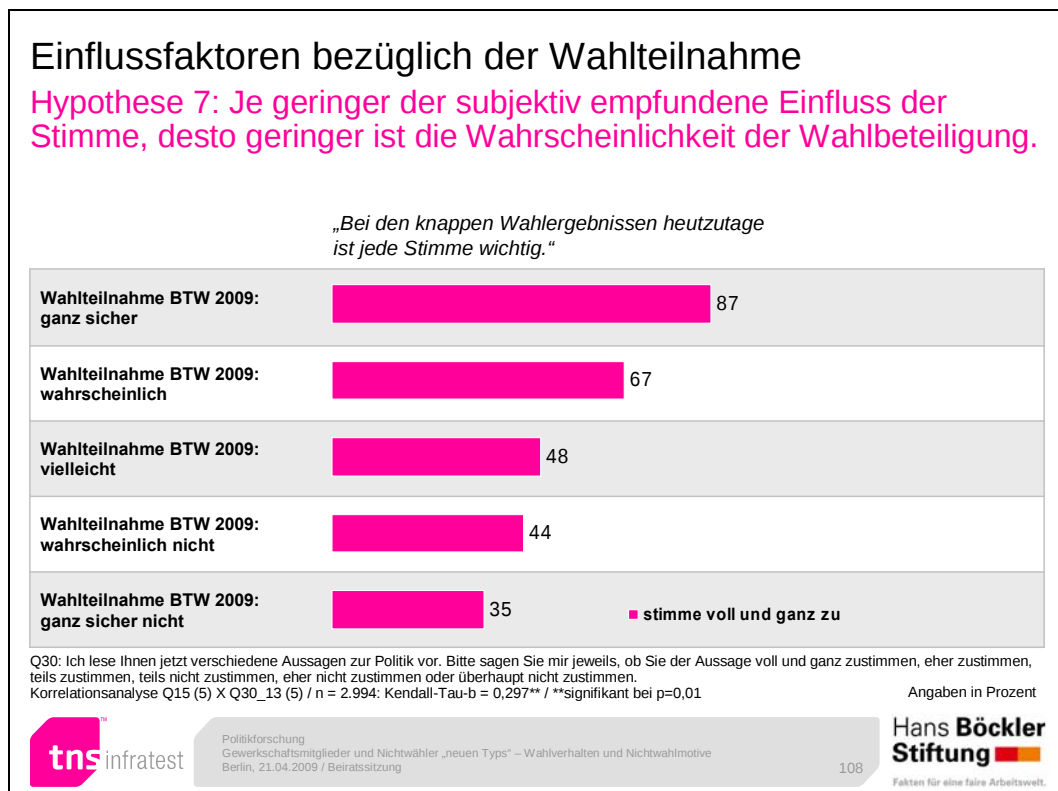
Wahrnehmung des Grades an Einflussnahme auf das Wahlergebnis

In der wissenschaftlichen Literatur finden sich Hinweise darauf, dass die subjektive Wahrnehmung der Möglichkeit mittels Stimmabgabe die Wahlentscheidung zu

*** signifikant bei p=0,01.

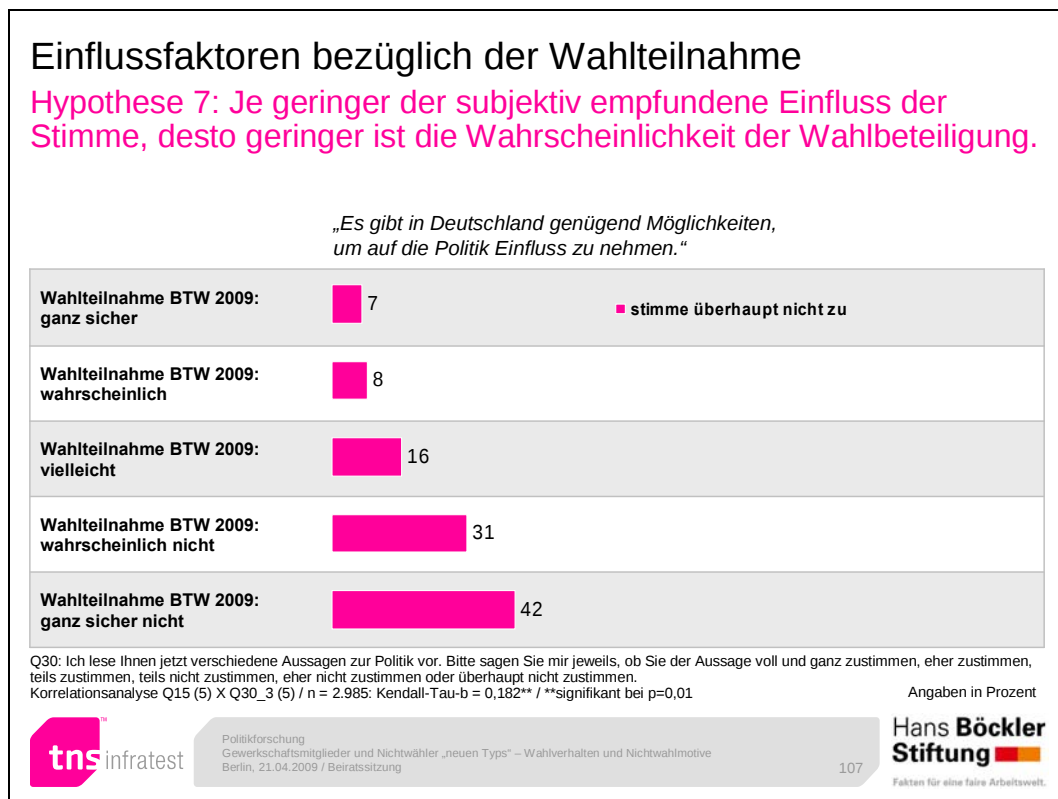
beeinflussen und damit politischen Einfluss auszuüben Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung hat (Schmitt/van der Eijk 2002, 17). Diese Überlegung spielt insbesondere beim Rational Choice Ansatz (vgl. Kühnel/Fuchs 1998; Arzheimer/Schmitt 2005) eine wichtige Rolle, wonach der Bürger den Kosten einer Wahlbeteiligung (nämlich Informations-, Entscheidungs- und Opportunitätskosten) eine Nutzenabwägung (hinsichtlich Parteien, Kandidaten, Programmen) gegenüberstellt und eine Abwägung trifft (vgl. dazu ausführlich Caballero 2005, 332ff). Der erwartete Nutzen einer Stimmabgabe „ist somit auch davon abhängig, wie hoch der Wahlberechtigte die Wahrscheinlichkeit einschätzt, mit seiner Stimme den Wahlausgang gemäß seinen Präferenzen beeinflussen zu können“ (ebd., S. 333). Interessanterweise zeigen Studien, die auf die subjektiv wahrgenommene Knappheit des Wahlausgangs abzielen, nach Caballero allenfalls schwache Effekte auf die Wahlbeteiligung, während ein tatsächlich knapper Wahlausgang offenbar positiv mit einer hohen Wahlbeteiligung korreliert (ebd., 339). Die abgeleitete Arbeitshypothese lautete demzufolge: Je geringer das Gefühl ausgeprägt ist, dass durch die Stimmabgabe Einfluss genommen wird, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung.

Ob der Wahlausgang der nächsten Bundestagswahl von Gewerkschaftsmitgliedern als eher knapp vermutet wird oder ob klare Verhältnisse erwartet werden, hat in der vorliegenden Studie keinen nachweisbaren Effekt auf die Teilnahme-wahrscheinlichkeit an dieser Wahl. Der Korrelationskoeffizient Cramer's V zeigt mit einem Wert von 0,003 keinerlei signifikante Wirkungen. Geht man aber – wie von Caballero beschrieben – von einem **faktisch** knappen Wahlergebnis aus, zeigt sich durchaus ein bemerkenswert starker Zusammenhang:



Mittels der Statement-Abfrage „Bei den knappen Wahlergebnissen heutzutage ist jede Stimme wichtig“ haben wir eine retrospektive Betrachtung von Wahlergebnissen verallgemeinert und setzen dadurch einen faktisch knappen Wahlausgang voraus. Je stärker diesem Statement zugestimmt wird, umso höher ist auch per saldo die Wahlwahrscheinlichkeit. Der Zusammenhang ist mit Kendall's Tau-B = 0,297^{***} die zweitstärkste Korrelation.

Fragt man dagegen unabhängig von Wahlen die Zustimmung zu dem Statement ab „Leute wie ich haben kaum Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen“, das ein Gefühl politischer Ohnmächtigkeit repräsentiert, so zeigt sich ebenfalls ein Zusammenhang mit der Teilnahmewahrscheinlichkeit an Wahlen. Wie erwartet hat der Zusammenhang zwischen Statement und Wahlwahrscheinlichkeit eine negative Richtung. Mit einem Wert von Kendall's Tau-B = -0,146^{***} hat die Korrelation allerdings eine nur mittlere Stärke.

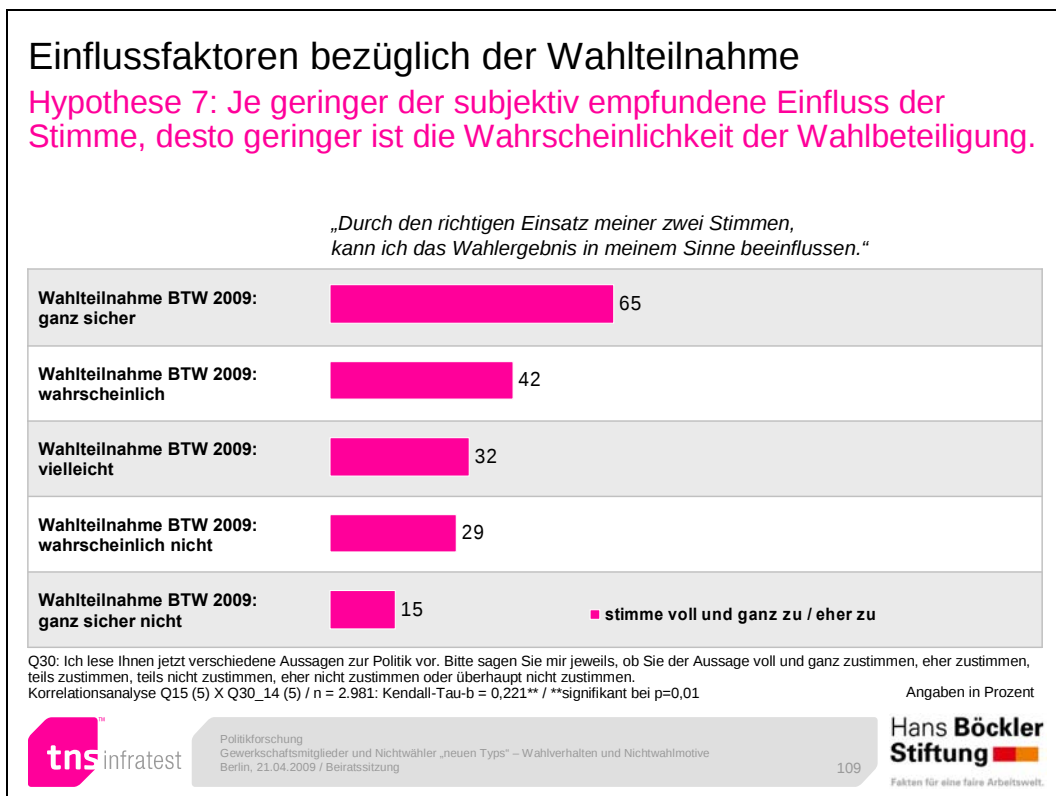


In der Richtung positiv und insgesamt geringfügig stärker lässt sich ein ähnlicher Effekt für das Statement „Es gibt in Deutschland genügend Möglichkeiten, um auf die Politik Einfluss zu nehmen“ nachweisen. Hier beträgt der Korrelationskoeffizient zwischen der Zustimmung zum Statement und der Wahlwahrscheinlichkeit Kendall's Tau-B = 0,182^{***}. Man kann also festhalten, dass sich der subjektive Glaube an ein ausreichendes Vorhandensein politischer Einflussmöglichkeiten leicht positiv (0,182) beziehungsweise ein entsprechendes Mangelgefühl leicht negativ (-0,146) auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit an Wahlen auswirkt.

^{***} signifikant bei p=0,01.

Neben rückläufigen Wahlbeteiligungen konnten Wahlforscher in den letzten Jahren eine Zunahme des taktischen Wahlverhaltens beobachten, beispielsweise in Form der Vergabe von Erst- und Zweitstimme an unterschiedliche Parteien (so genanntes Stimmensplitting). Dieser Trend wird durch zunehmende Möglichkeiten des Panaschierens und Kumulierens (zumeist auf kommunaler Ebene) noch befördert.

Eine positive Einstellung zum Stimmensplitting wurde durch die Statement-Abfrage „Durch den richtigen Einsatz meiner zwei Stimmen kann ich das Wahlergebnis in meinem Sinne beeinflussen“ operationalisiert.



Gewerkschaftsmitglieder, die das Stimmensplitting als taktische Möglichkeit ansehen, um die eigenen Einflussmöglichkeit bei Wahlen zu steigern, weisen eine signifikant höhere Wahlwahrscheinlichkeit auf als Gewerkschaftsmitglieder, die dem Statement eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Der Zusammenhang ist bei Kendall's Tau-B = 0,221*** auch noch vergleichsweise stark ausgeprägt.

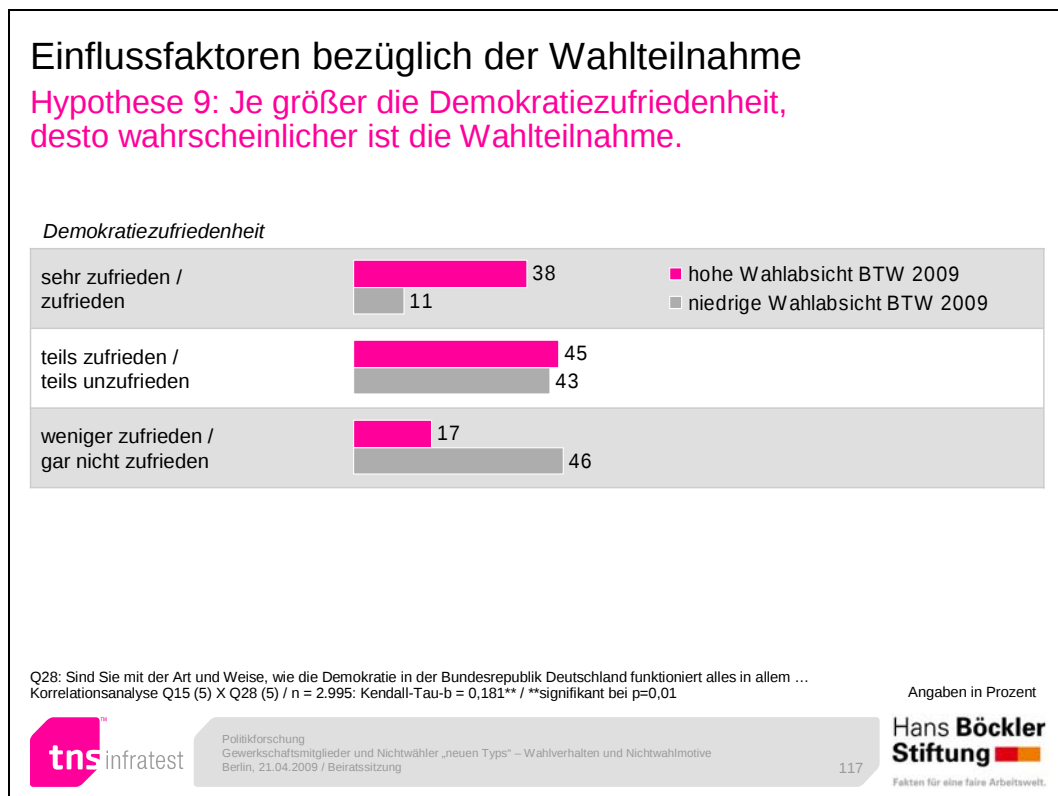
Demokratiezufriedenheit

Gabriel und Völkl (2004, 234ff) haben auf Basis gepoolter DFG-Datensätze zu den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 festgestellt, dass neben anderen Faktoren auch die Demokratiezufriedenheit einen – wenn auch geringen – Beitrag zur Erklärung des Wahlverhaltens leistet. Als Arbeitshypothese wurde formuliert: Je größer die Demokratiezufriedenheit, desto wahrscheinlicher ist die Wahlteilnahme.

*** signifikant bei p=0,01.

Im Rahmen der Befragung wurde deshalb erhoben, inwieweit Gewerkschaftsmitglieder alles in allem zufrieden sind mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Darüber hinaus wurde auch eine allgemeine Demokratieakzeptanz abgefragt – also, ob die Demokratie ganz allgemein für eine gute oder nicht so gute Regierungsform gehalten werde.

Die Befunde von Gabriel und Völkl konnten in der vorliegenden Studie bestätigt werden: Eine hohe Demokratiezufriedenheit geht entsprechend auch bei Gewerkschaftsmitgliedern tendenziell mit einer erhöhten Wahlwahrscheinlichkeit einher.



Der Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und Teilnahmewahrscheinlichkeit ist mit einer Korrelation von Kendall's Tau-B = 0,181^{***} wie erwartet nur von mittlerer Stärke.

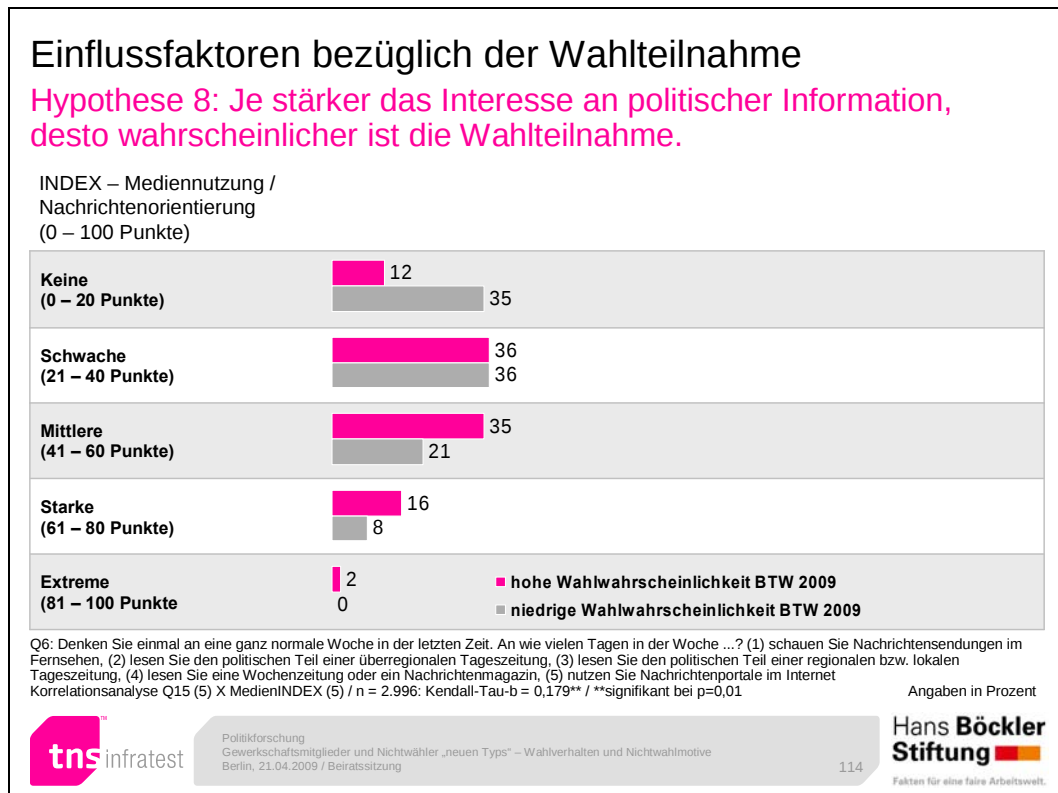
Beruhigend erscheint, dass vier von fünf Gewerkschaftsmitgliedern (82%) mit eher niedriger Wahlwahrscheinlichkeit die Demokratie ganz allgemein für eine gute Staatsform halten. Dies sind zwar nicht ganz so viele, wie bei den Befragten mit hoher Wahlabsicht (95%), aber immer noch eine beeindruckende Mehrheit. Entsprechend fällt der Zusammenhang zwischen Demokratieakzeptanz und Wahlwahrscheinlichkeit eher gering aus: Der Korrelationskoeffizient Cramer's V beträgt 0,144.

*** signifikant bei p=0,01.

Politische Informationsorientierung

Schmitt und van der Eijk (2002, 17) weisen neben der Attraktivität politischer Parteien, der Wahrnehmung der Möglichkeit politischer Einflussnahme und der politischen Anteilnahme (involvement) auch der Mediennutzung (politischer Nachrichten) einen wichtigen Einfluss auf die Wahlbeteiligung nach. Dabei kann diese Variable natürlich auch – bei wie Schmitt und van der Eijk – als Teil des politischen Involvements verstanden werden. Die entsprechende Forschungshypothese lautete: Je stärker das Interesse an politischer Information, desto wahrscheinlicher ist die Wahlteilnahme.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde jeweils erhoben, an wie vielen Tagen einer normalen Woche in der letzten Zeit Nachrichtensendungen im Fernsehen geschaut wurden, der politische Teil einer überregionalen Tageszeitung gelesen wurde, der politische Teil einer regionalen bzw. lokalen Tageszeitung gelesen wurde, eine Wochenzeitung oder ein Nachrichtenmagazin wie z.B. Die Zeit, Focus oder Der Spiegel gelesen wurde und wie häufig Nachrichtenportale im Internet, wie z.B. bild.de, Spiegel online oder faz.net genutzt wurden. Aus diesen fünf Fragen wurde ein Index gebildet, in dem für jede Frage je nach Anzahl der Tage (0 bis 7) eine Anzahl von Punkten (0 bis 20) vergeben wurde. Der Index konnte also Werte zwischen 0 und 100 Punkte annehmen. Anhand der Index-Werte wurden die Gewerkschaftsmitglieder fünf Subgruppen zugeordnet, die die Stärke der Nachrichtenorientierung repräsentieren: 0-20 Punkte = keine Nachrichtenorientierung (14%), 21-40 Punkte = schwache Nachrichtenorientierung (36%), 41-60 Punkte = mittlere Nachrichtenorientierung (34%), 61-80 Punkte = starke Nachrichtenorientierung (14%), 81-100 Punkte = extreme Nachrichtenorientierung (2%). Entsprechend dieser Verteilung fand der Index als dichotomes Trennkriterium auch bei der Segmentation der Nichtwählertypen Verwendung (vgl. oben S.12).



Ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Informationsorientierung und der Wahlwahrscheinlichkeit im Sinne der These ist nachweisbar. Der Korrelationskoeffizient Kendall's Tau-B ist mit einem Wert von 0,179^{***} von mittlerer Stärke. Es ist anzunehmen, dass dieses Ergebnis seinerseits relativ stark mit dem politischen Interesse beziehungsweise mit dessen Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit an Wahlen interagiert (Kollinearität). Um die in einem multivariaten Schätzmodell relevanten Einflussgrößen zu identifizieren, wurden verschiedene Regressionsmodelle gerechnet (Vgl. Kapitel 8.).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass fast alle Einflussfaktoren auf die Wahlteilnahme, die in früheren Studien für die wahlberechtigte Bevölkerung ermittelt wurden, in mehr oder weniger stark ausgeprägter Form auch für Gewerkschaftsmitglieder signifikant belegt werden konnten. Lediglich hinsichtlich des erwarteten Wahlausgangs konnte kein Effekt auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit nachgewiesen werden.

*** signifikant bei p=0,01.

8 Regressionsmodelle zur Erklärung der Wahlwahrscheinlichkeit

Um herauszufinden, welche unabhängigen Variablen in einem multivariaten Modell Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit an Wahlen haben und welche Variablen welche Anteile an der erklärten Varianz eines solchen Modells haben, wurden verschiedene Regressionsmodelle gerechnet. Die wichtigsten Ergebnisse sind im Folgenden zusammengefasst:

8.1 Lineare Regression

Im ersten Schritt wurde ein lineares Regressionsmodell gerechnet, in welchem die abhängige Variable die Teilnahmewahrscheinlichkeit an der Bundestagswahl 2009 in dichotomisierter Form (hoch / niedrig) war. Die dichotome Form erwies sich in verschiedenen Regressionsmodellen gegenüber der kategorialen Form dieser Variable als die robustere Variante, die insgesamt zu besseren Ergebnissen führte. Als unabhängige Variablen gingen zunächst alle diejenigen Merkmale ein, für die bivariat ein signifikanter Effekt auf die abhängige Variable nachgewiesen werden konnte (Vgl. Kapitel 7). Im Rahmen der folgenden Berechnungsschritte wurden sukzessive diejenigen Merkmale aus dem Regressionsmodell entfernt, die bei gleichzeitiger Berücksichtigung nicht signifikant zur Erklärung des Gesamtmodells beitragen konnten.

Folgende neun unabhängige Variablen bleiben letztlich im Gesamtmodell der linearen Regression berücksichtigt:

Regressionsmodell						
Schätzmodell – lineare Regression						
	B	Standard- fehler	Beta ¹⁾	T-Wert	Signi- fikanz	
Q30_15: item – Zustimmung zur Wahlnorm	0,089279	0,005052	0,305120	17,672	0,0000	(1)
Q30_13: item – Wichtigkeit jeder Stimme	0,069316	0,006224	0,188871	11,137	0,0000	(2)
Q05: Politisches Interesse	0,034387	0,004720	0,133930	7,285	0,0000	(3)
Q28: Demokratiezufriedenheit	0,017984	0,004577	0,066747	3,929	0,0001	(4)
Q20: Wahlteilnahme im persönlichen Umfeld	0,022565	0,006827	0,053941	3,305	0,0010	(5)
Q30_02: item – Gefühl politischer Ohnmächtigkeit	-0,010494	0,003310	-0,053417	-3,171	0,0015	(6)
Q21: Häufigkeit von Diskussionen über Politik im Freundeskreis	-0,020812	0,007775	-0,047073	2,677	0,0075	(7)
Q30_16: item – Parteien inhaltlich kaum zu unterscheiden	-0,008844	0,003645	-0,039526	-2,426	0,0153	(8)
Q25/Q27: Stärke der Parteibindung	0,004662	0,002444	0,032196	1,908	0,0565	(9)

¹⁾ Standardisierter Regressionskoeffizient



Politikforschung
Gewerkschaftsmitglieder und Nichtwähler „neuen Typs“ – Wahlverhalten und Nichtwahlmotive
Berlin, 21.04.2009 / Beiratsitzung

126



Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Entscheidende Größe für den Erklärungsbeitrag der unabhängigen Variablen ist der standardisierte Regressionskoeffizient Beta. Nach den Ergebnissen der linearen Regressionsanalyse tragen dieselben drei unabhängigen Variablen am meisten zur Erklärung des Gesamtmodells bei, für die auch bivariat die stärksten Zusammenhänge nachweisbar waren, nämlich die Zustimmung zur Wahlnorm, ein subjektiv hohes Stimmengewicht und das politische Interesse. Bemerkenswerterweise bekommt die Häufigkeit von politischen Diskussionen im Freundeskreis im multivariaten Modell ein negatives Vorzeichen. Dies ist dahingehend zu interpretieren, dass – im Unterschied zum bivariat positiven Zusammenhang – häufige politische Diskussionen im Gesamtmodell einen eher schwachen, aber negativen Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit bei Wahlen ausüben. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass häufige Diskussionen über Politik als ein Indiz für ein inhomogenes soziales Umfeld interpretiert werden können, welches sich möglicherweise negativ auf die Wahlbereitschaft auswirkt.

Indikator für die Güte des Gesamtmodells ist das Bestimmtheitsmaß r^2 . Für das vorliegende lineare Regressionsmodell liefert r^2 einen Anteil von knapp 27% erklärter Varianz^{***}. Dies kann als recht gutes Ergebnis für ein Modell zur Erklärung sozialen Verhaltens bewertet werden.

8.2 Logistische Regression

Streng genommen ist die Berechnung eines linearen Regressionsmodells statistisch nicht zulässig, da sowohl abhängige als auch unabhängige Variablen metrisches Skalenniveau aufweisen müssen. In unserem Fall sind abhängige und die allermeisten unabhängigen Variablen nur ordinalskaliert, wenige unabhängige Variable (z.B. erwarteter Ausgang der Bundestagswahl, Demokratieakzeptanz) sind sogar nur nominalskaliert. Außerdem ist die Normalverteilungsannahme bezüglich der abhängigen Variable „Teilnahmewahrscheinlichkeit an der kommenden Bundestagswahl“ verletzt, da auf die Merkmalsausprägungen „ganz sicher“ (n=2.480) und „wahrscheinlich“ (n=309) 2.789 von 3.000 oder 93% der Interviews entfallen, und damit eine extreme rechtsschiefe Verteilung vorliegt.

Deshalb wurde mittels einer logistischen Regression ein zweites Modell gerechnet: Die abhängige Variable war unverändert die dichotome Form der Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme. Die Modellberechnungen wurden mit denselben unabhängigen Variablen vorgenommen wie beim linearen Regressionsmodell. Ziel des Vorgehens war es, ein Modell zu finden, welches die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme beziehungsweise Nichtteilnahme möglichst exakt prognostiziert. Die folgende Tabelle dokumentiert die Treffgenauigkeit des Schätzmodells.

^{***} bei einem F-Wert von 121,16012 / Signif F = 0,0000.

		Predicted		Percent correct
		hoch	niedrig	
Observed	hoch	2.760	29	98,96%
	niedrig	125	86	40,76%

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass das Prognosemodell zwar mit 98,96% eine sehr gute Treffergenauigkeit für die Wahlwahrscheinlichkeit aufweist. Die Prognosequalität für die Nichtwahlwahrscheinlichkeit ist mit 40,76% zwar deutlich besser als eine Trefferwahrscheinlichkeit per Zufall (ca. 14%). Dennoch ist das Ergebnis für das eigentliche Ziel vor allem Nichtwähler zu prognostizieren insgesamt nicht wirklich befriedigend.

Analog zum Bestimmtheitsmaß r^2 bei der linearen Regression kann die Güte des logistischen Regressionsmodells mit einem Koeffizienten bewertet werden, der gemeinhin als Pseudo- r^2 bezeichnet wird. Erfahrungsgemäß sind die Werte, die Pseudo- r^2 annimmt, kleiner als diejenigen des Bestimmtheitsmaßes r^2 in der linearen Regression. Demzufolge können bereits Werte zwischen 0,2 und 0,4 als starker Zusammenhang zwischen unabhängigen und abhängiger Variable interpretiert werden. In unserem Modell nimmt Pseudo- r^2 einen Wert von 0,375 an. Der Chi-Quadrat Test zur Prüfung, ob die Devianz nahe dem Maximalwert von 0 liegt, weist mit 0,152 einen niedrigen Wert auf und bestätigt das „gute“ Erklärungsmodell für die Wahlteilnahme. Auf die Interpretation der Regressionskoeffizienten kann dagegen verzichtet werden, da diese lediglich die Richtung des Einflusses wiedergeben.

8.3 Hierarchische Bayes-Regression

Da das Ergebnis der logistischen Regression zumindest bezüglich der Prognosequalität der Nichtwahlwahrscheinlichkeit nicht wirklich befriedigend war, wurde in einem dritten Schritt eine hierarchische Bayes-Regression gerechnet. Dieser Ansatz trägt in stärkerem Maße der Tatsache Rechnung, dass hinsichtlich der Wahlwahrscheinlichkeit eine extreme Verteilungsschiefe vorliegt. Die hierarchische Bayes-Regression gilt als besonders geeignet, vor allem die kleinere von zwei Gruppen – in unserem Fall potenzielle Nichtwähler – zu prognostizieren.

Die bayesianische Analyse stellt ein rechenintensives, iteratives Verfahren dar, bei welchem das Schätzmodell bestmöglich an den empirisch ermittelten Datensatz angepasst wird. Wie bei den anderen Regressionsmodellen auch, fungierte die dichotomisierte Teilnahmewahrscheinlichkeit an der kommenden Bundestagswahl als abhängige Variable. In das Modell gingen zunächst erneut alle bivariat signifikant korrelierenden Indikatoren als unabhängige Variablen ein.

Die folgende Tabelle zeigt die zentralen Ergebnisse der Iterationsprozesse. Dabei ist Beta das Maß für die Einflussstärke der jeweiligen Variable. Technisch gesprochen entspricht das jeweilige Ergebnis dem über die geschätzten Werte aller Iterationen gemittelten Schätzer für den entsprechenden Koeffizienten.

Bei jeder Iteration wird die geschätzte Varianz der Beta-Koeffizienten für die 3.000 Individuen ermittelt. Der in der dritten Spalte eingetragene Wert ist das arithmetische Mittel dieser Varianz für alle Iterationen. In Spalte vier ist schließlich angegeben, für welchen Prozentsatz der befragten Individuen die geschätzten Beta-Koeffizienten sich zum 95%-Niveau signifikant von Null unterscheiden.

Regressionsmodell			
Schätzmodell – hierarchische Bayes-Regression			
Variable	Beta	Var	T >1.96
Q30_15: item – Zustimmung zur Wahlnorm	0,402522	0,082	90%
Q30_13: item – Wichtigkeit jeder Stimme	0,288871	0,024	94%
Q05: Politisches Interesse	0,213912	0,086	91%
Q28: Demokratiezufriedenheit	0,076545	0,014	88%
Q20: Wahlteilnahme im persönlichen Umfeld	0,069243	0,004	25%
Q25/Q27: Stärke der Parteibindung	0,041220	0,008	85%
Q30_16: item – Parteien inhaltlich kaum zu unterscheiden	0,003952	0,003	24%
Q30_02: item – Gefühl politischer Ohnmächtigkeit	0,003147	0,002	25%
Q21: Häufigkeit von Diskussionen über Politik im Freundeskreis	0,002062	0,001	20%



Politikforschung
 Gewerkschaftsmitglieder und Nichtwähler „neuen Typs“ – Wahlverhalten und Nichtwahlmotive
 Berlin, 21.04.2009 / Beiratssitzung

Hans Böckler
 Stiftung

131
 Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Die Squared Root-Likelihood als Gütekriterium für das Gesamtmodell (in etwa mit r^2 gleichzusetzen) liegt mit einem Wert von 0,462 deutlich über dem der beiden anderen Modelle und kann als sehr gutes Ergebnis für multivariate Analyseverfahren angesehen werden.

Im Wesentlichen bestätigt die HB-Regression die Ergebnisse des linearen Regressionsmodells. Insbesondere werden nach dem Kriterium des Ausschlusses genau dieselben neun unabhängigen Variablen als bedeutsam für die Erklärung der Teilnahmewahrscheinlichkeit an der kommenden Bundestagswahl ermittelt. Sogar die Rangfolge der wichtigsten sechs unabhängigen Variablen ist identisch.

Interessant erscheint insbesondere, dass die Variablen mit negativen Korrelationskoeffizienten hier nahezu völlig an Bedeutung verlieren. Dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass sie im multiplen Regressionsmodell offenbar in weit- aus höherem Maße die Wahl- als die Nichtwahlwahrscheinlichkeit erklären.

Das Modell verdichtet sich dadurch auf die unabhängigen Variablen:

- Zustimmung zur Wahlnorm
- das gefühlte subjektive Stimmengewicht
- das politische Interesse
- und - bereits mit deutlich geringerer Erklärungskraft - die Demokratiezufriedenheit.

Alle drei Regressionsmodelle führen am Ende zu sehr ähnlichen Ergebnissen, was die Einflussgrößen bezüglich der Teilnahmewahrscheinlichkeit an Wahlen betrifft. Dies spricht für die interne Validität der gefundenen Zusammenhänge.

Abzuwarten bleibt, ob die gefundenen unabhängigen Variablen auch in der Forschungspraxis als Indikatoren für die Prognose von Wahlbeteiligungen taugen oder ob sie vielmehr ein „breites Hintergrundrauschen“ erklären, welches von Wahl zu Wahl mal stärker und mal weniger stark von situativen Faktoren überlagert wird, so dass sie nicht wirklich zu einem verbesserten Prognosemodell beitragen können.

9 Zusammenfassung

Primäres Ziel der Studie war es, das aktuelle Wahl- und Nichtwahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern zu ermitteln, unterschiedliche Nichtwählertypen zu identifizieren und dabei zugrunde liegende Nichtwahlmotive und Einflussfaktoren herauszuarbeiten.

Die politische Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder unterscheidet sich deutlich von der Stimmung in der wahlberechtigten Bevölkerung: Von den Parteiwählern unter den Gewerkschaftsmitgliedern entscheiden sich im I. Quartal 2009 knapp zwei Drittel für SPD (37%), Grüne (13%) oder Die Linke (15%). In der Gesamtbevölkerung erhalten die „linken“ Parteien dagegen nur 47% der Stimmen. Jedes dritte Gewerkschaftsmitglied unter den Parteiwählern würde sich für die Union (24%) oder die FDP (9%) entscheiden. In der Gesamtbevölkerung kommen die „bürgerlichen“ Parteien dagegen auf 49%. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 hat die SPD damit unter den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich an Akzeptanz verloren (-10 Prozentpunkte). Von der Schwäche der Sozialdemokraten im gewerkschaftlichen Lager profitiert ausschließlich die Opposition und dort in erster Linie die Grünen (+5 Prozentpunkte). Auch FDP (+3,5 Prozentpunkte) und Die Linke (+2,5 Prozentpunkte) gewinnen an Zustimmung, während die Union auf dem Niveau vom September 2005 verharret.

Die angegebene Teilnahmebereitschaft in Bezug auf die kommende Bundestagswahl ist unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung spürbar stärker ausgeprägt, wenn man sich auf diejenigen beschränkt, die angeben, „ganz sicher“ an der Wahl teilzunehmen. Zieht man weitere Variablen wie die allgemeine Einstellung zu Wahlen, das politische Interesse und die Mitgliedschaft in Parteien oder politisch ausgerichteten Organisationen mit in Betracht, ist von einem eindeutig stärkeren politischen Involvement der Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung auszugehen. Dass dies als deutliches Indiz für eine überdurchschnittliche Partizipationsbereitschaft in Bezug auf Wahlen interpretiert werden kann, wurde durch die spätere Analyse der Einflussfaktoren bestätigt. Empirische Belege für eine erhöhte Nichtwahlwahrscheinlichkeit von Gewerkschaftsmitgliedern konnten nicht gefunden werden.

Fast alle Einflussfaktoren auf die Wahlteilnahme, die in früheren Studien für die wahlberechtigte Bevölkerung ermittelt wurden, konnten im Rahmen der vorliegenden Untersuchung auch für die Gewerkschaftsmitglieder nachgewiesen werden. Als stärkste Einflussfaktoren haben sich dabei die Internalisierung der Wahlnorm, das subjektiv gefühlte Stimmengewicht, das politische Interesse und – mit bereits deutlich geringerem Bedeutungsgewicht – die Demokratiezufriedenheit herauskristallisiert. Lediglich ein Einfluss der subjektiv eingeschätzten Knappheit des Wahlausgangs konnte nicht belegt werden. Ob diese Variablen allerdings dazu geeignet sind, künftig Wahlbeteiligungen besser zu prognostizieren, oder ob ihre Erklärungskraft dafür zu gering ist, bleibt abzuwarten.

Mittels Segmentationen wurden die Gewerkschaftsmitglieder in Subgruppen unterteilt, um die in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedenen Nichtwählertypen zu identifizieren und zu quantifizieren. Neben Parteiwählern (78%) wurden zunächst aktive Nichtwähler (1,8%) und grundsätzliche Nichtwähler (0,4%) abgefiltert. Von den verbliebenen Gewerkschaftsmitgliedern entfällt der Großteil auf die Gruppe der konjunkturellen Nichtwähler, deren Anteil allerdings nicht genau quantifiziert werden konnte. Jedes fünfundzwanzigste Gewerkschaftsmitglied (4,1%) ist als klassischer (politisch desinteressierter und uniformierter) Nichtwähler einzustufen. Ein Nichtwähler neuen Typs, den politisches Interesse und Informiertheit auszeichnen, ist zwar nachweisbar, kommt aber mit einem Anteil von 0,8% ausgesprochen selten vor. Dieser Typus, der häufig eine längerfristige parteipolitische Präferenz hat, von „seiner“ Partei aber enttäuscht ist und diese mit Nichtwahl straft, stellt damit rein quantitativ eine vernachlässigbare Größenordnung dar.

Vordergründigstes Motiv für ihr (mögliches) Nichtwahlverhalten ist für aktive als auch für wahrscheinliche Nichtwähler die subjektiv empfundene Unglaubwürdigkeit von Parteien und Politikern. Dabei ist ein Zusammenhang zwischen abnehmender Wahlwahrscheinlichkeit und zunehmender Zuschreibung von Unglaubwürdigkeit nachweisbar. Die weiteren am häufigsten genannten Motive sind die empfundene Sinn- bzw. Ergebnislosigkeit von Wahlen, die unterstellte mangelnde Bürgernähe der Politik, sowie Zweifel an der Kompetenz von Parteien und Politikern. Bei immerhin fast jedem zehnten möglichen Nichtwähler ist die Wahlverweigerung nicht politisch motiviert, sondern orientiert sich an Bequemlichkeits- oder gesundheitlichen Aspekten.

Der Vergleich mit der wahlberechtigten Bevölkerung zeigt bei der gestützten Abfrage möglicher Nichtwahlmotive nur wenig Unterschiede. Gewerkschaftliche Nichtwähler zeigen aber auch hier eine – zumindest grundsätzlich – größere parteipolitische Affinität und zeichnen sich seltener durch defätistische oder indifferente Einstellungen zu Wahlen aus. Bemerkenswert ist allerdings das Ergebnis, dass auch Gewerkschaftsmitglieder mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit in hohem Maße kritischen Aussagen zustimmen. Hier offenbart sich erhebliche politische Frustration, die auf ein beträchtliches Potenzial konjunktureller Nichtwähler schließen lässt. Dies zeigt auch, dass die grundsätzlich höhere parteipolitische Affinität der Gewerkschaftsmitglieder keine Garantie für stabile Wahlbeteiligungen auf hohem Niveau in dieser Zielgruppe ist.

Genderspezifische Effekte konnten im Kontext dieser Studie nur wenige festgestellt werden: Hinsichtlich der allgemeinen Einstellungen zu Wahlen sind keine geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Gewerkschaftsmitgliedern oder Wahlberechtigten feststellbar. Das politische Involvement – also das politische Interesse und das parteipolitische Engagement – ist bei Männern spürbar stärker ausgeprägt als bei Frauen. Dies trifft allerdings gleichermaßen auf die wahlberechtigte Bevölkerung insgesamt zu. Weibliche Gewerkschaftsmitglieder wählen zwar etwas „linker“ als männliche, innerhalb des linken Lagers entscheiden sie sich jedoch deutlich häufiger für die Grünen, während männliche Gewerkschaftsmitglieder in stärkerem Maße ihr Kreuz bei der Linkspartei machen. Dies ist aber ebenfalls kein gewerkschaftliches Phänomen. Entsprechende weibliche bzw. männliche Präfe-

renzen sind auch in der Gesamtbevölkerung zu beobachten. Auch hinsichtlich der abgefragten Nichtwahlmotive gibt es kaum Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern mit niedriger Wahlwahrscheinlichkeit. Auffällig ist allerdings, dass unter den gewerkschaftlichen Nichtwählern Männer deutlich stärker als Frauen eine grundsätzliche Neigung zu einer Partei aufweisen, während in der Gesamtbevölkerung diesbezüglich kein Unterschied feststellbar ist.

Die Verortung der Gewerkschaftsmitglieder nach politischen Typen zeigt, dass diese in den Milieus der kritischen Bildungseliten und des engagierten Bürgertums am stärksten überrepräsentiert sind. Überproportional stark sind Gewerkschaftsmitglieder auch noch in den politischen Milieus des abgehängten Prekariats und der bedrohten Arbeitnehmermitte vertreten. Gewerkschaftsmitglieder im Milieu des engagierten Bürgertums bzw. der kritischen Bildungseliten zeichnen sich durch die höchste Affinität zu Wahlen aus, während neben dem abgehängten Prekariat am ehesten die autoritätsorientierten Geringqualifizierten hinsichtlich ihrer Wahlwahrscheinlichkeit schlecht abschneiden.

Ein relativ großer Anteil gewerkschaftlicher Nichtwähler wird aber zukünftig auch aus der bedrohten Arbeitnehmermitte stammen: Die Nichtwahl-Affinität ist in anderen Milieus zwar stärker ausgeprägt, doch die bedrohte Arbeitnehmermitte ist rein zahlenmäßig die stärkste Gruppe: Jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied ist in diesem Milieu verortet.

10 Literatur

Aarts, Kees and Bernhard Wessels (2002): Electoral Turnout in West-European Democracies. Paper prepared for delivery at the 2002 Annual Meeting of the American Political Science Association, Boston.

Armington, Klaus (1994): Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1/1994, S. 43-64.

Arzheimer, Kai (2006): Jung, dynamisch, Nichtwähler? Der Einfluss von Lebensalter und Kohortenzugehörigkeit auf die Wahlbereitschaft. In: Edeltraud Roller, Frank Brettschneider, Jan van Deth (Hrsg.): ‚Voll normal‘. Der Beitrag der Politischen Soziologie zur Jugendforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 317-335.

Arzheimer, Kai (2005): Das Wahlverhalten. Besonderheiten in Ostdeutschland als Modell künftiger gesamtdeutscher Entwicklungen. In: Hannes Bohrmann, Christoph Links (Hrsg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz. Ch. Links Verlag. Berlin. S. 60-74.

Arzheimer, Kai und Anette Schmitt (2005): Der ökonomische Ansatz. In: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 243-303.

Behnke, Joachim (2001): Parteineigung als Fakt oder Parteineigung durch Fakten. Der Einfluss von Issues auf das Wahlverhalten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/2001, S. 521-546.

Betz, Hans-Georg (1992): Wahlenthaltung und Wählerprotest im westeuropäischen Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B19/1992, S. 31-41.

Bieber, Ina Elisabeth (2005a): Die Macht ist weiblich – Frauen als Zielgruppe in Wahlkämpfen? LIT-Verlag. Münster.

Bieber, Ina Elisabeth (2005b): Frauen als Zielgruppe in Wahlkämpfen? Chancen und Grenzen der Erreichbarkeit im politischen Marketing. In: DIPapers 04. Wissenschaftliche Studien und Positionen zur Praxis in Politikmanagement, Politischer Kommunikation und Interessenrepräsentation.

Caballero, Claudio (2005): Nichtwahl. In: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 329-365.

Eilfort, Michael (2006): Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung. In: Beate Hoecker (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Westdeutscher Verlag. Opladen, S. 55-73.

Eilfort, Michael (2001): Mobilisierung als Schicksalsfrage? In: Die Politische Meinung 383/2001, S. 21-28.

Eilfort, Michael (1994): Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Schöningh. Paderborn.

Falter, Jürgen W., Klein, Markus und Siegfried Schumann (1994): Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs. In: Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte. Westdeutscher Verlag. Opladen, S. 194-220.

Falter, Jürgen W. und Siegfried Schumann (1994): Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen. In: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Westdeutscher Verlag. Opladen, S. 161-213.

Falter, Jürgen W. und Siegfried Schumann (1993): Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille? In: Aus Politik und Zeitgeschehen B11, S. 36-49.

Feist, Ursula (1994): Nichtwähler 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994. In: Aus Politik und Zeitgeschehen B51-52/1994, S. 35-46.

Feist, Ursula (1992): Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland? In Karl Starzacher, Konrad Schacht, Bernd Friedrich und Thomas Leif (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Bund-Verlag. Köln, S. 40-57.

Fischer, Joschka (2008): Die neuen Regeln. Zeit Online Montagskolumne vom 03.03.2008.
URL:<<http://www.zeit.de/online/2008/10/Montagskolumne-Joschka-Fischer-parteiensystem-linkspartei>>, 10.06.2008.

Freitag, Markus (1996): Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden. In: Swiss Political Science Review 2/1996, S. 1-35.

Gabriel, Oscar W. (1999): Bürger und Politik. In: Oscar W. Gabriel, Everhard Holtmann (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Oldenbourg. München, S. 379-499.

Gabriel, Oscar W. und Kerstin Völkl (2004): Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2002. In: Frank Brettschneider, Edeltraud Roller, Frank van Deth (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 221-248.

Geißel, Brigitte und Virginia Penrose (2003): Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung. S.1-22. URL:< http://www.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose_ohne.pdf>, 04.06.2008.

Hahlen, Johann (2006): Endgültige Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik zur 16. Bundestagswahl. Statement von Bundeswahlleiter Johann Hahlen, URL:<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Repraesentative__Wahlstatistik/Statement__Hahlen,templateId=renderPrint.psml>, 06.05.2008.

Hoffmann-Jaberg, Birgit und Dieter Roth (1994): Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu Parteien. In: Wilhelm Bürklin, Dieter Roth (Hrsg.): Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten? Bundverlag. Köln, S. 132-159.

Kaase, Max (1990): Mass Participation. In: M. Kent Jennings, Jan van Deth u.a. (Hrsg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. De Gruyter. Berlin, New York, S. 23-64.

Kaase, Max und Petra Bauer-Kaase (1998): Zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1994. In: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Westdeutscher Verlag. Opladen, S. 85-112.

Kersting, Norbert (2004): Nichtwähler. Diagnose und Therapieversuche. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 14/2004, S. 403-427.

Kleinhenz, Thomas (1995): Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Westdeutscher Verlag. Opladen.

Korte, Karl-Rudolf (2005): Nichtwähler und Protestwähler. Dossier Bundestagswahlen.
URL: http://www.bpb.de/themen/FSCODB,0,0,Nichtwähler_und_Protestwähler.html, 05.05.2008.

Korte, Karl-Rudolf (2001): Kampagnen und Kompetenzen. Lehren für die Union aus der Parteien- und Wahlforschung. In: Die politische Meinung 379/2001, S. 19-23.

Krimmel, Iris (1997): Die Beteiligung an Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Leske + Budrich. Opladen, S. 353-376.

Krimmel, Iris (1996): Politische Einstellungen als Determinanten des Nichtwählens. In: Oscar W. Gabriel, Jürgen Falter (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien. Peter Lang. Frankfurt am Main, S. 321-341.

Kühnel, Steffen (2001): Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen. In: Achim Koch, Martina Wasmer, Peter Schmidt (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Leske + Budrich. Opladen, S. 11-42.

Kühnel, Steffen und Dieter Fuchs (1998): Nichtwählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II. In: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. Westdeutscher Verlag. Opladen, S. 317-356.

Lavies, Ralf-Rainer (1973): Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht. Droste Verlag. Düsseldorf.

Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernard and Hazel Gaudet (1944): The People's Choice. Duell, Sloan and Pierce. New York.

Maier, Jürgen (2000): Die zentralen Dimensionen der Politikverdrossenheit und ihre Bedeutung für die Erklärung von Nichtwahl und „Protestwahl“ in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jan van Deth, Hans Rattinger, Edeltraud Roller (Hrsg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Westdeutscher Verlag. Opladen, S. 227-247.

Mielke, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In: Ulrich Eith, Gerd Mielke (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden, S. 77-95.

Müller-Hilmer, Rita (2006): Gesellschaft im Reformprozess. Studie zu politischen Typen in Deutschland im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. 92 gez. S. URL: http://www.infratest-politikforschung.de/download/FES_Ergebnisse.pdf

Müller-Hilmer, Rita und Wolfgang Hartenstein (2002): Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen - alte Allianzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B49-50/2002, S. 18-26.

Nieuwbeerta, Paul und Jeff Manza (2002): Klassen-, Religions- und Geschlechterspaltungen: Parteien und Gesellschaften in vergleichender Perspektive. In: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.): Das Ende der politischen Sozialstruktur? VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 247-278.

Niedermayer, Oskar (2008): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2008. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr.13, FU Berlin.

Pappi, Franz Urban und Susumu Shikano (2007): Wahl- und Wählerforschung. Forschungsstand Politikwissenschaft. Nomos. Baden-Baden.

Poier, Klaus (2005): Nichtwähler. Eine Studie über demokratiepolitische Aspekte, Ausmaß und Ursachen des Nichtwählens sowie mögliche Gegenmaßnahmen. Wien.

Probst, Lothar u.a. (2006): Wahlenthaltung als politisches Problem. Ein Forschungsbericht unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Stadtstaat Bremen. Projektgruppe „Nichtwähler“ an der Universität Bremen. Institut für Politikwissenschaft (FB 8). Manuskript. Bremen, 53 gez. Seiten

Radtke, Günter (1972): Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung von Wahlberechtigten ohne Wahlintention sowie von den Nichtwählern der Bundestagswahl 1965. Meisenheim am Glan.

Rattinger, Hans und Jürgen Krämer (1995): Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift 36, S. 267-285.

Renz, Thomas (1997): Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1997, S. 287-303.

Schmitt, Hermann und Cees van der Eijk (2002): Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl. Papier vorbereitet für die Tagung „Europäische Integration: Öffentliche Meinung, politische Einstellungen und politisches Verhalten“ des Arbeitskreises Wahlen und politische Einstellungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Augsburg, 6.-7. Juni 2002.

Schmoldt, Hubertus (2008): Auf Kosten des Gemeinwohls. URL: http://www.zukunftsgewerkschaft.org/portal/site/igbce/template.RAW/menuitem.3cc3ed7e51a17ddd9c5d3082c5bf21ca/?javax.portlet.tpst=dffbbeb261175b1e7b1cd3194841e6a0_ws_RW&javax.portlet.prp_dffbbeb261175b1e7b1cd3194841e6a0_viewID=print_view&javax.portlet.begCacheTok=token&javax.portlet.endCacheTok=token. 11.06.2008

Schoen, Harald (2005): Wechselwahl. In: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 367-387.

Schoen, Harald und Jürgen W. Falter (2003): Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002. In: Politische Studien 387/2003, S. 34-43.

Schoen, Harald und Cornelia Weins (2005): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.):

Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 187-242.

Schroeder, Wolfgang (2007): Soziale Demokratie und Gewerkschaften. 25 gez. S. URL: http://www.fes-online-akademie.de/download.php?d=wolfgang_schroeder.pdf, 27.05.2008.

Schumann, Siegfried (2005): Persönlichkeit und Wahlverhalten. In: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 447-471.

Schwald, Verena und Rebecca Rösner (o.J.): Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten. URL: <http://www.landtagwahl-baden-wuerttemberg.de/wahlforschung/Geschlechtsspez.pdf>, 24.06.2008.

Starzacher, Karl, Schacht, Konrad, Friedrich, Bernd und Thomas Leif (1992) (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Bund-Verlag. Köln.

Statistisches Bundesamt (2006): Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, GESIS-ZUMA, WZB (Hrsg.) (2009): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Westle, Bettina und Steffen Kühnel (2007): Geschlecht als Determinante des Wahlverhaltens? Analysen mit der Repräsentativen Wahlstatistik 2005. In: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Wessels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 293-320.

Völkl, Kerstin (2007): Nichtwahl – die Alternative für parteilich Ungebundene am Wahltag? In: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter (Hrsg.): Der gesamtdeutsche Wähler. Nomos. Baden-Baden, S. 15-35.

Völker, Marion und Bernd Völker (1998): Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptom? Deutscher Universitäts-Verlag. Wiesbaden.

Winkel, Olaf (1996): Wertewandel und Politikwandel. Wertewandel als Ursache von Politikverdrossenheit und als Chance ihrer Überwindung. In: Aus Politik und Zeitgeschehen B52-53/1996, S. 13-25.

Zelle, Carsten (1995): Der Wechselwähler. Politische und soziale Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA. Westdeutscher Verlag. Opladen.